

Heft 151

Ausgabe 5 | 2006
ISSN 0170-461
K 5361
5,00 Euro

spow



Angepasst sind andere



Florian Pronold
Nur Wachstum saniert
die Haushalte

SPD-Programmdebatte

Elke Ferner
Die Zukunft des Sozialstaats –
vorsorgend und nachhaltig

Heiko Maas, Ulrich Commerçon
Soziales und ökologisches
Wachstum

Cordula Drautz,
Reinhold Rünker
Zehn Jahre Willy-Brandt-
Zentrum in Jerusalem

Dokumentation:
Unternehmenssteuerreform



Kurzum | von Horst Peter

» Wem gehört eigentlich Deutschland? Die Privatisierung des öffentlichen Grundbesitzes war zum Ende des Mittelalters von zentraler Bedeutung. Mit der Herausbildung des säkularen Staates seit dem 18. Jahrhundert berührte sie die Grundlagen des primären Sektors und der Nutzungsrechte öffentlichen Eigentums und der Gegenleistung in Geld. Mit dem heraufkommenden Kapitalismus konzentrierte sich die Frage auf den Besitz der Produktionsmittel und die ökonomische Selbständigkeit des Individuums. Mit der Entwicklung der Sozialstaatlichkeit trat die Frage nach der gesellschaftlichen Sicherstellung für die Güter und Dienstleistungen der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge und die Frage der gesellschaftlichen oder privaten Verantwortung für die Reproduktion (Bildung, Gesundheit, etc.) in den Vordergrund.

Kurzum: Es geht heute um die gesellschaftliche Wiederaneignung der Güter und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und Daseinssicherung gegen den weltweiten Trend der Unterwerfung aller Lebensbereiche unter den kapitalistischen Verwertungsprozess.

» Verstehen wir den Menschen als gesellschaftliches Wesen, als politisch handelnden Bürger (Citoyen), oder aber als ökonomisch kalkulierendes Individuum, als „Kunden“, für den sich die Frage der politischen Beeinflussbarkeit nicht stellt (Bourgeois)? Der „homo oeconomicus“ wird heute zum leitenden Menschenbild und findet in der wertebezogenen Diskussion um die „neue Bürgerlichkeit“ seinen offensiven Ausdruck. Darauf zielt der Kern der Merkel'schen Forderung nach neuer Gerechtigkeit: wer den Zugang nicht schafft, der ja allen offen steht, muss die Schuld bei sich selber suchen.

Kurzum – die entscheidende Frage ist: wo fühlen sich die abhängig Arbeitenden oder die ökonomisch Überflüssigen in diesem Leitbild aufgehoben?



☞ Horst Peter, spw-Mitherausgeber, lebt in Kassel.
Foto: privat

» Für die SPD-Programmdiskussion wird entscheidend sein, ob die Linke in die Falle der Ideologie der „neuen Bürgerlichkeit“ tappt oder ob sie das Leitbild des solidarischen, politisch denkenden Bürgers, des Citoyen, durchsetzen kann. Ob die Orientierung der SPD auf die Leistungsträger der Gesellschaft dazu geeignet ist, dürfte fraglich sein. Ich empfehle stattdessen die Rückführung der Diskussion auf die erlebbaren gesellschaftlichen Erfahrungen mit den Auswirkungen der Orientierung auf die Bürgerinnen und Bürger als Kunden. Dadurch wird auch der Leistungsträger eines Teils seiner Möglichkeiten zur Gestaltung seiner Lebensverhältnisse beraubt.

Die Frage der Privatisierung der großen Lebensrisiken entscheidet sich paradigmatisch an der Frage, ob die solidarische Krankenversicherung Basis unseres Gesundheitssystems bleibt oder sich die Idee der privaten Risikoversicherung durchsetzt.

Kurzum: Die SPD muss in ihrer Programmdiskussion den sozialen Kulturkampf um die Grundwerte und das Bild von Mensch und Gesellschaft aufnehmen, damit sie auf allen Ebenen Politik sozial und ökologisch erfolgreich gestalten kann. ■

□ Impressum:

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
 Jutta Blankau (Hamburg)
 Klaus Dörre (Jena)
 Iris Gleicke (Schleusingen)
 Michael Guggemos (Berlin)
 Michael R. Krätke (Amsterdam)
 Uwe Kremer (Dortmund)
 Detlev von Larcher (Weyhe)
 Benjamin Mikfeld (Berlin)
 Susi Möbbeck (Magdeburg)
 Andrea Nahles (Weiler)
 Horst Peter (Kassel)
 Florian Pronold (Deggendorf)
 Christel Riemann-Hanewinckel (Halle/S.)
 Renè Röspele (Hagen)
 Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
 Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
 Thomas Westphal (Dortmund)

Redaktion:

Thorben Albrecht
 Björn Böhning
 Tanja Breuer
 Stefanie Gerszewski
 Sebastian Jobelius
 Oliver Kaczmarek
 Anja Kruke
 Lars Neumann
 Svea Reiners
 Reinhold Rünker
 Inken Wiese

Redaktionsmanagement:

Reinhold Rünker, logo office Leichlingen

Redaktions- und Verlagsadressen:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
 Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
 Telefon (Verlag) 02 31 - 40 24 10
 Telefon (Redaktion) 02 31 - 40 14 11
 Telefax 02 31 - 40 24 16
 spw-verlag@spw.de, redaktion@spw.de
 www.spw.de

Geschäftsführung:

Hans-Joachim Olczyk
 Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
 Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit 8 Heften im Jahr.
 Jahresabonnement Euro 39,-
 (bei Bankeinzug Euro 37,-)
 Auslandsabonnement Euro 42,-
 Abbestellungen mit einer Frist von drei
 Monaten zum Jahresende.
 ISSN 0170-461 - K 5361
 ©spw-Verlag/Redaktion GmbH 2006.
 Alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung:

liniezwei Kommunikationsdesign GbR,
 Düsseldorf

Titelfoto:

Jusos in der SPD

Druck:

Nolte-Druck, Iserlohn
 1.-3. Tausend, September 2006

■ Meinung

Nur Wachstum saniert die Haushalte Florian Pronold	4
Mission von historischer Dimension Rolf Mützenich	6
Fünf Jahre nach „9/11“ Gerold Reichenbach	8
Die Bürgerversicherung braucht keinen Gesundheitsfonds Interview mit Dr. Thomas Spies	10
Pro: Bahnbörsengang nur mit Schienennetz Norbert Hansen	12
Contra: Bahnprivatisierung kritisch prüfen! Petra Merkel	13

■ ■ Im Fokus: SPD-Programmdebatte

Einleitung zum Schwerpunkt Andrea Nahles, Joachim Schuster	14
Der Brutalisierung des Kapitalismus entgegen treten! Horst Heimann	16
Die SPD braucht eine moderne Kapitalismuskritik Björn Böhning	20
Die Zukunft des Sozialstaates Elke Ferner	24
Weltwirtschaftsordnung Heidemarie Wiczorek Zeul	27
Eine moderne Industriepolitik für Deutschland Heiko Maas, Ulrich Commerçon	32
Sozialismus in einem modernen Programm? Felix Welti	36

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus – „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“ Alexandra Kramm	40
Endlich singt es mal jemand! Lars Klingbeil	41
Stichwort: Staatsverschuldung Heinz-J. Bontrup	42
Was heißt hier Wissensgesellschaft? Leonhard Dobusch	44
10 Jahre Willy-Brandt-Centrum in Jerusalem Cordula Drautz, Reinhold Rünker	46
Drop Your Tools! Strategische Personalentwicklung in der SPD Hans-Joachim Olczyk	50
Partei der kleinen Leute? PvdA will wieder an die Macht Martin Drögemöller	52

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Dokumentation: Unternehmenssteuerreform Arbeitspapier der SES-Arbeitsgruppe von attac	55
Terminhinweise, Neue Preise ab 01.01.2007	57
5 Fragen an ... Burkhard Zimmermann	58



Foto: Christian Kiel

Nur Wachstum saniert die Haushalte

von Florian Pronold



» Einschnitte im Bundeshaushalt, sinkende Steuereinnahmen, steigender Zuschussbedarf der Sozialkassen, neue Finanzierungslücken und neue Sparbemühungen im nächsten Haushalt: Das war der finanzpolitische Teufelskreis an den wir uns in den vergangenen Jahren gewöhnt haben. Und die Anstrengungen waren erheblich: Gemessen am Bruttoinlandsprodukt ist die Ausgabenquote des Staates innerhalb von zehn Jahren von über 50 auf 46 Prozent gefallen, dabei wurden eine Millionen Vollzeitstellen im öffentlichen Dienst gestrichen, die Investitionsquote aller öffentlichen Haushalte ist weiter auf zuletzt 1,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gefallen – in den 70er Jahren lag sie dreimal so hoch. Politisches Gestalten wurde unter diesen Bedingungen immer schwieriger und jede neue Sparrunde brachte nicht die erhoffte Verbesserung, sondern immer nur neue Haushaltslöcher.

Dieses Jahr ist es anders, nach langer Zeit gibt es endlich wieder gute Nachrichten für die öffentlichen Haushalte. Im ersten Halbjahr 2006 sind die Steuereinnahmen gegenüber dem Vorjahr um mehr als 14 Milliarden Euro gestiegen – ein Plus von 7,5 Prozent. Gleichzeitig sind bei der Arbeitsagentur hohe Überschüsse entstanden. Das zeigt vor allem eines: Mit immer neuen Kürzungen bringen wir die Haushalte nicht ins Lot, nur wirtschaftliches Wachstum und neue Beschäftigung kann für Entlastung sorgen. In dieser Hinsicht haben wir in der großen Koalition mehr erreicht als unter rot-grün: Ein Investitionsprogramm wie das bis 2009 angelegte 25-Milliarden-Paket hat es in den vergangenen Jahren unter rot-grün nicht gegeben.

Ein guter Teil der erfreulichen Steuerzuwächse resultiert daraus, dass die Unternehmen nicht nur höhere Gewinne erzielen, sondern auch weniger Möglichkeiten haben, sich ihrer Steuerpflicht zu entziehen. Hier zeigt sich die Wirkung der Reform von 2003, die die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer verbreitert hat und den Einsatz von Verlustvorträgen bei der Körperschaftsteuer deutlich eingeschränkt hat. Nach dem Zusammenbruch der Unternehmensteuereinnahmen in den Jahren 2001 und 2002 ist die Gewerbesteuer heute auf

Rekordhöhe. Wenn die Union weitergehende Vorschläge nicht 2003 im Bundesrat blockiert hätte, sähe die Lage heute sogar noch besser aus. Gerade diese Entwicklung schafft aber auch die Verpflichtung, keine erneute Kehrtwende zuzulassen. Die Unternehmensteuerreform muss – so wie das im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist – aufkommensneutral bleiben. Eine Senkung der Steuersätze kann nur im Gegenzug zu einer Ausweitung der Bemessungsgrundlage erfolgen. An diesem Punkt hängt ein großer Teil der Glaubwürdigkeit der SPD.

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer wirkt in der aktuellen wirtschaftlichen Lage nicht mehr so bedrohlich wie im vergangenen Jahr. Sie bleibt dennoch konjunkturell eine Gradwanderung und verteilungspolitisch falsch. Es hätte bessere Wege zu einer Sanierung der Haushalte gegeben, aber es macht wenig Sinn, die getroffene Entscheidung jetzt wieder in Frage zu stellen. Während es bei den Unternehmen darum geht, neue Steuergeschenke zu verhindern, bleibt es Aufgabe der Linken, die vergessenen Bereiche der Finanzpolitik wieder ins Licht der Öffentlichkeit zu holen: Die Besteuerung hoher Privatvermögen und Einkommen. Von der Vermögensteuer über die Grundsteuer und die Erbschaftsteuer bis hin zu Einkommensteuerzuschlägen und einer besseren Erfassung von Kapitaleinkünften steht hier eine ganze Reihe von Instrumenten zur Auswahl. Materielle Erfolge werden wir in der Koalition mit der Union in dieser Frage wahrscheinlich nicht erreichen. Es muss deshalb darum gehen, falsche Weichenstellungen zu verhindern und das Feld für weitergehende Initiativen unter günstigeren politischen Mehrheitsverhältnissen vorzubereiten.

Zu den falschen Weichenstellungen, die in den nächsten Monaten drohen können, zählt die Einführung einer Abgeltungssteuer auf Kapitaleinkünfte und eine Erbschaftsteuerregelung, die über weitere Sonderregelungen für betriebliches Vermögen neue Schlupflöcher für Vermögensbesitzer schafft. Bei der Erbschaftsteuer haben wir bereits einen Erfolg erzielt: Der Steuerverzicht für den Erhalt von Arbeitsplätzen ist in den Verhandlungen zwischen den Koalitionspartnern so eng be-

grenzt worden, dass ein Missbrauch kaum möglich erscheint. Hier gilt es jetzt den Widerstand gegen die andauernden Versuche der Union aufrecht zu erhalten, die Regelung doch noch zu einem bedingungslosen Steuergeschenk auszuweiten. Wesentlich schwieriger ist die Lange bei der Abgeltungssteuer. Ihre Einführung wurde im Rahmen der Eckpunkte für die Unternehmensteuerreform beschlossen, mittelfristig wäre dann wohl kaum ein Steuersatz über 25 Prozent durchzusetzen. Das heißt im Klartext: Die Steuerlast auf die Kapitaleinkünfte von Spitzenverdienern würde von 42 auf 25 Prozent sinken. Es ist 2003 schon einmal gelungen, diese Systemänderung von der Tagesordnung zu bekommen. Jetzt allerdings wird die Debatte mit der Union erheblich schwerer. Zudem ist nun auch die richtige Entscheidung für eine umfassende Wertzuwachsbesteuerung mit der Frage der Abgeltungssteuer verknüpft worden.

Neben diesen aktuellen Auseinandersetzungen ist die Schaffung eines Bündnisses für Verteilungsgerechtigkeit notwendig, das das Feld für eine bessere Besteuerung großer Vermögen bereitet. Hier gilt es zu vermeiden, dass viele einzelne Gruppierungen mit den unterschiedlichsten Modellen auftreten. Stattdessen müssen sich zumindest die wichtigsten Akteure aus Partei, Gewerkschaften, Verbänden und Wissenschaft auf einen gemeinsamen Weg einigen. Dazu gehört die Auswahl des praktikabelsten und am besten vermittelbaren Instruments, eine konkrete Ausgestaltung und eine popularisierbare Begründung – also einen plausiblen Verwendungszweck. Nur wenn hier alle an einem Strang ziehen, können wir bei diesem Thema den Kampf um die Köpfe – auch gegen kritische Medienberichterstattung – gewinnen. ■



☞ Florian Pronold, MdB (SPD) und spw-Mitgliederherausgeber, ist Mitglied im Finanzausschuss.

Foto: www.spdfraktion.de



Foto: Christian Kiel



Am 20. September 2006 fällte der Deutsche Bundestag eine seiner heikelsten außenpolitischen Entscheidungen. Das Parlament stimmte dem Antrag der Bundesregierung zu, bis zu 2.400 Soldaten in den Nahen Osten zu entsenden. Damit werden zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg deutsche Truppen in der Region operieren.

Die deutsche Marine soll künftig vor Libanons Küste die Schmuggelwege der Hisbollah blockieren. Im Vordergrund des deutschen Beitrages stehen somit humanitäre Hilfsleistungen und die Seesicherung. Um die Einsatzregeln wurde lange zwischen New York, Beirut und den Hauptstädten der Truppensteller gerungen. Der Auftrag wird aus der Resolution 1701 abgeleitet; für die Bundeswehr entscheidend ist die Passage: „Unterstützung der libanesischen Regierung auf deren Ersuchen bei der Sicherung der libanesischen Grenzen und Einreisepunkte mit dem Ziel, das Verbringen von Rüstungsgütern und sonstigem Wehrmaterial in den Libanon ohne Zustimmung der libanesischen Regierung zu verhindern.“

Bis zu 1.500 Soldaten sollen auf zwei Fregatten, vier Schnellbooten und zwei Versorgungsschiffen im gesamten Seeraum vor dem Libanon gegen Waffenschmuggler vorgehen. Das Mandat gilt auch für die Hoheitsgewässer des Landes. Libanesisch-

Mission von historischer Dimension

Die Bundeswehr im Libanon

von Rolf Mützenich



Verbindungsoffiziere dürfen an Bord der deutschen Schiffe sein, werden aber kein Vetorecht gegen konkrete Einsätze bekommen. Das Mandat und die Einsatzregeln für die deutschen Schiffe umfassen Maßnahmen von der Durchsuchung von Schiffen mit Zustimmung des Kapitäns bis zu Gewaltanwendung. Ergänzt wird die Marinegruppe durch 400 Führungs- und Logistiksoldaten, 100 Berater und Ausbilder für die libanesisch Marine und 100 Mann für den Lufttransport humanitärer und Versorgungsgüter nach Beirut. An dem Seeinsatz werden sich auch Norwegen, Dänemark, Schweden und die Niederlande beteiligen. Die Gesamtkosten des zunächst bis 31. August 2007 beschränkten deutschen Einsatzes werden auf knapp 200 Millionen Euro beziffert.

Mit Bodentruppen wird die Bundeswehr sich nicht beteiligen. Mit Blick auf die deutsche Geschichte versteht sich von selbst, dass es nicht einmal im Ansatz zu einem konfrontativen Gegenüber von deutschen und israelischen Soldaten kommen darf. Dennoch zeigt die Bundesrepublik Präsenz in der Region und belegt, wie ernst sie die Lösung des Konfliktes nimmt. Auch wenn alle Unwägbarkeiten der Mission – naturgemäß – nicht ausgeräumt werden konnten, ändert dies nichts an der grundsätzlichen Notwendigkeit dieser Truppe, die Israel und Libanon akzeptiert haben. Das Mandat ist im Großen und Ganzen durchdacht

und solide, das Risiko für die deutschen Soldaten kalkulierbar. Von nun an werden Deutschland und Europa sich in einer sehr viel ernsthafteren Weise für die Nachbarregion engagieren. Womöglich wird man rückblickend gerade darin die historische Dimension erkennen. Zur politischen Redlichkeit gehört es deshalb auch, die Öffentlichkeit auf ein stärkeres, längerfristiges Engagement Deutschlands im Nahen Osten vorzubereiten.

□ Diplomatische Offensive notwendig

» Sinnvoll kann dieser UN-Einsatz jedoch nur sein, wenn er von einer diplomatischen Offensive begleitet wird. Der Libanon pocht zu Recht auf die Freilassung von Gefangenen und eine Lösung des Streits um das Gebiet der Sheeba-Farmen. Israel hingegen fordert zu Recht, dass die Hisbollah keine Raketen mehr auf sein Gebiet abfeuert und das Existenzrecht Israels nicht mehr in Frage gestellt wird. Der deutsche Außenminister, Frank-Walter Steinmeier, hat zudem darauf hingewiesen, dass ohne eine kooperative Bearbeitung des israelisch-palästinensischen Kernkonfliktes eine Befriedung der Region illusorisch bleibt. Das Konzept „Land für Frieden“ ist Voraussetzung für eine dauerhafte Lösung. Dies betrifft sowohl die israelische als auch die syrische Seite. Ohne eine Lösung in Bezug auf die Golanhöhen bleibt jeder Waffenstillstand Makulatur. Im Süden des Landes muss die libanesische Regierung schrittweise ihre staatlichen Hoheitsrechte wahrnehmen.

Auch für den Libanon gilt jedoch: Die Mitwirkung der USA ist unerlässlich. Doch statt den europäischen Versuch zur Wiederbelebung des Nahost-Quartetts von USA, Europäischer Union, Russland und Vereinten Nationen (UN) zu unterstützen, steht Washington auf der Bremse. Die Regierung Bush blockiert offenbar Überlegungen in Israel, mit Syrien in einen Verhandlungsprozess einzutreten. Die internationale Gemeinschaft – ob in Form des Nahostquartetts oder wie auch immer – täte gut daran, sich um neue Verhandlungen zwischen Israel und jenen drei Nachbarn, mit denen es noch keine Friedensverträge gibt, zu bemühen.

Von einer tragfähigen Friedensordnung ist der Nahe Osten noch weit entfernt. Die Internationalisierung der Konflikte in der Region durch die Anwesenheit von UN-Verbänden mit robustem Mandat erhöht aber den Druck auf alle Beteiligten. Extremisten gilt es mit der Zeit zu isolieren. Das erfordert einen langen Atem. Deutschland hilft im Libanon mit, dem Land ein Minimum an Stabilität zu sichern und Israels Grenzen gegen Angriffe zu schützen.

Nur ein langfristiger Ansatz, der sowohl die innenpolitischen Realitäten des Libanon als auch das weitere regionale Umfeld mit einbezieht, kann Erfolg haben. Perspektivisch müsste deshalb eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten nachgedacht werden. Dabei muss es dann auch über den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone im Nahen und Mittleren Osten gehen. Angesichts der israelischen Atomwaffen und dem iranischen Atomprogramm ist dies ein schwieriger und langfristiger Prozess. Den Friedensprozess im Libanon und im Nahen Osten zu unterstützen ist auf mittlere und lange Sicht jedenfalls billiger, als die Bewältigung von neuen Kriegsfolgen. Nur wenn Sicherheit und Frieden in der Region herrschen, können sich wirtschaftliche Prosperität und daraus soziale Sicherheit und Wohlstand entwickeln. Eine Befriedung der Region liegt nicht zuletzt aufgrund der geographischen Nähe im ureigentlichen deutschen und europäischen Interesse. ■



↳ Dr. Rolf Mützenich, MdB (SPD), Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und abrüstungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, er lebt in Köln.

Foto: www.spdfraktion.de

Fünf Jahre nach

„9/11“

» Die Terroranschläge auf das WTC in New York und das Pentagon in Washington jähren sich in diesem Jahr zum fünften Mal. Der 11. September 2001 markiert eine Zeitenwende, deren Auswirkungen immer noch nicht absehbar sind. Innen- und noch mehr außenpolitisch haben sich seither tief greifende Veränderungen vollzogen. Allein, das Versprechen des amerikanischen Präsidenten Bush, die Welt (wieder) sicherer zu machen, wurde durch seine Politik ins genaue Gegenteil verkehrt. Die Welt ist unsicherer geworden.

An der Analyse der Täterbiographien der Generation nach dem 11. September beunruhigt vor allem ihre Gewöhnlichkeit. Scheinbar integriert, haben sie mit emotionalen Wechselbädern von Erwartungen und Enttäuschungen, von Integrations-, Sprach- und Lernproblemen zu kämpfen. Der aufgestaute Frust bekommt durch fanatische Religionsführer eine Sprache und durch die Terrorideologie einer Al Qaida eine Handlungsrichtung. Die Übergänge von Fanatismus zu Terrorismus sind nicht zwingend, sondern eher zufällig; auch die „Terrorzellen“ entstehen nach diesem Prinzip und scheinen voneinander weitgehend unabhängig. Home-grown terrorism vollzieht sich damit als ideologierter und mit fanatisierter Religion aufgeladener Amoklauf. Im Gegensatz zu einem

Ziehen wir die richtigen Lehren?

von Gerold Reichenbach



„klassischen Amokläufer“ aber weiß sich der „Gotteskrieger“ in der globalisierten Gemeinschaft anderer Fanatisierter gut aufgehoben und von Unrechtsbewusstsein weitgehend verschont.

Den Sicherheitsorganen waren beispielsweise die „Kofferbomber“ vor dem Attentatsversuch unbekannt. Die Anti-Terror-Datei, die jetzt unter erhöhtem Druck den Gesetzgebungsprozess durchläuft, hätte die beiden Tatverdächtigen nicht beinhaltet, da sie sich bis zu diesem Zeitpunkt völlig unauffällig verhalten hatten. Die Familie Hamad war zwar dem libanesischen Geheimdienst bekannt und wurde von ihm auch überwacht. Der deutsche Geheimdienst wusste davon jedoch nichts.

Die Idee einer besseren Zusammenarbeit der Dienste, um systematisch mögliche „Gefährder“ vor ihrer Einreise mit Hilfe der Herkunftsländer zu identifizieren, würden unsere Entscheidungen jedoch von Ländern mit schwachen oder nicht vorhandenen demokratischen Strukturen abhängig machen. Der Willkür, insbesondere gegen unliebsame Oppositionelle, würde Tür und Tor geöffnet. Wir würden damit selbst den Boden rechtsstaatlicher Grundsätze verlassen.

Die Lösung des Problems liegt schon gar nicht in einer militärischen Aufrüstung der Inneren Sicherheit. Die militärische Bewachung von Bahnhöfen oder der Einsatz von „Rail-Marshalls“ hätten ein solches Attentat nicht verhindern können. Sie alle wiegen die Bevölkerung in scheinbare Sicherheit und sind wohlfeile Plattformen, auf der unsere Sicherheitspäpste die Produkte ihres Nicht-Nachdenkens verbreiten können.

Klar abgrenzbare Ereignisse und Areale lassen sich für einen gewissen Zeitraum mit hohem Aufwand weitgehend schützen. Dies gilt jedoch nicht für den Alltag: Busse, Bahnen, Schulen, Theater, Flughäfen ließen sich so nicht schützen, ohne dass das öffentliche Leben völlig zum Erliegen käme. Hier brauchen wir mehr Ehrlichkeit. Absolute Sicherheit wird es nicht geben.

Das kurz- und mittelfristig wirksamste Mittel gegen die Terrorbedrohung ist unbestritten die polizeiliche Vorfeldermittlung. Das Polizeirecht stößt dabei angesichts des modernen Terrorismus an Grenzen. Um potenzielle Täter erkennen zu können, bevor sie zu Tätern geworden sind, müsste schon ermittelt werden dürfen, bevor eine unmittelbare, konkrete Gefahr besteht. Das sieht das Polizeirecht aus gutem Grund nicht vor, weil es zur Gefahrenabwehr weitgehende Eingriffe in die persönliche Freiheit erlaubt. Vielmehr ist es die klassische Aufgabe der Nachrichtendienste, Informationen aufgrund einer abstrakten, möglichen Gefährdung zu sammeln. Genau darum hatten die Dienste bislang beschränkte Eingriffsmöglichkeiten, und genau darum gilt das Trennungsgebot zwischen Polizei und Nachrichtendiensten.

Die Anstrengungen zur verstärkten Informationsgewinnung, Überwachung und Vernetzung mit dem Ziele der Prävention greifen immer tiefer in die Persönlichkeitsrechte der Bürger ein. Die Präsenz von Informationstechnologie, deren Charakteristikum ja gerade im Sammeln schier unendlicher Datenmengen liegt, gehört längst zu unserem Alltag. Diese technologische Entwicklung einerseits und der Druck durch Überwachung und Vernetzung bessere Informationen gewinnen zu

können andererseits, drohen das Trennungsgebot zwischen Polizei und Diensten auszuhebeln. Die Grenze verwischt, wenn beide, Polizei und Dienste, den gleichen Zugang zu diesen Informationsquellen haben; sie verwischt, wenn die Dienste unkontrolliert auf diese Daten zugreifen können. Gerade in ihrer Wechselwirkung drohen die gesetzgeberischen Maßnahmen immer tiefer in die Bürgerrechte einzugreifen. Beim Terrorismusbekämpfungsgesetz und der Anti-Terror-Datei geht es genau um diese Problematik. Aber auch zur Novellierung des Telekommunikationsgesetzes wird uns dieses Thema wieder beschäftigen.

Der Ausweg aus diesem Dilemma liegt in einer der stärkeren und effektiveren Kontrolle. Nur wenn wir uns genau so intensiv um eine effektive Kontrolle der Informationsgewinnung bemühen wie um ihre Gewinnung selbst, wird Freiheit und Rechtsstaatlichkeit nicht unter die Räder kommen. Wir müssen die Rechte des Datenschutzbeauftragten und des Parlamentes stärken und ihnen Instrumente zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit des Handelns der Behörden und Dienste an die Hand geben. Und wir müssen eine klare Mitteilungspflicht gegenüber dem unbescholtenen Bürger definieren, wenn er zum Ziel einer solchen Maßnahme geworden ist.

Letztlich werden wir den Kampf gegen den Terrorismus nur gewinnen können, wenn es uns gelingt die Ursachen auszuschalten. Es geht um wirkliche Integration durch gleiche Bildungs-, Ausbildungs- sowie Lebenschancen. Und es geht, auf internationaler Ebene, um Ausgleich, Gerechtigkeit und Teilhabe. ■



↳ Gerold Reichenbach, MdB (SPD), lebt in Groß-Gerau.

Foto: www.spdfraktion.de

Die Bürgerversicherung braucht keinen Gesundheitsfonds

Interview mit Thomas Spies
zur Gesundheitspolitik



Foto: Christian Kiel

spw: Die Kritik am „Gesundheitsfonds“ hat zugenommen. Woran entzündet sich der Streit?

Thomas Spies: Der Fonds löst nichts, ist bestenfalls wenig schädlich. Die CSU will nichts in ärmere Länder abgeben. Die Kassen sehen (zu Recht) gigantische praktische Probleme. Arbeitgeber und Gewerkschaften kritisieren (auch zu Recht) den Fortbestand der reinen Lohnkoppelung. Und von Bürgerversicherung, also mehr Gerechtigkeit in der Lastenverteilung, ist nichts drin. Das kritisieren wir – und genauso, dass die PKV wieder nichts beiträgt. Notausgänge für Helden funktionieren nicht immer.

spw: Regierungsberater Rürup ist überzeugt, dass mit dem Fonds das Gesundheitssystem sowohl auf das CDU-Modell der Kopfpauschale, als auch das SPD-Modell der Bürgerversicherung umzustellen ist.

Thomas Spies: Den Fonds braucht man für die Bürgerversicherung nicht. So wird nicht die Abschaffung der PKV vorbereitet, sondern die Privatisierung der GKV – über „kleine“ Kopfpauschalen und billige Selbstbehalttarife für Gesunde. Dieser Fonds hat für ein solidarisches Gesundheitswesen vor allem Risiken.

spw: Wichtige Aspekte der Gesundheitsreform scheinen verschüttet. Wie steht es z.B. um die qualitative Patientenversorgung?

Thomas Spies: Es gibt zusätzliche Leistungen, wie Palliation und Impfungen. Das Vertragsrecht öffnet Chancen, aber auch erhebliche Risiken, z.B. wenn Kapitalgesellschaften sich über Polikliniken (MVZ) auch noch den ambulanten Bereich aneignen. Zukünftig steht jedes Jahr der Bundestag vor der Entscheidung: Beitragserhöhung oder Leistungskürzung? BDA und BDI machen eine bessere Lobbyarbeit, als es chronisch Kranke können. Das stimmt nicht zuversichtlich.

spw: Nach den Streiks im Gesundheitswesen entstand der Eindruck, die Tarifierhöhung beeinträchtigt die Patientenversorgung, weil Kliniken vor dem finanziellen Kollaps stehen.

Thomas Spies: Natürlich besteht diese Gefahr. Vor allem die geplante 1% Sonderkürzung für die Krankenhäuser und der Sondervertrag des Marburger Bundes verschärfen das Problem. Denn es gibt eine klare Korrelation zwischen Personalbestand und Risiko für Patienten. Das betrifft insbesondere die Pflege, aber auch Ärztinnen und Ärzte. Weitere Krankenhausprivatisierungen drohen – was soll ein Landrat mit defizitärem Haushalt auch sonst tun? Studien zeigen, dass gewinnorientierte Krankenhäuser – wegen

weiterem Personalabbau – eine höhere Patientensterblichkeit haben.

spw: Die Koalition hat die Umsetzung der Gesundheitsreform auf den April 2007 verschoben. Außerdem soll nun die 1%-Grenze für einen Zusatzbeitrag auf Praktikabilität geprüft werden.

Thomas Spies: Wenn die Grenze gekippt wird, muss der Gesundheitsfonds aus der Reform heraus genommen werden. Sonst wird es massive Umverteilungen von unten nach oben und von krank zu gesund geben. Leistungskürzungen würden dann folgen. Die Grenze war und ist eine wesentliche Voraussetzung, dem Eckpunktepapier überhaupt zustimmen zu können.

spw: Kipp die Große Koalition über den Streit zur Gesundheitsreform?

Thomas Spies:

Nein – wer will schon Neuwahlen? ■



☞ Dr. Thomas Spies, MdL (SPD), lebt in Marburg. Er gehörte der Projektgruppe an, die das SPD-Konzept der Bürgerversicherung entwickelt hat. Von ihm ist jetzt im VAS-Verlag erschienen: „Die Bürgerversicherung – Zukunftsfähig und solidarisch“, 154 S., 12,00 Euro.

Foto: privat

☞ Das Interview führte für spw Reinhold Rünker.

Sie sind für eine starke Linke? Die gegen Kriegstreiberei, Sozialraub, Rassismus, Nazismus Position bezieht? Die radikal ist, weil sie das Übel an der Wurzel packt? Die über Eigentumsfragen und Klassenkampf nicht schweigt, weil sie Sozialismus will? Die sich über Unterschiede und Grenzen hinweg vernetzt? Die gewerkschaftliche Organisation befördert? Für die internationale Solidarität Grundanliegen und keine Modefrage ist? Die kulturelle und politische Gegenmacht organisiert, auch international? Dann brauchen Sie auch eine andere Tageszeitung.

Jetzt die Tageszeitung junge Welt drei Wochen kostenlos und unverbindlich lesen.

* Das Angebot kann nur im Inland BRD und nur einmal pro Haushalt genutzt werden.

Das Testabo würde Sie im Einzelverkauf am Kiosk etwa 20 Euro kosten. Es beginnt montags und endet automatisch nach drei Wochen*.

Gutschein für eine starke Linke
20,-*
im Wert von

Die Tageszeitung junge Welt

Neue Linke
Oskar Lafontaine bekämpft an Privatisierungen und fordert ein Streik. Uwe Hilsch Linksparlei in Berlin politischen Sackgasse

Den Gutschein finden Sie im Internet unter www.jungewelt.de oder in einer aktuellen Ausgabe der Tageszeitung junge Welt am Kiosk.
Oder fordern Sie ihn an: Tel. 030/53 63 55-80. Gerne auch unter aktionsbuero@jungewelt.de

Gegründet 1947 · Donnerstag, 6. April 2006 · Nr. 82 · 1,10 Euro · PVST A11002 · Entgelt bezahlt

Hohe Orden
»Silver Stars postum: In der US-Botschaft in Berlin wurden zwei deutsch-sowjetische Kampfer geehrt

Erste Rückkehr
Nostalgie trip nach Tschagos: Vertu Bewohner dürfen US-Militär Diego Garcia besuchen

6

schwere Geburt
Die MLP gibt sich

☒ Pro: Bahnbörsengang nur mit Schienennetz!

von Norbert Hansen



☒ Norbert Hansen ist Vorsitzender der Gewerkschaft Transnet.

Foto: Transnet

☒ Eine Herauslösung des Netzes aus dem Bahnkonzern hätte massive negative Folgen für die Beschäftigten der Bahn. Die Beschäftigungssicherung wäre in ihrem Bestand gefährdet. Denn der „Konzernweite Arbeitsmarkt“, den die Tarifparteien konstruiert haben, kann nur unter einem gemeinsamen Konzerndach funktionieren. Bedroht wären aber auch die Tarifstrukturen im Konzern und sogar in der Branche insgesamt. Die Tarifpolitik der TRANSNET zielte stets darauf ab, einheitliche Regelungen für alle Unternehmen des DB-Konzerns auszuhandeln. So haben wir eine Ost-West-Angleichung der Gehälter erreicht, wir haben Regelungen zu Langzeitkonten und zur betrieblichen Altersvorsorge vereinbart. Diese einheitliche Tarifpolitik könnte nach einer Zerschlagung nicht fortgeführt werden. Und auch die Beschäftigten bei den Wettbewerbern der DB hätten keinen Vorteil. Denn bisher waren die Tarife beim Branchenführer zugleich eine Art Leitgröße für die gesamte Branche. Damit wäre es vorbei.

Nun wird oft argumentiert, eine Herauslösung des Netzes werde den Wettbewerb auf der Schiene beflügeln. Private Wettbewerber würden nicht mehr diskriminiert; dies Sorge für mehr Verkehr auf der Schiene und habe Vorteile für die Kunden. Diese Argumentation folgt allerdings mehr theoretischen Leitbildern als der praktischen Erfahrung. Rund 300 Eisenbahnverkehrsunternehmen sind heute auf deutschen Schienen unterwegs – so viele wie in keinem anderen Land der Welt. Die Marktanteile der Wettbewerber der DB AG, insbesondere im Güterverkehr, wachsen. Und seit Jahresbeginn wacht die Bundesnetzagentur darüber, dass

kein Wettbewerber beim Netzzugang benachteiligt wird. Vergleiche zeigen, dass Deutschland bei der Regulierung des Netzzugangs so weit fortgeschritten ist wie kein anderes Land.

Die behaupteten Vorteile für die Kunden lösen sich bei näherer Betrachtung in Nichts auf. Die Kunden wollen einen funktionierenden, vertakten Schienenverkehr. Die Herauslösung des Netzes birgt aber die Gefahr, dass die Qualität des Schienenverkehrs insgesamt sinkt. Denn so würden künstliche Schnittstellen geschaffen. Dies macht das System ineffektiver. Zahlreiche Innovationen in unserem Bahnsystem wären ohne den integrierten Konzern nicht denkbar. Ein Beispiel: der ICE. Die DB AG hat heute das am besten ausgebaute Schnellzugsystem der Welt, weil Infrastruktur und Züge aufeinander abgestimmt geplant und entwickelt worden sind. Hätten wir unser ICE-System, wenn eine Eisenbahnbetriebsgesellschaft jeden Schritt dieser Entwicklung mit einer Netzgesellschaft hätte aushandeln müssen?

Unser Problem in Deutschland ist nicht der Wettbewerb auf der Schiene. Unser Problem ist der Wettbewerb zwischen den Verkehrsträgern: zwischen Schiene und Straße, Schiene und Luftverkehr. Wir brauchen eine starke und intakte Bahn, um mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen. Das ist unerlässlich, wenn Deutschland nicht in den nächsten Jahren einen Verkehrsinfarkt erleben will. ■

■ Kontra: Bahnprivatisierung kritisch prüfen!

von Petra Merkel



↳ Petra Merkel,
MdB (SPD), Berlin.

Foto: www.spdfraktion.de

Als Mitglied der Parlamentarischen Linken der SPD-Bundestagsfraktion setze ich mich für eine kritische Prüfung der Privatisierungsvarianten ein. Grundsätzlich muss abgewogen werden, welche Risiken sich aus dem Börsengang unter dem Druck von Aktiendividenden oder anderer Formen privaten Kapitaleinsatzes auf Personalentwicklung, Investitions- und Fusionsentscheidungen ergeben. Haushaltspolitische Risiken für den Bund sind auszuschließen und die Deutsche Bahn AG (DB AG) muss als ein auf staatliche Infrastrukturzuschüsse angewiesenes Unternehmen parlamentarisch kontrollierbar bleiben. Eine materielle Privatisierung der Eisenbahninfrastruktur, also des Schienennetzes, der Bahnen und des Betriebes, scheidet für mich aus. Deshalb können allenfalls die verbleibenden Modelle einer Teilprivatisierung ohne Netz weiter geprüft werden. Selbst eine Teilprivatisierung der Eisenbahninfrastruktur von 49% ist aus folgenden Gründen nicht sinnvoll:

1. Der von der DB AG geforderte und für einen Börsengang als unverzichtbar erklärte Bundeszuschuss Höhe von 2,5 Mrd. Euro jährlich entzieht dem Bund wichtige haushaltsrechtliche Einfluss- und Steuerungsmöglichkeiten.

2. Die Errichtung und Instandhaltung der Schieneninfrastruktur sowie die Aufrechterhaltung eines adäquaten öffentlichen Verkehrsangebots wird als Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge begriffen und muss durch eine Bereitstellung öffentlicher Mittel weiterhin garantiert werden. Der Personen- und Gütertransport und insbesondere die globale Logistik sind hingegen wirtschaftliche Unternehmungen – keine staatlichen Aufgaben.

Der Staat sollte aus prinzipiellen Erwägungen nicht die Risiken eines weltweiten Logistikgeschäfts tragen.

3. Die Höhe der Dividendenausschüttung wird maßgeblich durch die Differenz zwischen durch den Bund verbürgten Finanzierungsbeiträgen für das Bestandsnetz und dem durch ein börsennotiertes Eisenbahninfrastrukturunternehmen betrieblichen Einsparungen bestimmt. Das birgt erhebliche Risiken für den Unterhaltungszustand des Netzes, die Verkehrssicherheit, die Arbeitsplätze und den Wirtschaftsstandort Deutschland.

4. Modelle der Börsenplatzierungen in Großbritannien und Neuseeland führten nach einigen Jahren hoher Dividendenausschüttungen zur Insolvenz und Rücknahme des Schienennetzes durch den Staat. Allein das Risiko einer vergleichbaren Entwicklung kann keine Empfehlung für die Börsenplatzierung sein.

5. Es bestünde für die DB AG ein Anreiz, dort zu investieren, wo auch DB-Unternehmen fahren. Andere Bahnunternehmen und Aufgabenträger wären dem Risiko ausgesetzt, dass hinsichtlich der Qualitäts- und ggf. auch der Sicherheitsstandards nicht mehr objektiv verkehrspolitisch, sondern gewinnorientiert entschieden würde.

6. Die Erfahrung des Schweizer Modells einer jeweils dreijährigen Vereinbarung bei strenger Mittelverwendungskontrolle durch den Staat erscheint gemessen an Qualität, Verspätungsquote und Verkehrsmarktanteil dem deutschen Modell überlegen. ■

Einleitung zum Schwerpunkt

SPD-Grundsatzprogramm zwischen Kontinuität und Modernisierung | von Andrea Nahles, Joachim Schuster ■ ■



Foto: Jusos in der SPD



Foto: Jusos in der SPD

Die Grundsatzprogrammdebatte geht in ihre letzte Phase. Nach der Vorlage der Leitsätze „Kraft der Erneuerung“ durch Kurt Beck im April soll nun bis zum Januar ein erster durchgehender Entwurf für das neue Programm erstellt werden. Auffallend ist im Vergleich zur Debatte um das Berliner Programm, dass die Beteiligung der Partei an der Debatte bisher deutlich geringer ist. Ein wesentlicher Grund dafür ist sicherlich die Überlagerung der Diskussion mit anderen wichtigen aktuellen Tagesfragen. Zudem zeigt sich hier das grundsätzliche Problem von Grundsatzprogrammen. Papier ist geduldig und lässt die Formulierung vieler hehrer Zielsetzungen zu. Der politische Alltag dagegen ist angeblichen Sachzwängen ausgesetzt und lässt die Grundsatzprogrammatische zurücktreten. Praktische Regierungspolitik und Grundsatzbeschlüsse klaffen häufig weit auseinander.

Gerade deswegen sollte die Linke die Programmdebatte nicht auf die leichte Schulter nehmen. Die Regierungspraxis der SPD der letzten Jahre hat viele der im Berliner Programm niedergelegten Zielvorstellungen praktisch umdefiniert. Die Orientierung an einer so genannten neuen gesellschaftlichen Mitte, die angebliche unausweichliche Modernisierung der sozialen Sicherungssysteme unter Vernachlässigung notwendiger Umverteilung, der weitgehende Verzicht gestaltender Elemente in der Wirtschaftspolitik sind dafür nur einige Beispiele. Die Grundsatzprogrammdebatte sollte vor diesem Hintergrund als ein wesentliches ideologisches Auseinandersetzungsfeld begriffen werden. Hier wird ausgetragen, ob der Regierungskurs der letzten Jahre auch ideologisch nachvollzogen wird oder ob die ideologische Basis für

⇨ Andrea Nahles, MdB (SPD) und spw-Mitherausgeberin, Vorsitzende des Forum DL21 und Mitglied im SPD-Präsidium.

⇨ Dr. Joachim Schuster, Mitglied der Bremer Bürgerschaft (SPD), Geschäftsführer des Forum DL21.

substantielle Kurskorrekturen gefestigt wird, wie sie im Wahlkampf 2005 propagiert wurden und anschließend in einer kurzen Phase in Ansätzen auch umgesetzt wurden.

Damit gewinnt die Programmdebatte auch Bedeutung für die aktuellen Auseinandersetzungen. Denn inzwischen scheint es so, dass manche führende Sozialdemokraten die Lehren aus den Wahlauseinandersetzungen der letzten Jahre wieder vergessen haben und fröhlich sich in die Kontinuität der Schröder-Regierung stellen. Anders sind manche Reformpläne etwa bei der Gesundheitsreform oder der geplanten Unternehmenssteuerreform nicht zu verstehen. Die Grundsatzprogrammdebatte kann hier durchaus korrigierende Funktionen wahrnehmen.

Insgesamt braucht die SPD ausgehend von ihren Grundwerten wieder eine Zielperspektive, die sich deutlich vom neoliberalen Zeitgeist abgrenzt. Eine solche Alternative zur Anpassung ist nur zu entwickeln, wenn positiv beschrieben wird, mit welchen Gestaltungsansprüchen, mit welchen Verbündeten und gegen welche Akteure welche Ziele erreicht werden sollen. Dabei geht es nicht um eine Neudefinition unserer Ziele, wie dies etwa im Zusammenhang mit der Debatte um die angebliche Notwendigkeit eines neuen Begriffs sozialer Gerechtigkeit geschehen sollte.

Im Gegenteil, hier brauchen wir die Kontinuität des Berliner Programms. Nach wie vor können die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nur als Einheit begriffen werden, bei der sich die einzelnen Elemente gegenseitig bedingen und ergänzen. Dies beinhaltet eine ausgeprägte gesellschaftliche Umverteilung. Wir halten fest am Ziel, dass die Menschen ihre Lebensbedingungen selbst bestimmen und dabei die Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung beachten. Dies erfordert natürlich eine Durchsetzung des Primats der Politik gegenüber der Wirtschaft. Und selbstverständlich muss es weiter das zentrale Ziel der Sozialdemokratie bleiben, eine friedliche Weltordnung auf der Basis der Stärke des Rechts und nicht des Rechts der Stärkeren aufzubauen.

Allerdings – und dies begründet die Notwendigkeit eines neuen Programms – müssen diese Ziele vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen und ökonomischen Veränderungen seit der Verabschiedung 1989 neu konkretisiert werden. Die bisher von Beck vorgelegten Leitsätze leisten dies nur sehr begrenzt. Im vorliegenden Schwerpunkt beleuchten wir einige Facetten näher, die für eine Neuausrichtung von zentraler Bedeutung sind. Horst Heimann kritisiert die Leitsätze und stellt heraus, dass trotz mancher positiver Aspekte der wesentlich Mangel darin besteht, dass sich nicht mit den Akteurskonstellationen auseinander gesetzt wird. Und er bemängelt, dass der Demokratische Sozialismus nicht als Gegenmodell verstanden und propagiert wird. Felix Welti setzt sich mit der Frage auseinander, was demokratischer Sozialismus heute sein kann und zeigt Felder auf, die konzeptionell bearbeitet werden müssen. Der Beitrag von Björn Böhning befasst sich mit den Strukturveränderungen im heutigen Kapitalismus. Auf dieser Basis behandeln die folgenden Artikel einzelne Politikbereiche, die für ein neues Grundsatzprogramm von Bedeutung sein werden. Elke Ferner befasst sich mit den Perspektiven der sozialen Sicherungssysteme vor dem Hintergrund neuer Anforderungen des flexibilisierten Kapitalismus aber auch der veränderten Biographien der Menschen. Ulrich Commerçon und Heiko Maas plädieren für eine linke Wirtschaftspolitik, die sich nicht in einer stärkeren Gewichtung keynesianischer Elemente erschöpfen darf, sondern über eine neue moderne Industriepolitik auch die stoffliche Seite der Ökonomie strukturieren muss. Schließlich beschäftigt sich Heidemarie Wieczorek-Zeul mit der internationalen Herausforderung zur Schaffung einer friedlicheren und gerechteren Welt.

Die Debatte um die grundlegende Zielbestimmung sozialdemokratischer Politik muss in den nächsten Wochen und Monaten intensiviert werden. Es geht nicht nur um geduldiges Papier, sondern auch um einen tauglichen Kompass und ideologischen Rückhalt für die tagesaktuellen Auseinandersetzungen. ■



Foto: Christian Kiel

Der Brutalisierung des Kapitalismus entgegen treten!

Thesen für eine weiterführende
Programmdiskussion

von Horst Heimann



Bei den folgenden Thesen geht es nicht darum, ein Gesamturteil über die „Leitsätze“ zu fällen, sondern für eine „Debatte auf allen Ebenen, in allen Gliederungen unserer Partei, vor allem aber auch mit der Gesellschaft“ besonders relevante Themen und Gedanken herauszuarbeiten, auf Unklarheiten, Widersprüche und „weiße Flecken“ hinzuweisen und damit Schwerpunkte für eine kontroverse und weiterführende Diskussion zu benennen.

□ Die Ziele der Sozialen Demokratie“ sind konsensfähig

Die allgemeinen Formulierungen im Abschnitt „III. Die Ziele der Sozialen Demokratie“ dürften im Prinzip weitgehend konsensfähig sein und auch den Erwartungen unserer Wähler entsprechen: „Eine friedliche Weltordnung. Eine faire Globalisierung. Wohlstand und Beschäftigung. Generationensolidarität in einer kinderfreundlichen Gesellschaft. Soziale Teilhabe aller. Ein nachhaltiger Fortschritt. Sicherheit und Orientierung im Wandel.“

Auch in den kontroversen Diskussionen der SPD in den letzten Jahren waren die Ziele der sozialdemokratischen Politik weniger umstritten als die Frage, mit welcher konkreten politischen Praxis wir diesen Zielen näher kommen können. Die Antworten auf diese Frage hängt weitgehend davon ab, wie wir die gesellschaftliche Wirklichkeit einschätzen, welches Gesellschaftsbild wir haben und vor allem, welche Handlungsspielräume wir sehen. Dieses Problem sprechen die „Leitsätze“ indirekt an, wenn sie schon einleitend „Wirklichkeitssinn“ fordern, um unsere Grundwerte „in realistische Politik zu übersetzen.“ Denn „Wirklichkeitssinn“ bedeutet ja, die gesellschaftliche Wirklichkeit möglichst objektiv zu erkennen, sie nicht wegen Vorurteilen oder Interessen nur verzerrt wahrzunehmen oder darzustellen. Die „Leitsätze“ nennen zwei allgemeine und unentbehrliche Voraussetzungen für eine realistische Politik im Sinne der Grundwerte: „Wir setzen nicht auf passive Anpassung an den Wandel, sondern seine aktive Gestaltung.“ Das ist eine klare Absage an das neoliberale und marxistisch-leninistische Credo, dass allein die objektiven ökonomischen Gesetzmäßigkeiten die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen und keinen Spielraum für alternatives politisches Handeln lassen.

□ Keine klaren Vorstellungen von der gesellschaftlichen Wirklichkeit

Über die grundsätzliche Anerkennung von Gestaltungsspielräumen hinaus brauchen wir für eine grundwerteorientierte Politik genauere Vorstellungen von der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Das wird mit der Aussage, die vorgelegten Leitsätze „beschreiben die großen Herausforderungen, denen sich die Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen muss“, ausdrücklich anerkannt. Doch zu diesem implizit anerkannten Themenbereich gibt es in den Leitsätzen kein eigenes systematisches Kapitel. Innerhalb der ausführlichen Beschreibung der „Ziele der Sozialen Demokratie“ finden sich, unsystematisch und verstreut, durchaus zahlreiche gesellschaftskritische Bemerkungen, Aussagen über die Gesellschaft und gravierende Missstände, über Chancen und Risiken. Aber diese verstreuten Bemerkungen ergeben kein klares und fundiertes Gesamtkonzept, enthalten Unklarheiten und Widersprüche, vor allem viele „weiße Flecken“. Gerade deshalb wäre zu diesem Themenbereich eine kontroverse Diskussion möglich und notwendig, die zu einem gemeinsamen Lernprozess und Erkenntnisfortschritt führen könnte.

Die Leitsätze enthalten durchaus die zentrale Aussage über die entscheidende reale Entwicklungsrichtung und den aktuellen Zustand unserer Gesellschaft. Und sie benennen damit die entscheidenden Herausforderung für die Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts: „Die Verteilung von Einkommen und Vermögen hat sich zu Lasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der kleinen Selbständigen verschoben.“ Und dieser unbestrittenen Tatsachenaussage schließt sich die zutreffende Bewertung an: „Dies ist weder gerecht noch ökonomisch vernünftig.“

Diese Umverteilung von Vermögen und Einkommen ist deshalb die entscheidende Herausforderung für die Politik zu Beginn des 21. Jahrhunderts, weil damit fast alle anderen, in den Leitsätzen kritisierten Übel unserer Gesellschaft zusammenhängen.

□ Akteure und Verantwortlichen für mehr Ungerechtigkeit werden nicht genannt

Der in jenen kritischen Aussagen enthaltene Wirklichkeitssinn reicht nicht aus, um aus dieser Kritik die konkrete Politik abzuleiten und mehrheitsfähig zu machen, die „die Ziele der Sozialen Demokratie“ zu verwirklichen vermag. Denn die Formulierung „die Verteilung von Reichtum und Vermögen hat sich ... verschoben“, ignoriert oder verschleiert den „subjektiven Faktor“ oder die Akteure dieser Verschiebung, und nimmt daher der einerseits richtigen Aussage über zunehmende Ungleichheit und Ungerechtigkeit ihre gesellschaftskritische Funktion. Mächtige gesellschaftliche Akteure und ihre willigen Helfer haben zielstrebig diese Verteilung zu ihren eigenen Gunsten verschoben und die in den Leitsätzen kritisierten sozialen Missstände produziert. Die eminente Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben ist nicht Ergebnis eines objektiven Naturprozesses, auch Globalisierung genannt, sondern Erfolgspremie für zielstrebiges Denken und Handeln von wissenschaftlichen, ökonomischen, publizistischen und politischen Machtelementen. Die Vertiefung der Kluft zwischen Arm und Reich und die Ausgrenzung von immer mehr überflüssigen Menschen, sind keine Kollateralschäden der Globalisierung, sondern das gesellschaftspolitische Programm der neoliberalen Bewegung und daher gewolltes Ziel.

□ „Eine neue soziale Übereinkunft“ – für die Verteidiger der sozialen Gerechtigkeit

In den Leitsätzen werden weder die objektiven Faktoren noch die Akteure präzise erkannt und benannt, die die kritisierten sozialen Missstände verursacht haben. Der Hinweis auf „Marktradikalismus“ reicht nicht aus. Aber ebenso wenig werden die Faktoren und Akteure präzise benannt, die zur Beseitigung der beklagten Missstände und zur Verwirklichung unserer Ziele

beitragen könnten. Bezogen auf die heutige gesellschaftliche Realität und die bei den Machteliten vorherrschenden neoliberalen Wert- und Zielvorstellungen, enthalten viele Formulierungen wenig „Wirklichkeitssinn“ und sind somit fatale Fehleinschätzungen. Zutreffend ist zwar die normative Überlegung: „Eine Gesellschaft der Freien und Gleichen braucht eine Verständigung darüber, wie sie unterschiedliche Interessen zwischen gesellschaftlichen Gruppen, Generationen und Geschlechtern in Einklang bringt.“ Und noch zutreffender und vor allem realistischer ist auch die anschließende Feststellung: „Die dauerhafte Spaltung unserer Gesellschaft in Gewinner und Verlierer schadet allen gemeinsam ...“. Denn diese „Spaltung unserer Gesellschaft“ bedeutet ja, dass wir nicht in einer „Gesellschaft der Freien und Gleichen“ leben, sondern in einer Gesellschaft der zunehmend Ungleichen und daher auch weniger Freien.

Das im Kapitel „Der vorsorgende Sozialstaat“ formulierte Ziel, „den Konsens über unseren Sozialstaat erneuern, bevor ihn seine Gegner „einseitig aufkündigen“, übersieht auch die Tatsache, dass die neoliberalen Machteliten diesen Konsens längst aufgekündigt haben und sich an ihrer „neuen sozialen Übereinkunft“ orientieren, die die Zerstörung des Sozialstaats zum Ziel hat. Wenn dagegen die SPD, nicht nur in der Programmdiskussion, ihr soziales Profil wieder schärft und ein überzeugendes Reformkonzept für mehr soziale Gerechtigkeit vorlegt, dann könnte sie einen großen Teil der 74% der Deutschen für sich gewinnen, die heute den Politikern vorwerfen, sich zu wenig um die Gerechtigkeit in unserem Land zu kümmern. Wohlgermerkt: Dafür reicht es nicht, im Programm das Wort soziale Gerechtigkeit viel öfter zu verwenden als in den Leitsätzen). Mit einer neuen Mehrheit links vom neoliberalen Flügel von CDU/CSU und Grünen könnte das antidemokratische Prinzip „In der Marktwirtschaft kann man nicht gegen die Wirtschaft regieren“ durch das demokratische Prinzip „In der Demokratie kann man nicht gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung wirtschaften“ ersetzt werden und die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität wieder zur Leitidee sozialdemokratischer Politik werden.

Grundsätzlichen Mängel und Schwachstellen der Leitsätze haben eine Ursache sicher in dem Bemühen, sich auf der geistigen Höhe des Zeitgeistes zu bewegen. Die Hauptursache dürfte aber darin liegen, dass die Programmgeschichte der SPD nicht verarbeitet wurde und nicht begründet wird, warum „die Orientierungen des Berliner Programms ... als Kompass für unsere Praxis nicht mehr ausreichen“. An keiner Stelle der Leitsätze wird erwähnt, welche Aussagen des Berliner Programms als überholt anzusehen sind.

□ Der Demokratische Sozialismus als Gegenmodell zum Kapitalismus

Obwohl in der „Wissensgesellschaft“ historisches Wissen nicht mehr gefragt zu sein scheint, dürfte doch in einem künftigen Grundsatzprogramm folgender Satz, weil schlimmer als Unwissen, nicht mehr enthalten sein: „In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie war der Demokratische Sozialismus das Gegenmodell zum diktatorischen Staatssozialismus.“

Diese Deutung des Demokratischen Sozialismus als Gegenmodell zum real existierenden Sozialismus sowjetischer Prägung ist zwar nicht neu. Denn es war seit Lenin und Stalin, bis zur Implosion des Sowjetkommunismus, die verbindliche marxistisch-leninistische Interpretation der sozialdemokratischen Programmatik und Politik.

Obwohl damals einige Jusos an diese, angeblich marxistische Deutung des Demokratischen Sozialismus, glaubten, und die SPD wieder zu einer richtigen sozialistischen Partei machen wollten, widersprach doch die Mehrheit der SozialdemokratInnen dieser Verzerrung der Geschichte. Sie sahen im Godesberger Programm und im Demokratischen Sozialismus keineswegs einen Verrat an der sozialistischen Tradition, die von Anfang an, ob mit oder ohne das Adjektiv, demokratisch gewesen und geblieben ist. Denn die demokratisch-sozialistische Tradition begann lange vor der Oktoberrevolution, als es noch nicht möglich war, ein „Gegenmodell zum diktatorischen Staatssozialis-

mus“ zu entwerfen. Die Ideen, Grundwerte und Zielvorstellungen des Demokratischen Sozialismus entstanden nicht, wie es die marxistisch-leninistische Geschichtsschreibung unterstellt, in der Auseinandersetzung mit dem real existierenden Sowjetsozialismus, um den Kapitalismus gegen den Sozialismus zu verteidigen. Sie entstanden vielmehr in der Auseinandersetzung und im Kampf gegen den Kapitalismus, der „die Eigentumsrechte über die Menschenrechte gesetzt hat“. (Erklärung der Sozialistischen Internationale „Ziele und Aufgaben des Demokratischen Sozialismus“ vom Juli 1951.)

Wer noch einmal in das Godesberger oder Berliner Programm schaut und liest, was dort über den Demokratischen Sozialismus steht, dürfte sofort merken. Über den oben zitierten Satz vom Demokratischen Sozialismus allein als Gegenmodell zum diktatorischen Sozialismus braucht man nicht zu streiten, den muss man einfach streichen. Selbstverständlich haben SozialdemokratInnen den „diktatorischen Staatssozialismus“ von Anfang an abgelehnt und dies auch in ihren Programmen dokumentiert. Aber auch in den Zeiten der Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus nimmt in allen programmatischen Dokumenten der SPD die Kapitalismuskritik einen viel breiteren Raum ein. Dies und die gesellschaftsverändernde Zielsetzung sind auch im Berliner Programm genau so deutlich formuliert. Von dieser kapitalismuskritischen Tradition sollte sich die SPD auch in einem neuen Grundsatzprogramm nicht distanzieren. Sie braucht sich dafür nicht zu schämen, sondern sie kann stolz sein auf die politischen Folgen dieser demokratisch-sozialistischen Tradition. Denn wenn der Kapitalismus in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg „gezähmt“ wurde, so war das auch dem wachsenden Einfluss der Ideen des Demokratischen Sozialismus zu verdanken. Umgekehrt hängt die erneute Brutalisierung des Kapitalismus seit Ende des 20. Jahrhunderts mit dem schwindenden Einfluss dieser Ideen zusammen. ■

☐ Horst Heimann, Vorstandsmitglied der „Hochschulinitiative Demokratischer Sozialismus“ (HDS), lebt in Dortmund.

Der Text ist entstanden im Rahmen der Programmdebatte beim Forum DL21 Dortmund.



Foto: Christian Kiel

NEUERSCHEINUNG

VAS 2006

→ VAS-Verlag

Wielandstraße 10
60318 Frankfurt/Main
Tel.: 069-779366
Fax: 069-7073967
E-Mail: info@vas-verlag.de
Internet: www.vas-verlag.de

Thomas Spies

**DIE BÜRGER
VERSICHERUNG**

VAS POLITIK IN SOZIALER UND ÖKOLOGISCHER VERANTWORTUNG

Zukunftsfähig und solidarisch



Foto: Christian Kiel

Die SPD braucht eine moderne Kapitalismuskritik

Impulse für ein neues
SPD-Grundsatzprogramm

von Björn Böhning



» Sozialdemokratische Grundsatzdebatten resultieren daraus, dass gesellschaftliche und ökonomische Entwicklungen alte Vorstellungen überholt haben und neue Antworten auf den Wandel gefunden werden müssen. Nicht selten folgen neue Grundsatzdebatten aber auch politischen Entwicklungen innerhalb einer Partei, in der sich bestimmte Grundüberzeugungen verändert haben und neue Politikansätze mehrheitsfähig wurden. Der neue Anlauf der SPD-Programmdenke resultiert aus beidem ein wenig: So ist der SPD ein neues (nationales) Koordinatensystem in Folge des fundamentalen sozioökonomischen Wandels abhandeln gekommen. Zum anderen haben die bisherigen Antworten auf diese Entwicklung – und zwar sowohl die Rezepte der 70er Jahre, als auch die Agenda 2010 – wenig Erfolge vorzuweisen und laufen häufig am Ziel, eine neue, solidarische Welt zu schaffen, vorbei.

Mit der „Agenda 2010“ wurden in der SPD ideologische Säulen eingerammt, ohne dass Partei und Führung ein konsistentes Gesellschaftsbild im Hinterkopf oder eine tragfähige (und mehrheitsfähige) politische Zielvorstellung vor Augen gehabt hätten. Wir wissen heute, dass damit das Ende des rot-grünen Regierungsprojekts und der Abstieg der Sozialdemokratie eingeleitet wurden.

Gerade deshalb muss eine ausführliche Diskussion über ein neues Grundsatzprogramm stets mit einer grundlegenden Bestandsaufnahme „dessen, was ist“ beginnen. Die Sozialdemokratie traut sich heute kaum noch über den Kapitalismus zu diskutieren. Gleichzeitig beginnen neokonservative Vordenker, sich mit den Auswirkungen des neuen Kapitalismus zu beschäftigen und ihrerseits „rechte“ Antworten auf diese Entwicklung zu finden. So hat kürzlich der deutsche „neocon“ Paul Nolte ein kapitalismuskritisches Buch herausgegeben. Nur um die Linke ist es still – viel zu still. Die Linke aber braucht eine moderne Form der Kapitalismuskritik. Denn es geht um nichts geringeres, als um die „Wiederaneignung des Kapitalismus-Begriffs“ (E. Altwater) für die Linke – erst recht angesichts ihres programmatischen Ideenvakuums.

□ I. Programmatische Irrtümer der Sozialdemokratie

Die Sozialdemokratie hat derzeit keine intelligente Idee für einen ökonomischen Ordnungsrahmen. Vielmehr fällt das sozialdemokratische Lager auf zwei fatale Irrtümer herein:

■ Erster Irrtum: Die Staatsgläubigkeit der moralischen Linken

Die moralischen Linken wollen pauschal die Wirtschaft eindämmen. Die „böse“ Wirtschaft dürfe nicht auf andere Bereiche des Lebens übergreifen. Die „guten“ Sozialdemokraten sollen sich lediglich noch um den Staat kümmern, heißt das zweifelhafte Motto. Dieses naive und unter kapitalistischen Vorzeichen völlig verzerrte Gesellschaftsbild ist zwar gemütlich und schön Schwarz-Weiß, aber für eine moderne Sozialdemokratie leider kein Weg. Nur den Staat zu verteidigen und die Wirtschaft den Kapitalisten zu überlassen, ist die vollständige Kapitulation vor den ökonomischen Verhältnissen. Häufig korrespondiert dieser Irrtum mit der Vorstellung, Arbeitsplätze würden von der Wirtschaft gemacht, und die Politik könnte höchstens Rahmenbedingungen schaffen. In diesem Glauben wird die Politik, wird das Staatswesen insgesamt auf eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik reduziert. Die Nachfragefunktion des Staates, der Sozialstaat als Arbeitgeber und die Funktion öffentlicher Investitionen werden so konsequent in den Hintergrund gedrängt. Der Staat fungiert hier gerade noch als „Steigbügelhalter“ für Unternehmen, die man durch angebotsorientierte Maßnahmen unterstützen müsse.

■ Der zweite Irrtum: Die Staatsferne der Sozialtechnokraten

Die Sozialtechnokraten reduzieren den Staat auf den Fiskus, auf ein Finanzportfolio, das man beliebig zusammenstellen kann. Der Versicherungsstaat sei am Ende und die Bürger müssten sich von ihrer Vollkasko mentalität, ihren

Ansprüchen an den Staat lösen. Dass dafür das Lob der Wirtschaftsverbände einhellig ist, ist klar. Die Sozialtechnokraten haben sich vollkommen von einer offensiven Reformstrategie verabschiedet und begreifen sich selbst als die obersten McKinseys, die die Unternehmen retten wollen. Auch die Sozialtechnokraten reduzieren so (mit unterschiedlichem Begründungszusammenhang) den Staat auf einen „Steigbügelhalter“ für die Wirtschaft, der lediglich noch die Wettbewerbsbedingungen der Wirtschaft verbessern soll.

Beide Irrtümer haben somit eines gemeinsam: Der Staat wird als Regelgeber und als Beteiligter in ökonomischen Prozessen ignoriert. Die Rolle des investierenden und steuernden Staates wird verschwiegen. Staat fungiert in diesen Vorstellungen als „Outsider“, als Politik ohne Kompetenz in ökonomischen Fragen. Wie wir sehen konnten, hat die marktliberale Doktrin, „Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht“, mittlerweile weit in sozialdemokratischen Ideologien Fuß gefasst. Die jahrzehntelange Vorstellung der Sozialdemokraten, nämlich dass in einem sozial regulierten Kapitalismus die Wurzel für ein „besseres Leben“ der Menschen zu suchen ist, gerät vor dem Hintergrund der Globalisierung in den Hintergrund.

Sowohl diejenigen, die den Markt moralisch zu Gunsten des Staates zurückdrängen wollen, als auch diejenigen, die den Staat auf seine fiskalischen Aufgaben reduzieren, führen die SPD nicht weiter. Die Sozialdemokratie muss weiterhin den Anspruch hegen, Wirtschaft und Gesellschaft, ja den Kapitalismus, nach den Grundwerten von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität (aktiv!) zu gestalten. Dieser Gestaltungswille findet seinen Ausdruck in einer offensiven Reformpolitik und engagiertem staatlichen Handeln, gerade auch in Europa. Deshalb braucht die SPD eine wirkliche Vorstellung darüber, wie ein globaler, sozialer Ordnungsrahmen aussehen kann.

Eine moderne Kapitalismuskritik muss auf drei Feldern ansetzen: Der Rolle der Finanzmärkte, dem Wandel der Arbeitswelt und der Rolle des Staates bzw. der öffentlichen Güter.

□ II. Kapitalismuskritik: Die Rolle der Finanzmärkte

» Der Finanzkapitalismus beinhaltet neue Logiken, die mit den altbekannten fundamental brechen. Die Bosse der Unternehmen sind nicht mehr die Alleinherrscher, sondern auch verzweifelte Getriebene ihrer Shareholder. Es ist vor allem die Ausbeutung der Zeit, die zum Treiber des neuen Finanzregimes geworden ist. Termingeschäfte, Währungsspekulationen, riskante Risikoumschichtungen und Tauschgeschäfte mit Derivaten gehören zum Alltag der neuen Ökonomie. Wir haben es mit einem regelrechten bet-and-win-Kapitalismus zu tun, der auf den kurzfristigen Profit orientiert. Häufig wird behauptet, die Finanzmärkte wären unreguliert. Das stimmt nicht. Internationale Finanzmärkte haben einen globalen Ordnungsrahmen. Sie sind nach US-amerikanischem betriebswirtschaftlichen Kalkül ausgestaltet. Transparenzregeln, Anlegerrechte und Aufsichtsstrukturen über Börsen, Fonds oder Versicherungen sind auf kurzfristige Rendite und Anlagebestimmungen hin ausgerichtet. Wir erleben heute einen „ökonomischen Kulturkampf“ um das zukünftige Wirtschaftsmodell.

Will die SPD sich nicht alleine technokratisch den Regeln des Finanzkapitals unterwerfen, muss sie die Idee einer sozialen und demokratischen Kultur der Finanzwirtschaft in Deutschland und Europa durchsetzen. Dabei geht es in erster Linie gar nicht um neue Institutionen. Die Strukturen des Finanzkapitalismus müssen selbst genutzt werden, um alternative Logiken der Vergesellschaftung in die ökonomische Entwicklung einzuschreiben. Die Investitionsfunktion der Finanzmärkte nutzen, deren räuberische Kurzfristsicht beenden – so lautet das Gebot der Stunde.

□ III. Die prekäre Arbeitsgesellschaft

» Nicht nur fünf Millionen Arbeitslose, sondern mittlerweile 6,8 Millionen Niedriglohn-Beschäftigte in Deutschland zeigen: Wir befinden uns auf dem Weg in eine prekäre Arbeitsgesellschaft. Prekarität auf dem Arbeitsmarkt nimmt unterschiedliche Gestalten an. Neben einer „Zone der Integration“, relativ gesicherter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, hat sich eine „Zone der Prekarität“ unterschiedlichster (eben prekärer) Beschäftigungsverhältnisse gebildet, in der die Betroffenen von einer sicheren Beschäftigungsperspektive weitgehend ausgeschlossen sind. Für die Menschen in der (dritten) „Zone der Entkopplung“ sind Arbeitslosigkeit und Armut an der Tagesordnung. Hier leben die Ausgegrenzten, die kaum noch eine Hoffnung auf eine mittelfristige Erwerbsperspektive haben.



Foto: Christian Kiel

Diese Entwicklung zu einer prekären Arbeitsgesellschaft ist kein Randphänomen, sondern hält mittlerweile auch in hochqualifizierte Segmente Einzug. Hier sind es die gut ausgebildeten HochschulabsolventInnen, die sich von Praktikum zu Praktikum hangeln, ohne eine Aussicht auf einen Berufseinstieg zu erhalten. Gerade die Berufseinstiegsphase junger Menschen ist es, die zum Motor der Prekarisierungstendenzen wird.

Leitgedanke einer neuen sozialdemokratischen Arbeitspolitik muss eine Vollbeschäftigung neuen Typs sein: Eine Vollbeschäftigung, die Übergänge im Erwerbslauf flexibel absichert, Auszeiten (z.B. für Kinder) schafft und (Weiter-) Bildungsphasen sozial reguliert. Ziel einer zeitgemäßen sozialdemokratischen Politik muss es nicht nur sein, der Prekarität der Arbeitsgesellschaft enge Grenzen zu setzen, sondern auch die individuelle Selbstbestimmung der eigenen Biografie zu ermöglichen. Dafür brauchen wir Maßnahmen wie den gesetzlichen Mindestlohn. Der Sozialstaat muss die Lebensplanungen der Menschen, ihre Ansprüche an (Frei-) Zeit, Familie und Bildung besser als heute berücksichtigen und unterstützen. Im Rahmen einer „Qualitätsoffensive“ muss die Sicherung der Selbstbestimmung in Leben und Arbeit zugeschnitten werden. Die Idee der „Arbeitsversicherung“ ist und bleibt deshalb das zukunftsfähige Leitprinzip sozialdemokratischer Sozialpolitik.

□ IV. Die Rolle des Staates und der öffentlichen Güter

» Öffentliche Güter sind der herrschenden Meinung nach erst einmal solche Kollektivgüter, nach denen zwar eine gesellschaftliche Nachfrage besteht, die auf privaten Märkten jedoch nicht gedeckt wird. Eine neue soziale Übereinkunft muss diese öffentlichen Güter aber politisch definieren. Neben recht eingängigen öffentlichen Gütern wie Frieden und (saubere) Umwelt muss die Sozialdemokratie auch eine Idee dafür entwickeln, welche öffentlichen Güter noch ihrem Verständnis eines sozialen Gemeinwesens entsprechen. Wir müssen thematisieren, wo und auf welchen Feldern der Staat zukünftig gestaltend tätig werden muss. Es ist nicht wahr, dass der Staat auf nationaler Ebene ohnmächtig ist. Wir haben bereits heute Gestaltungsspielräume bei der Regulierung des modernen Kapitalismus. Wir nutzen sie nur nicht – oder nur nach angelsächsischen, marktliberalen Vorgaben. Gleichzeitig müssen aber natürlich die Möglichkeiten eines geeinten Europas zeitgemäß genutzt werden. Es ist also schon heute durch staatliches Handeln möglich, der Kapital-

flucht effektiv zu begegnen. Hier kann der Staat sogar als „Pionier“ auftreten und sich mit sozialer Regulation in die Kapitallogik einschreiben. Dazu muss aber der Staat als Regelgeber, als Beteiligten in ökonomischen Prozessen neu justiert werden. Mittelfristig – soviel ist klar – brauchen wir eine internationale Regulierung des finanzgetriebenen Kapitalismus. Die bestehenden Institutionen können sinnvoll genutzt werden. Ein Engagement in diese Richtung wäre allemal nützlicher, als bestehende Gestaltungsmöglichkeiten in Deutschland und Europa zu verneinen und ohnmächtig immer nur mit dem Finger auf andere Ebenen zu verweisen.

Eine neue sozialdemokratische Idee braucht einen konsistenten Ordnungsrahmen für eine Globale Ökonomie. Sozialdemokratische Grundsatprogrammatik muss sich dieser Aufgabe stellen, oder sie wird von der Wucht des globalen Finanzkapitalismus weggespült. ■

↳ Björn Böhning, Juso-Bundesvorsitzender, ist Mitglied der spw-Redaktion und Vorsitzender des Vereins zur Förderung von Demokratie und Völkerverständigung e.V., er lebt in Berlin.

WIDERSPRUCH

Beiträge zu sozialistischer Politik 50

Alternativen!

Solidarische Ökonomie, Geschlechtergerechtigkeit; wirtschaftliche Frauenrechte; Marktmetaphysik; Humanisierung der Arbeit; Wirtschaftsdemokratie und Gewerkschaften; Feministische Kapitalismuskritik; Lohnleichheit, Sozialversicherung; Migrationspolitik; Neuromythologie und Psychiatrie

E. Altwater, L. Gubitzer, D. Eison, J. Gideon, A. Künzli, W. Schöni, P. Oehlke, A. Demirovic, F. Haug, C. v. Werthof, S. Strub, C. Knöpfel, B. Glättli, M. Rufer

Neuformierung der Linken

W. Eberle / H. Schäppi: Emanzipatorisches Projekt
U. Brand: Progressive Strategien in Europa
J. Bischoff / Ch. Lieber: Linkspartei/PDS und WASG
Ch. Reymann: Frauenfrage – der blinde Fleck
K.H. Roth: Proletarität und soziale Befreiung

228 Seiten, € 16.– (Abo. € 27.–)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8031 Zürich
Tel./Fax 0041 44 273 03 02
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

25 Jahre



Foto: Christian Kiel

Die Zukunft des Sozialstaats – vorsorgend und nachhaltig

von Elke Ferner



» In den Leitsätzen zu unserem neuen Grundsatzprogramm hat Kurt Beck den Begriff des „Vorsorgenden Sozialstaats“ eingeführt. Begriffsschöpfungen sind das eine – sie sind für die politischen Auseinandersetzungen notwendig. Begriffsbestimmungen sind die andere, die zu meist schwierigere Seite. Ich will mit diesem Beitrag einen Impuls in die Diskussion geben, der keineswegs den Anspruch auf Vollständigkeit hat. Im Verlauf der nächsten Wochen werden wir den Begriff des „Vorsorgenden Sozialstaats“ daher weiter entwickeln müssen. Unter anderem hat diese Aufgabe die Arbeitsgruppe „Zukunft des Sozialstaats“ des SPD-Parteivorstands unter der Leitung von Birgit Fischer und mir.

□ Teilhabe statt Verteilung? Bildung statt Transferleistungen?

» Besonders die Jahre 2003 und 2004 waren geprägt von Diskussionen um diverse Gerechtigkeitse Begriffe. Das hatte Irritationen zur Folge. Fast immer standen dabei Begriffe der Teilhabe zu Gunsten von Verteilung im Vordergrund. Fast immer blieben die theoretischen Konstrukte für praktizierende Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitiker nebulös. Fast immer drängte sich der Eindruck auf, neoliberale Raubbaupolitik sollte verkleidet in die SPD-Programmatik einziehen. Fast immer erwies sich in der Praxis, dass Begriffsoperationen wie Teilhabe und Chancengerechtigkeit statt Verteilung und Chancengleichheit in der täglichen Diskussion, z.B. um Regelsätze von Hartz IV oder Zuzahlungsregelungen im Gesundheitsbereich, wenig nützen, weil sie sich in der gesellschaftlichen Realität so nicht stellen, es sei denn

um Sozialabbau zu kaschieren. Kurzum: Wir haben so manche wirre Diskussion erlebt und daraus auch gelernt. Am verrirrtesten war, dass manche „Neuentdeckung“ sich im Berliner Programm 1:1 wieder findet. Man denke nur an die Begriffe der Teilhabe oder dem investiven Charakter von Sozialstaatlichkeit: „Sozialpolitik, die sich darauf beschränkt, eingetretene Schäden zu beheben, ist inhuman und überdies finanziell rasch überfordert. Der wirksamste Schutz geschieht durch Vorbeugung. Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen einspringen, sondern vorausschauend gestalten.“ (Berliner Programm S. 31). Der Verdacht, programmatisches Denken führe nicht zu neuen Ideen, sondern zu bloßen Aufweichungen, auf welche Teile des Berliner Programms des Zeitgeists wegen verzichtet werden kann, lag auf der Hand. Konzepte für die wirklich dringenden Fragen blieben dabei oft unscharf. Das hat sich nun gewendet, die Diskussionen haben sich versachlicht. Aber manche Streitfragen sind geblieben – das wird die kommende Programmdiskussion noch genauer zeigen.

□ Begriffe von Sozialstaatlichkeit

» Die Linke in der SPD hat sich in der Debatte um das Sozialstaatsverständnis der SPD immer darum bemüht, Sozialstaat positiv zu beschreiben. Es ging darum zu zeigen, dass der Sozialstaat kein Schmutzkind der 50er, 60er und 70er ist, das wir schnellstens in die Ecke stellen sollten, wie neben anderen so mancher Spiegel-Autor meint. Den Sozialstaat verstehen wir immer als gesellschaftlichen Produktivfaktor. Es geht darum zu zeigen, dass der Sozialstaat den Aufschwung

und das Erfolgsmodell der Bundesrepublik erst möglich gemacht hat, und dass das Land in der Wiedervereinigung ohne den Sozialstaat nie zu innerem Zusammenhalt – so fragil er auch sein mag – gefunden hätte. Durch den Sozialstaat sind erst die großen Transformationen von der Industrieland hin auch zu einer Wissensgesellschaft möglich geworden. Denn der Sozialstaat hat die Menschen in ihrem Bestreben abgesichert, Neues zu wagen und über die Grenzen ihrer Elterngeneration hinauszugehen. Das gilt insbesondere für Frauen – deshalb ist die Sozialstaatsdiskussion gerade für die Gleichstellungspolitik von herausgehobener Bedeutung. Nur ein guter, umfassender Sozialstaat kann traditionelle Geschlechterverhältnisse überwinden helfen. Gute Bildung und Qualifikation für breitere Bevölkerungsteile waren dabei vor allem nach den 68ern ein zentrales Leitmotiv, ebenso wie soziale Sicherheit. Heutzutage erfüllt der Sozialstaat diese Funktionen nach wie vor. Und neue Aufgaben sind hinzugekommen: Wie helfen wir Menschen in immer unsicherer werdenden Beschäftigungsverhältnissen? Wie gehen wir mit der zunehmenden Prekarisierung von Arbeit um? Wie reagieren wir auf die zunehmende Kinderarmut? Wie trägt der Sozialstaat dazu bei, Integrationsprobleme von Migrantinnen und Migranten zu beheben? Das sind nur einige der neuen Herausforderungen. Die Aufgaben des modernen Sozialstaats hat die entsprechende Arbeitsgruppe in der vorletzten Phase der Programmdiskussion mit drei Begriffen beschrieben: integrierend, aktivierend sowie investierend. Ich halte diese Funktionen von Sozialstaatlichkeit für zutreffend. Ein moderner Sozialstaat muss allen drei Funktionen gerecht werden

Ich will kurz auf die drei Begriffe eingehen – eine Beschreibung kann in diesem Rahmen allerdings nur cursorisch ausfallen. Mit integrierend sind im Wesentlichen die sozialstaatlichen Funktionen umschrieben, die gemeinhin zur sozialen Sicherung gezählt werden, z.B. sozialstaatlichen Transferleistungen, die Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen und Existenzbedrohung ausschließen. Das gilt z.B. für die Integration von Behinderten. Aktivierend umschreibt

die Leistungen des Sozialstaats, die z.B. in der Arbeitsmarktpolitik Menschen befähigen sollen nach Notlagen wieder selbst für sich zu sorgen und Chancen zu ergreifen. Hierzu gehört auch das Prinzip des Förderns und Forderns, wobei wir die Frage nach dem Verhältnis des Einzelnen zur Gesellschaft über Kernbereiche und Leistungen des Sozialstaats definieren müssen. Allerdings muss dabei auch besonderes Augenmerk darauf gelegt werden, dass wir den Sozialstaat vielmehr als bisher vom Bürgerstatus aus begreifen – das Schicksal des oder der Einzelnen hat im Mittelpunkt zu stehen.

» Der Sozialstaat ist Dienstleister für die Bürgerinnen und Bürger und nicht umgekehrt. Die investive Funktion des Sozialstaats umreißt vielleicht die für viele ungewohnte, neue Dimension, obwohl ich meine, dass er diese schon lange ausgebildet hat. Gemeint sind hier Leistungen und Maßnahmen, die den Menschen helfen, prekäre und existenzbedrohende Lebenslagen im Ansatz zu vermeiden. Im Zentrum steht hier natürlich die Bildung und Qualifizierung, aber auch Familienpolitik und Gleichstellungspolitik. Besonders in dieser Funktion kann der „Vorsorgende Sozialstaat als gesellschaftlicher und ökonomischer Produktivfaktor beschrieben werden. In Sinne dieser drei Dimensionen wollen wir den Sozialstaat weiterentwickeln, dass er in die Potenziale der Menschen investiert, dass er die soziale Infrastruktur schafft, die soziale Mobilität und soziale Sicherheit ermöglicht. Und letztlich, dass er Menschen, die arbeitslos oder in andere Notlagen geraten sind, hilft, neue Perspektiven und Chancen zu bekommen, damit ihre Fähigkeiten für die Gesellschaft nutzbar bleiben.

□ Der neue Begriff „Vorsorgender Sozialstaat“

» Im Begriff des „Vorsorgenden Sozialstaats“ ist es vielleicht möglich, die drei Dimensionen abzubilden. Zunächst hatte es jedoch den Anschein, als sei der Begriff des Vorsorgens nur alternativ zum Begriff des Investierens verwendet worden. Zu sehr wurde in den Leitsätzen die so genannte nachsorgenden Funktion des Sozialstaats der Kritik unterzogen und – wie zuvor in den Debatten von 2003 – quasi gegen Bildung ausgespielt. Heute weiß jeder, dass gute Bildung wichtig ist – keine Frage. Aber alle wissen auch, dass sie nicht in jedem Fall vor Armut, prekären Arbeitsverhältnissen oder Arbeitslosigkeit schützt. Das Schlagwort von der Generation Praktikum spricht Bände darüber. Die programmatische Diskussion hat diese semantische Auseinandersetzung als Missverständnis aufgelöst. Kurt Beck hat in seiner Rede am 14. Mai dieses Jahres betont, dass es nicht um einen Bruch mit dem hergebrachten Sozialstaatsverständnis geht, sondern eher um eine Erweiterung. Dies spiegelt sich auch in ersten Arbeiten zur Gliederung des Programms wider. Da der Begriff des „Vorsorgenden Sozialstaats“ nun erfolgreich eingeführt ist und bereits programmatische Arbeiten prägt, ist es sicher nicht ratsam, ihn leichtfertig über Bord zu werfen. Es hat Diskussionen gegeben, ob man ihn durch den Begriff des „Nachhaltigen Sozialstaats“ ersetzen sollte. Aufgrund der mittlerweile leider spürbaren Überdehnung des Begriffs der Nachhaltigkeit würde ich eher davon abraten. Vielmehr schlage ich vor zu diskutieren, wie die drei oben genannten Funktionen in einem Konzept des „Vorsorgenden Sozialstaats“ vereint werden können. Da die Nachhaltigkeit Leitprinzip des neuen Grundsatzprogramms werden wird, geht dieser Gedanke auch in der sozialstaatlichen Programmatik keinesfalls verloren, sondern wird zum bestimmenden Paradigma.

☞ Elke Ferner ist seit 2005 stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende für die Bereiche Gesundheits- und Sozialpolitik. Seit 2004 ist sie Vorsitzende der ASF. Sie lebt und arbeitet in Saarbücken und Berlin.

Auf die vierte, sehr wichtige Dimension des Europäischen Sozialstaatsmodells kann hier nur der Vollständigkeit halber verwiesen werden. Die umfassende Beschreibung dessen erfordert eine eigene Darstellung.

» Ich will einen Vorschlag machen, wie man ein modernes umfassendes Sozialstaatsverständnis unter dem Begriff des „Vorsorgenden Sozialstaats“ vereinen kann: Der „Vorsorgende Sozialstaat“ stellt ins Zentrum seines Handelns immer die individuellen Biographien. Er unterbreitet danach in jeder bedürftigen Lebenssituation das bestmögliche individuelle Angebot, um eine Verbesserung der Lebenssituation zu erreichen. Um Bedürftigkeit zu definieren, müssen wir gerade langfristig konkrete Kerne sozialstaatlicher Leistungen definieren – wie z.B. die Grundversicherung, Gesundheitsdienstleistungen, Niveaus der Altersversorgung oder Bildungsansprüche. Danach sorgt der Sozialstaat beispielsweise vor, indem er die Altersvorsorge organisiert und so Altersarmut verhindert, indem er freie Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule garantiert, indem er durch Transferleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit Existenzbedrohung ausschließt, indem er durch Qualifizierung dazu beiträgt, Arbeitslosigkeit zu verhindern, indem gesundheitliche Prävention im günstigsten Fall spätere Krankheiten ausschließt. Das Leitziel der Nachhaltigkeit verlangt dabei, dass der Prävention eine besondere Rolle zukommt, ohne die anderen Ziele des „Vorsorgenden Sozialstaats“ zu vernachlässigen. Wichtig ist, dass der Staat aktiv als dominierender Akteur seine Funktionen ausübt – er ist verantwortlich für die Bereitstellung der „Öffentlichen Güter“.

» Zum Schluss vielleicht der wichtigste Punkt: Die Diskussion um ein Sozialstaatsbild kann nie abgelöst von der Diskussion um das unserer Gesellschaft zu Grunde liegende makroökonomische Leitbild geführt werden. Dies ist einer der wichtigsten Klärungsprozesse im Grundsatzprogrammprozess. Auch hier hilft ein Blick ins Berliner Programm: „Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sind so aufeinander abzustimmen, dass die Gesamtpolitik am Sozialstaat orientiert ist.“ Wir werden in den kommenden Wochen diskutieren, ob ein solcher oder ähnlicher Ansatz für ein umfassendes Sozialstaatsverständnis in unserem Sinne belastbar ist. ■

Wege zu einer sozial gerechten und nachhaltigen Weltwirtschaftsordnung

Beitrag zum Grundsatzprogramm der SPD

von Heidemarie Wieczorek-Zeul



Foto: Christian Kiel



» Für Sozialdemokraten stellen die Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität leitende Prinzipien dar. Frieden und Sicherheit erwachsen aus Solidarität, Interessenausgleich und Gerechtigkeit. Deshalb steht politische und soziale Gerechtigkeit in globaler Dimension im engen Zusammenhang mit der Friedenspolitik der SPD. Solange die globale Gerechtigkeitslücke nicht geschlossen wird, ist eine friedliche, für die Zukunft sozial und ökologisch vorsorgende Weltentwicklung gefährdet.

Die globale Ökonomie ist heutzutage nicht in der Lage, die gravierenden Verteilungsungerechtigkeiten aufzulösen. Im Gegenteil: Ebenso wie innerhalb der meisten entwickelten Gesellschaften führen die neoliberalen Politikmuster weltweit zu einer Verschärfung der sozialen Spaltung. Durch politisches (Nicht-) Handeln würde die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums zu Lasten der Benachteiligten beschleunigt. Das hat dramatische Auswirkungen auf die politische Stabilität vieler Entwicklungs- und Schwellenländer und

nicht zuletzt auch auf die Sicherheit in unseren Industriegesellschaften. Und: Die Folgen wirtschaftlicher Nöte, staatlichen Zerfalls und Migration treffen uns auch in Europa. Wir wissen, dass zwischen Sicherheit und wirtschaftlicher Entwicklung ein enger Zusammenhang besteht und dass ohne Entwicklung und politische Stabilität in wirtschaftlich benachteiligten Regionen die Industrieländer vor enorme Sicherheitsprobleme gestellt sind.

□ Die zentrale Herausforderung unserer Zeit

Dieser negativen Entwicklung können wir langfristig nur begegnen, indem wir sowohl die wirtschaftliche und staatliche Entwicklung in benachteiligten Regionen im eigenen Interesse fördern, als auch die globalen Rahmenbedingungen durch verbindliche und faire Spielregeln verändern. Dabei reicht es nicht aus, die Welt lediglich nach den Regeln der derzeitigen ökonomischen Globalisierung auf der Grundlage einer



„liberalen“ Wettbewerbsordnung zu organisieren. Es ist unrealistisch, von Märkten eine vollständige Selbstregulierung zu erwarten. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten müssen die Forderungen unterstützen nach internationalen Vereinbarungen, die einen fairen Wettbewerb ermöglichen, Handelshemmnisse beseitigen, Sicherheit für Investitionen gewährleisten, sanktionsfähige Rechtsverpflichtungen etablieren und soziale und ökologische Standards garantieren. Es geht vor allem darum zu verhindern, dass sich eine Form des aggressiven, von kurzfristigen Finanzzinteressen geprägten Kapitalismus, als weltweites Paradigma weiter etabliert. Wir müssen unser Modell der kooperativen und koordinierten Ökonomie, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Interessen ausgleicht und somit nachhaltig für Entwicklung und Wachstum sorgt, auch global voranbringen.

Eine zentrale Aufgabe ist dabei die Armutsbekämpfung. Denn nach wie vor lebt ein großer Teil der Menschheit in lebensbedrohender Armut. Und alle Prognosen gehen von einem deutlichen Bevölkerungswachstum allein in der nächsten Generation aus – ganz überwiegend in den Entwicklungsländern. Die Erfüllung der Millenniumsentwicklungsziele der Vereinten Nationen sind deshalb für uns zentrale Aufgaben der Weltgemeinschaft.

□ Der Nationalstaat muss zu internationalen Lösungen beitragen

Nationale Grenzen behindern immer weniger die globalen wirtschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen. Diese vernetzen Volkswirtschaften miteinander. Vor dem Hintergrund des Wettbewerbs, in dem Volkswirtschaften stehen, aber auch durch globale Risikoentwicklungen wie Migration, Bevölkerungswachstum oder Klimawandel verliert der Nationalstaat an Kraft, um solche Probleme allein zu lösen und ist gezwungen, Lösungskompetenzen an übernationale Einrichtungen zu delegieren. Mehr und mehr besteht ein Regelungsbedarf in übernationalen Zusammenschlüssen. Auch

Unternehmen sind als nichtstaatliche Akteure auf einen übernationalen Ordnungsrahmen angewiesen, wie ihn z.B. die Europäische Union in vielen Bereichen für ihre Mitgliedsländer bereits entwickelt hat.

» Für die Nationalstaaten wird die Zusammenarbeit mit diesen multilateralen Organisationen immer wichtiger. Kernstück dieser Zusammenarbeit ist die Entwicklung und Umsetzung von internationalen Vereinbarungen. Global Governance würde wirkungslos bleiben, wenn sie nicht durch die Politik in den Nationalstaaten flankiert wird. Hierfür braucht es ebenfalls die Koordinierung und Stärkung der fortschrittlichen Regierungskräfte in der Welt.

□ Eine gerechte Weltwirtschaftsordnung braucht neue Spielregeln

Die Gestaltung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung ist Teil der nachhaltigen Friedenssicherung, die eine globale Sicherheitsarchitektur voraussetzt und auf der Grundlage von Krisenprävention und des Multilateralismus basiert. Wir unterstützen alle Anstrengungen, um zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung zu kommen, deren Kernaufgabe darin liegt, international gerechte verbindliche Spielregeln zu schaffen und funktionsfähig zu machen, asymmetrische Wirtschaftsstrukturen abzubauen und faire, transparente Wettbewerbsregeln zu etablieren. Wir brauchen einen UN-Nachhaltigkeitsrat, der vergleichbar dem Weltsicherheitsrat sich verbindlich mit globalen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fragen auseinandersetzt (global governance). Dabei gibt es zum Schutz der Umwelt bereits eine ganze Reihe völkerrechtlich verbindlicher Abkommen und Regulierungen (Bekämpfung der Wüstenbildung, Klimaschutz, Erhalt der biologischen Vielfalt etc.).

Die neue Weltwirtschaftsordnung muss auf den drei zentralen Säulen ruhen, die bisher alleinstehend noch nicht tragfähig sind: (1) in der internationalen Währungs- und Finanzordnung, (2) der internationalen Handels- und Wettbewerbsordnung und (3) der internationalen Weltsozialordnung.

1. Internationale Währungs- und Finanzordnung

Die Befürworter einer „Liberalisierung“ der Finanzmärkte hatten eine andere Entwicklung prognostiziert, als sie tatsächlich eingetreten ist. Von der Liberalisierung der internationalen Kapitalmärkte wurden nennenswerte Vorteile erwartet: z.B. sollten die Finanzierungskosten für Unternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern durch den Rückgriff auf ausländische Ersparnisse sinken und damit die Konkurrenzfähigkeit der Unternehmen steigen. Stattdessen traten schwere Finanzkrisen auf. Die Kosten der Liberalisierung von Finanzmärkten waren für die Volkswirtschaften in Entwicklungs- und Schwellenländern insgesamt höher als der Nutzen und in den Industrieländern sind die Wirkungen auf die Arbeitsmärkte unübersehbar. Notwendig ist eine Differenzierung nach Art der Kapitalflüsse: Während ausländische Kredite, insbesondere solche mit kurzer Laufzeit, mit hohen Risiken verbunden sind, haben sich langfristige Kredite mit Laufzeiten von mehreren Jahren und ausländische Direktinvestitionen als wesentlich unproblematischer erwiesen.

Eine internationale Währungs- und Finanzordnung, die für die internationalen Währungs- und Finanzströme zuständig ist, muss deshalb in der Lage sein, Störungen und Krisen im Finanzbereich möglichst im Voraus zu verhindern. Die internationalen Finanzmärkte brauchen einen ordnungspolitischen Rahmen.

Der globale Kapitalmarkt hat kein solches vergleichbares Ordnungssystem. Die heutige internationale Finanzordnung ist unvollständig. Die Schaffung eines globalen Kapitalmarktes wurde

bisher nicht begleitet von effizienten „global governance“-Strukturen. Unsere Forderung nach der Schaffung eines soliden internationalen Ordnungsrahmens für die Finanzmärkte und eines internationalen Insolvenzverfahrens für souveräne Schuldner ist letztlich der konsequente Schritt, um die Globalisierungsprozesse gerechter zu gestalten.

Steuerparadiese, off-shore-Finanzzentren oder unregulierte Fonds führen zu Wettbewerbsverzerrungen und Risiken. Instrumente wie Hedge-Fonds oder unkontrolliertes Private Equity (privates Beteiligungskapital) zerstören partiell Ordnungssysteme auf Arbeitsmärkten. Global werden Geldwäsche und somit der Entzug von Steuern noch immer nicht geahndet, was zu Milliardenverlusten staatlicher Einnahmen führt.

Aus diesen Gründen fördern und unterstützen wir weiterhin internationale Diskussionen über ein neues Weltwährungssystem mit stabileren Wechselkursen, über eine Reform internationaler Währungsinstitutionen, über internationale Regeln für das Betreiben von Finanzinstituten und Banken sowie einer verbesserten Finanzmarktaufsicht. Es muss ein System internationaler Institutionen geschaffen werden, das zur Stabilisierung der Weltwirtschaft beiträgt. Dies schließt die Reform des Internationalen Währungsfonds (IWF), der Weltbank und der Welthandelsorganisation (WTO) ebenso ein, wie eine wirksame Regulierung des internationalen Finanzsystems.

2. Internationale Handels- und Wettbewerbsordnung

Mehr Chancengleichheit beim Zugang zu den Märkten ist von grundlegender Bedeutung, wenn es darum geht, größere Gerechtigkeit zu erreichen und alle Länder auf dynamische Wachstumswege zu bringen. Sowohl das Ziel der Gerechtigkeit als auch das Wachstumsziel können am besten durch eine entsprechende Makropolitik erreicht werden. Trotz bereits erzielter Fortschritte (z.B. die EU-Initiative „Everything but

Arms“, die Handelspräferenzen für die Cottonou-Länder schirmen reiche Länder ihre Märkte immer noch gegen Güter ab, die in ärmeren Ländern kostengünstiger produziert werden. Heimische Produzenten erhalten Zuschüsse und deren Exporte werden subventioniert. Zahlreiche Studien z.B. der Weltbank zeigen, dass der Abbau solcher Schutz- und Subventionsmaßnahmen sich positiv auf den Welthandel, das Wachstum und auf die Armutsverringerung in weiten Teilen der Welt auswirken würde.

Wir wollen eine internationale Wettbewerbsordnung, die für eine globalisierte Wirtschaft faire Wettbewerbsgrundlagen bereitstellt. Die zunehmende Integration der Weltwirtschaft erfordert mehr als die Verwaltung vorhandener multilateraler Verträge.

Die Suspendierung der Verhandlungen der WTO Doha Entwicklungsrunde im Juli 2006 auf unbestimmte Zeit ist ein schwerer Rückschlag für den Multilateralismus im Handelsbereich. Dennoch wird die internationale Staatengemeinschaft nicht umhin kommen, multilaterale Handelsregeln und die Markttöffnung weiter zu entwickeln. Ich trete dafür ein, die Verhandlungen so bald wie möglich wieder aufzunehmen, um einer Schwächung des Welt-Handelssystems vorzubeugen, da ein neuer Bilateralismus und regionale Abkommen mit handelsverzerrenden Subventionen keine zukunftsweisende Lösung sein werden.

Wir setzen uns dafür ein, soziale und ökologische Mindeststandards zu finden und Verbraucherschutz- und Gesundheitsstandards in die bestehenden Regelungen zu integrieren. Wir sehen in einer künftigen Wettbewerbspolitik ein global akzeptiertes Instrumentarium, das international verbindliche Wettbewerbsregeln festlegt, um Kartellbildungen zu regeln und Fusionen von marktbeherrschenden Unternehmen kontrolliert. Internationale Wettbewerbspolitik muss auf Grundlagen stehen, die ein Mindestmaß an Fairness garantieren.

3. Internationale Sozialordnung

Die dritte Säule einer gerechten Weltwirtschaftsordnung ist eine internationale Sozialordnung. Es ist unübersehbar, dass die globale Durchsetzung des marktwirtschaftlichen Systems neben Gewinnern auch eine große Zahl von Verlierern oder potentiellen Verlierern erzeugt hat. Diese Ungleichheit fordert die Weltgemeinschaft heraus, Korrektur- und Schutzmechanismen auf globaler Ebene zu formulieren und durchzusetzen, um die Ausgrenzung der von der Globalisierung Benachteiligten zu verhindern, etwa durch die Formulierung von Mindeststandards oder die Bereitstellung von internationalen Hilfsprogrammen.

So wie internationale Übereinkommen zur Regulierung der Finanzmärkte und des Kapitalverkehrs sowie eine internationale Handels- und Wettbewerbsordnung erforderlich sind, so sind auch internationale Vereinbarungen zu Sozialstandards erforderlich. Die weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen dürfen nicht zu illegaler Beschäftigung und Lohndumping führen. Es muss langfristig gelingen, die informellen Sektoren in Entwicklungs- und Schwellenländern zu formalisieren, da es hier – gerade auch für Frauen – keinerlei soziale Absicherungen gibt. Nur durch gerechte Steuersysteme und -einnahmen, transparente Politiken und Leistungsbereitschaft durch und für den Staat lassen sich politische Stabilitäten erreichen, die wiederum für die regionale und globale Sicherheit von grundlegender Bedeutung sind.

Wir treten dafür ein, dass in den multilateralen Systemen eine konsequentere Politik und eine bessere Koordinierung der Maßnahmen einzelner Institutionen angestrebt werden, um den internationalen Sozialstandards Geltung zu verschaffen. Die einflussreichen und finanzstarken internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere die Weltbankgruppe und der Internationale Währungsfonds (IWF), tragen für die Förderung der internationalen Arbeitsnormen Verantwortung.

Zwar sind sie inzwischen zu Befürwortern der Kernübereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geworden, aber den praktischen Beweis sind sie bisher noch schuldig geblieben, d.h. die Einhaltung der Normen zur Bedingung für Kredite zu machen.

Von herausragender Bedeutung ist natürlich auch auf dieser Ebene die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, den Nichtregierungsorganisationen sowie der Wirtschaft. Deshalb schafft auch die Bildung eines Weltgewerkschaftsbundes einen wichtigen neuen „global player“.



Foto: Christian Kiel

□ Bündnispartner auf dem Weg zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung

Die Erreichung dieser drei Ziele ist die zentrale langfristige Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie. Wer, wenn nicht Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sollte sich dieser Herausforderung annehmen? Gerade die deutsche Sozialdemokratie als mitgliederstärkste Partei in der SPE und der SI, die zugleich Regierungspartei im bevölkerungsreichsten Land Europas ist, hat hier eine Führungsrolle. Von Neoliberalen und Neokonservativen auf der einen, sowie mancher auf Protektionismus setzender Anhänger der PDS sind keine Beiträge zu einer konstruktiven Diskussion über die politische Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung erwartbar.

Somit ist in Deutschland die SPD die einzige politische Kraft, die wegweisende Antworten auf die Frage nach einer gerechten Gestaltung der Weltwirtschaftsordnung findet. Wir müssen nun verstärkt einen Prozess beginnen, mit unseren Bündnispartnern unsere Ziele zu verfolgen.

□ Globales Interesse an Friedenssicherung und Lebenschancen

Ein fairer Ausgleich zwischen den Weltregionen liegt im Zentrum unseres Sicherheitsinteresses. Er setzt die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen im Interesse künftiger Generationen sowie eine kooperative Form effizienter wirtschaftlicher und politischer Strukturen auf globaler Ebene voraus.

Die Grundwertekommission der SPD hat festgestellt: „Wie innerhalb der einzelnen Staaten, so kann auch in der Welt im Ganzen keine Ordnung von Dauer sein, die nicht von der großen Mehrheit der von ihr Betroffenen als legitim und fair empfunden wird. Bloße Macht, die allein auf der Überlegenheit ihrer wirtschaftlichen und militärischen Mittel basiert statt auf den Überzeugungen der ihrer Herrschaft Unterworfenen, erzeugt auf die Dauer Distanz, Ablehnung und Widerstand.“

Deshalb ist es für die Zukunftsfähigkeit der internationalen Beziehungen wichtig, für Strukturen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung einzutreten. ■

⇒ Heidemarie Wiecek-Zeul ist Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Eine moderne Industriepolitik für Deutschland

Wirtschaftswachstum sozial
und nachhaltig steuern

von Heiko Maas, Ulrich Commerçon



Foto: Christian Kiel

» » „Wir stehen nicht für eine rechte oder linke Wirtschaftspolitik, sondern für eine moderne Politik der sozialen Marktwirtschaft.“

Jener Satz Gerhard Schröders in seiner ersten Regierungserklärung als Bundeskanzler am 10. November 1998 gibt in seinem ersten Teil die schlichte Realität der SPD wieder: so richtig wissen wir nicht mehr, was unter „linker Wirtschaftspolitik“ zu verstehen ist. Von einer ökonomischen Theorie oder auch nur Ansätzen einer praktischen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik sind wir derzeit weit entfernt. Die Diskussion um das neue Grundsatzprogramm muss daher genutzt werden, neue Grundübereinkünfte zu erzielen, was sozialdemokratische Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert überhaupt ausmacht. Dabei sind zunächst einmal die richtigen Fragen zu stellen. Weder altlinke oder linkspopulistische Wachstumsideologien noch die immer wieder aufkommende romantisch-treuerherzige Wachstumskritik nach dem Motto „Weniger ist mehr“ beantworten, die Frage nach dem „wozu“ des Wachstums. Dass zudem der dumpfen Rhetorik zu hoher Lohnkosten endlich konsequent entgegengetreten werden muss, dürfte innerhalb (auch der sozialdemokratischen) Linken ebenso konsensfähig sein wie die Notwendigkeit staatlicher Investitions- und Steuerungsfunktion.

□ Wachstum ist Voraussetzung gerechten Fortschritts

» » Die SPD muss als Zukunfts- und Fortschrittspartei in Deutschland erkennbar werden. Sie muss dafür eintreten, dass sich das Wachstum unserer Wirtschaft stets in einem Rahmen vollzieht, der vor allem sozial gerecht ausgestaltet ist.

„Besser statt billiger“ – darauf wird man sich – womöglich mit Verweis auf die erfolgreiche interventionistische Tradition (nicht nur der Linken) der französischen Industriepolitik schnell einigen. Aber gerade innerhalb der französischen Linken ist zwar die Schaffung von Arbeitsplätzen und der Kampf gegen soziale Ungleichheiten nach wie vor grundlegend für „linke“ Politik; dennoch wird auch hier längst nicht mehr so eindimensional gedacht wie noch in den 80er Jahren. Um Arbeitsplätze zu schaffen, ist eine Wachstumspolitik, welche gleichzeitig die Bedürfnisse der Menschen nicht nur im Blick behält, sondern diese ins Zentrum ihrer Aktivitäten rückt, unbedingt notwendig. Es steht dem Fortschrittsgedanken keinesfalls entgegen, dass soziale Sicherheit befördert wird, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache.

Im Gegenteil: Wachstum und Verteilungsgerechtigkeit bedingen einander langfristig und können Vollbeschäftigung ermöglichen, die wiederum die eigentliche Voraussetzung gleicher Teilhabe und damit sozialer Gerechtigkeit ist. Produktivitätsfortschritt sowie sichere und gerechte Teilhabe der ArbeitnehmerInnen sind kein Widerspruch, sondern zwei Seiten einer Medaille.

Dieses notwendige qualitative Wachstum muss in ausgewählten Märkten erzielt werden und der Staat hat dabei eine wie auch immer zu nennende „Pionierrolle“ zu übernehmen. Für den „Exportweltmeister“ Deutschland besteht zukünftig der Bedarf, bestehende Exzellenzen zu sichern und auszubauen. Wir sind ein High-Tech-Land, das insbesondere in den klassischen industriellen Branchen weltweit Maßstäbe setzt. Hier besteht damit auch der Anknüpfungspunkt für eine künftige und vor allem nachhaltige Wirtschafts-, Wachstums- und Fortschrittspolitik.

□ Die „ökologische Krise“ kehrt zurück

Die aktuellen Herausforderungen sind vielschichtig: Neben dem Problem der Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Gerechtigkeit rückt auch die ökologische Krise wieder stärker in den Mittelpunkt des Interesses. Die Diskussionen der letzten Monate um die Weltenergiemärkte zeigt, dass die ökologische Frage zunehmend auch zur sozialen Frage nicht nur in der Peripherie, sondern mitten in unserer Gesellschaft wird. Es geht auch in Deutschland nicht mehr „nur“ um die unter der Last hoher Spritpreise ächzenden Autofahrer, sondern um Kinder, die mitten in unserer Gesellschaft den Winter in ungeheizten Wohnungen verbringen. Und das bei voraussichtlich derzeit noch recht mäßigen Energiepreisen angesichts seriös prognostizierter Ölpreise von bis zu 200 \$ je Fass.

Im „Berliner Programm“ der SPD heißt es: „Nicht jedes Wachstum ist Fortschritt. Wachsen muss, was natürliche Lebensgrundlagen sichert, Lebens- und Arbeitsqualität verbessert, Abhängigkeit

mindert und Selbstbestimmung fördert, Leben und Gesundheit schützt, Frieden sichert, Lebens- und Zukunftschancen für alle erhöht, Kreativität und Eigeninitiative unterstützt. [...] Vorausschauende Strukturpolitik kann Qualität von Leben und Umwelt verbessern, Kreativität freisetzen und Zukunftsperspektiven eröffnen. Die nachteiligen Folgen müssen wir sozial beherrschbar machen.“ So weit, so gut.

Kann über ein notwendiges Kriterium „Nachhaltigkeit“ rein begrifflich noch weitgehende Übereinstimmung erzielt werden, wird es im Detail dann schwierig. Und spätestens hier scheiden sich die Geister.

□ Moderne Industriepolitik – Zukunftsorientierung durch Nachhaltigkeit

In den vergangenen Jahren in Deutschland sind industriepolitische Ansätze kritisch betrachtet worden, weil Industriepolitik auf Grund des Booms der „New Economy“ als veraltet galt. Im Zuge des Zusammenbruchs der Börsenblase zu Beginn des Jahrhunderts hat sich diese Haltung jedoch als Trugschluss erwiesen. Mehr denn je sind es die industriellen Kerne, die unsere Wirtschaft wachsen lassen, die Arbeitsplätze unmittelbar zur Verfügung stellen oder im tertiären Sektor schaffen und somit die existenziellen Grundlagen für die Menschen in unserem Land sicherstellen.

Dass der SPD-Parteivorstand mit der „Projektgruppe Moderne Industriepolitik“ dieser Erkenntnis Rechnung trägt, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Hier sollen die Märkte der Zukunft identifiziert und Handlungsrahmen erörtert werden. Bislang kristallisieren sich erste Erkenntnisse in der Projektgruppe heraus. Neben der Energie- und Gesundheitswirtschaft spielen die Informations- und Kommunikationstechnologie selbstverständlich eine wichtige Rolle. Aber auch die Automobilindustrie und andere – teils bereits abgeschriebene – klassische Industriefelder können in den nächsten beiden Dekaden zentrale Wachstumsfelder in

Deutschland sein. Welche konkreten Herausforderungen sich für die Politik hier ergeben, ist erst in Ansätzen erkennbar. Aus- und Weiterbildung und Innovationsfähigkeit sowie Ressourcenproduktivität sind aber zentrale Schlüsselbegriffe.

□ Schlüsselkompetenz Energieeffizienz und Ressourcenproduktivität

» Wer morgen sicher leben und zukunftsfähige Arbeitsplätze in Deutschland haben will, muss heute einen anderen Umgang mit knappen Ressourcen pflegen. In kaum einem anderen Bereich lässt sich die Idee eines qualitativen und damit eines nachhaltigen Wachstums ebenso darstellen wie in der Energiepolitik. Deutschland ist ein Energieland. Wir verfügen – gerade auf Grund unserer herausragenden Fachkräfte – über (Wissens-)Ressourcen und Know-how, die sowohl in Europa als auch darüber hinaus ihresgleichen suchen. Diese hervorragende Ausgangsposition gilt es in Zukunft zu festigen.

Die Nutzung regenerativer Energieträger wird mehr und mehr an Bedeutung gewinnen. Sicherlich müssen wir heimische Ressourcen, allen voran die Kohle, auch weiterhin nutzen, da wir auf diese Weise Abhängigkeiten vermeiden können; allerdings werden es die alternativen Energieträger – Biomasse, Wasserkraft, Solarthermie, Geothermie oder Windenergie – sein, die die Entwicklungen auf dem Energiemarkt prägen werden. In all diesen Bereichen verfügt Deutschland über Exzellenzen und Potenziale, die es im Sinne einer Steigerung des Wirtschaftswachstums und damit im Sinne der Erschließung neuer und sicherer Arbeitsplätze zu nutzen gilt.

Ein weiteres Stichwort ist das Thema „Energieeffizienz“. Die rot-grüne Reformpolitik hat hier von der ökologischen Steuerreform bis hin zum EEG wichtige, erfolgreiche und weltweit kopierte Maßnahmen ergriffen. Diese Politik trägt auch Früchte sowohl hinsichtlich der Energieeinsparung als auch hinsichtlich technologischer Innovation und industrieller Anlagenfertigung. Im Vergleich zu

Japan gibt es aber Nachholbedarf. Die Einführung des japanischen „Top-Runner-Modells“, wonach das energieeffizienteste Produkt zum Maßstab für alle anderen, gleich gearteten Produkte und nach festgelegten Karenzzeiten zum Mindeststandard wird, müsste hier dringend nachfolgen. Auf diese Weise wird die Innovationsfähigkeit und Innovationstätigkeit der Unternehmen gesteigert und die Wirtschaft erhält insgesamt neue Impulse. Damit wird sowohl ein Beitrag zur Ökonomie als auch zur Ökologie geleistet. Dass die deutschen Automobilbauer bislang kaum Fortschritte bei der Reduzierung des Spritverbrauchs ihrer Neuwagenflotten vorweisen können, mag mit Verflechtungen mit der Mineralölindustrie zwar leicht erklärbar sein; hinzunehmen ist es jedoch ebenso wenig wie es nachhaltig ist – ökonomisch wie ökologisch.

Alles in allem bedeutet dies, dass Abhängigkeiten im Energiebereich vermieden, regenerative Energien verstärkt genutzt und moderne Produkte entwickelt werden müssen.

□ Wachstumsmärkte der Zukunft

1. Gesundheitsindustrie

» Auf Grund der demografischen Entwicklung in Deutschland – die Sterblichkeitsquote sinkt, die Lebenserwartung steigt – ist in den nächsten Jahren von einem extremen Wachstum des Gesundheitsmarktes auszugehen. Die Ausgaben für Gesundheit, Wellness und Lifestyle werden erheblich zunehmen. Die Entwicklung neuer Produkte und Konzepte wird an Bedeutung gewinnen. Die Fortschritte in der Medizintechnik, der Pharmaindustrie oder auch der Bio- und Gentechnologie werden Teilbereiche des Gesundheitssektors zu erheblichen Wachstumsmärkten mit teilweise hochqualifizierten Arbeitskräftebedarfen – auch für den Dienstleistungssektor – umwandeln.

2. Automobilindustrie

Der Automobilindustrie mit ihren Zulieferbranchen wie Maschinenbau oder Elektrotechnik kann zusätzliche Arbeitskräftenachfrage erzeugen, wenn ihre Innovationsfähigkeit verbessert wird. Die entsprechenden Aufwendungen sind in den vergangenen Jahren bereits gestiegen. Qualitätsansprüche werden auch in Zukunft nicht ab-, sondern zunehmen. Im Sinne einer nachhaltigen Wirtschafts- und Wachstumspolitik sind die Reduzierung des Kraftstoffverbrauchs und damit des Schadstoffausstoßes, die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung und auch die Erarbeitung neuer Bildungskonzepte zur Bekämpfung des befürchteten Fachkräftemangels erforderlich. Hier bestehen Steuerungsnotwendigkeiten.

3. Informations- und Kommunikationstechnologie

Internet und mobile Kommunikation sind zu unseren täglichen Wegbegleitern geworden. Sie stellen aber nur einen Teilbereich der Möglichkeiten dar, die sich innerhalb des Feldes Informations- und Kommunikationstechnologie verwirklichen lassen. Hinzu kommen E-Business, E-Government oder auch die Entwicklung modernster Telematiksysteme. Damit sind von den Errungenschaften der IuK-Technologie sowohl der öffentliche und der private, der Gesundheits- und auch der Automobilbereich betroffen. Die anzunehmenden Wachstumspotenziale sind damit nahezu unermesslich. Um die Chancen im IuK-Sektor weiterhin zu sichern, ist eine schnellere Umsetzung der Forschungsergebnisse in die Praxis von herausragender Bedeutung.

Die Debatte über das neue Grundsatzprogramm der SPD muss als Chance begriffen werden, ökonomietheoretisch wieder „Boden unter die Füße“ zu bekommen. Nach einem Jahrzehnt der Beliebigkeit und des „trial and error“ muss durchaus pragmatische Vernunft Einzug halten.

Foto: Christian Kiel



Dazu gehört, dass wir auch die Chance nutzen, die in einer Großen Koalition durchaus liegen, nämlich ökonomische Zusammenhänge im öffentlichen Diskurs in Abgrenzung zum Koalitionspartner (und den verschiedenen „linken“ Mitbewerbern) darzulegen. Wechselwirkungen verschiedener Steuerungsmöglichkeiten müssen aufgezeigt und eigene belastbare Ansätze entwickelt werden; sozialdemokratische Wachstumspolitik, gesamtwirtschaftliche Nachfrage und industriepolitische Steuerung müssen kombiniert werden, so dass dabei Wohlfahrtsgewinne erwirtschaftet und angemessen verteilt, Vollbeschäftigung erzielt und die ökologische Schranke beachtet wird. Es kann losgehen.

Wir stehen also – hoffentlich – am Anfang der von vielen angemahnten „ökonomischen Re-Alphabetisierung.“ ■

☞ Heiko Maas, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes und der SPD Saar.
☞ Ulrich Commerçon, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion im Landtag des Saarlandes.



Foto: Christian Kiel

Sozialismus in einem modernen Programm?

von Felix Welti

» In der Debatte um ein Grundsatzprogramm der SPD wird es auch darum gehen, ob der Begriff des (demokratischen) Sozialismus dort weiter einen Platz hat und – falls ja –, ob nur als historischen Wurzel oder auch als uneingelöste Herausforderung moderner Politik. Wer dafür streiten will, muss sich zunächst selbst Klarheit verschaffen, was Sozialismus heute heißen kann. Eine ernsthafte Debatte wäre für die sozialdemokratische Linke in jedem Fall ein Gewinn. Auch wenn nur noch eine Minderheit, sozialistische Politik und Wirtschaft als ihr Thema sieht, sollte diese doch klären, was heute darunter verstanden werden kann.

Sozialismus heißt wörtlich: Gesellschaftlichkeit. Es geht um eine politische Strömung, welche die Verbindung der Menschen in der Gesellschaft gegenüber dem Staat und einzelnen Subjekten in der Gesellschaft hervorhebt und zum Prinzip macht. Sozialismus hat etwas mit der Assoziation der Menschen insgesamt, aber auch mit ihren Assoziationen im Einzelnen zu tun. Die französische Revolution hat die Ziele Freiheit, Gleichheit und Solidarität formuliert. Universelle, für alle geltende Werte sind sie in einer Gesellschaft, die durch ihre Produktions- und Lebensweise so eng verknüpft ist wie die moderne. Solange Freiheit

und Gleichheit der politischen und bürgerlichen Rechte nicht durchgesetzt waren, waren sie Ziele der gemeinsamen Linken. Mit deren Durchsetzung wurden die Unterschiede deutlicher: Wer Freiheit und Gleichheit nicht nur formal auf den Staat, sondern auch materiell auf Leben und Güterverteilung in der Gesellschaft bezieht, gerät in Gegensatz zur ökonomischen und gesellschaftlichen Macht. Dieser Konflikt prägt bis heute das Verhältnis zwischen Sozialisten und Liberalen, wie zuletzt an der Antidiskriminierungsgesetzgebung deutlich wurde. Liberalismus ist vor allem die Ideologie derjenigen, die ihre Freiheiten nutzen können. Die sozialistische Linke stellt aber Freiheit und Gleichheit nicht gegeneinander, sondern fordern sie nicht nur im Staat, sondern auch in der Gesellschaft. Dazu bedarf es der Solidarität als staatlicher und gesellschaftlicher Veranstaltung und als Synthese der ersten beiden Werte - nicht als deren Beschränkung.

Eine Hauptströmung des Sozialismus hat sich mit einer materialistischen Auffassung von Geschichte und Politik verbunden. Dies ist kein Zufall: Während andere Ideen abstrakt erscheinen, ist die sozialistische Idee an etwas Reales und Veränderbares geknüpft: Die Gesellschaft der Menschen und ihre Relevanz für deren Zusammenleben. Wer

sozialistisch denken will, muss sehen, was die Menschen vergesellschaftet. Damit gewinnt die politische Philosophie des Sozialismus ihre besondere Beziehung zur Ökonomie und zur Gesellschaftswissenschaft. Aber sie ist nicht allein beschreibend, sondern eingreifend und normativ, Philosophie der gesellschaftlichen Praxis. Marx und Engels haben herausgearbeitet, dass die Gesellschaftlichkeit des Menschen durch den Fortschritt der produktiven Kräfte und durch gesellschaftliche Arbeitsteilung geprägt wird. Wo jeder von der Arbeit des anderen abhängt, können auch Freiheit und Gleichheit nicht gegen den anderen, sondern nur in Solidarität aller erreicht werden. Dies gerade ist aber nicht Prinzip des Kapitalismus. Die Kritik der politischen Ökonomie zeigt, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise auf dem Widerspruch von Kapital und Arbeit bei der Aneignung der gesellschaftlichen Produktion, ihrer Kontrolle und Weiterentwicklung beruht.

Sozialistische Werte und Ziele zu begründen, heißt analysieren, wie eine Gesellschaft produziert und verteilt, wie in ihr entschieden, geherrscht und kommuniziert wird. Dass die scheinbar immaterielle Kommunikation in der Gesellschaft heute wichtiger denn je ist, darf weder ausgeblendet werden noch darf man vergessen, dass eine immer komplexere Teilung der materiellen Arbeit ohne Kommunikation nicht gelingen kann. Moderner Sozialismus hält nicht an vergangenen Stadien der gesellschaftlichen Entwicklung fest, sondern will den erreichten Stand von Vergesellschaftung im Sinne von Freiheit, Gleichheit und Solidarität gestalten.

Die sozialistische Idee wurde eng mit dem materiellen Interesse der arbeitenden Klasse in ihrem Kampf mit der Bourgeoisie verknüpft. Dieser enge Zusammenhang schien problematisch im Zusammenhang mit Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, diese sind jedoch die Staatsform, in der sich Freiheit, Gleichheit und Solidarität als universelle Werte entfalten und bewahrt werden können. Das Bekenntnis zum demokratischen Sozialismus zeigt die historisch gewachsene Notwendigkeit von Klarstellungen. Der Versuch, unter

dem Titel Sozialismus Gesellschaften ohne Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu errichten, ist schon deshalb gescheitert, weil die Widersprüche in diesen Gesellschaften keine Bewegungsform finden konnten und damit ökonomischer und sozialer Fortschritt stillgestellt waren.

» Geschichte und Politik können nicht nur materialistisch, sondern auch dialektisch betrachtet werden. Gesellschaft entwickelt sich aus der Bewegung in ihr vorhandener Gegensätze. Die Aufhebung alter Gegensätze führt nicht zur widerspruchsfreien Gesellschaft, sondern zur Möglichkeit neuer Widersprüche. Sozialismus als widerspruchsfreie Gesellschaft vorzustellen, gehörte zu den Fehldeutungen, die mit der Unterschätzung von Demokratie und Recht zusammenhängen. Sozialistische Politik und Wirtschaft können die gesellschaftliche Arbeitsteilung, ökonomische Zielkonflikte oder die Abwägung zwischen Investition und Konsum nicht abschaffen. Sozialismus versucht, demokratische und rechtliche Formen schaffen, in denen die Widersprüche bewusst und gewaltfrei ausgetragen werden können. Sozialismus wurde als Antithese zum Kapitalismus formuliert. Das Prinzip der Gesellschaftlichkeit kann am Besten durchgesetzt werden, indem der zentrale Widerspruch der heutigen Gesellschaft thematisiert wird: Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion einerseits und privater Verfügung über die Produktionsmittel und privater Aneignung des Mehrwerts andererseits. Moderne sozialistische Politik und Wirtschaft können nur entwickelt werden, wenn sie den modernen Kapitalismus verstehen. Eine Antithese, die an der Realität vorbeizieht, bringt keinen Fortschritt.

Wer gegen „die Wirtschaft“ oder „den Terror der Ökonomie“ vorgehen will, verlangt Unmögliches oder ist reaktionär. Jede Gesellschaft braucht eine ökonomische Basis und Unternehmen, in denen Arbeit geleistet wird. Wer ist nun der Gegner: „Unternehmer“, „Arbeitgeber“ oder „Kapitalisten“? Dies sind nur bestimmte Aspekte der Verfügung über die Produktionsmittel. Sie werden heute zu meist von juristischen Personen, von Gesellschaften, und ihrem lohnabhängigen Leitungspersonal

ausgefüllt. Es sind Funktionen, die nicht abgeschafft, sondern demokratisiert werden sollten. Auch eine Kapitalistenklasse als soziale Gruppe ist nur schwer auszumachen, obwohl der Reichtum extrem ungleich angeeignet wird. Die Aktiengesellschaft wurde schon zu Marx' Zeit als Ausdruck einer hohen Stufe von Gesellschaftlichkeit wahrgenommen. Nur – und dies steht im Gegensatz zur Freiheitsideologie – legen Recht und gesellschaftliche Macht sie strikt auf den Zweck der Kapitalverwertung fest, anstatt den Akteuren Freiheit in der Wahl ihrer Zwecke zu geben.

» Das Finanzkapital nimmt heute wichtige Funktionen der ökonomischen Steuerung wahr. Entscheidungen folgen seinem Eigeninteresse, der Logik kurzfristiger Kapitalverwertung, die über die Finanzmärkte vermittelt wird. Gegner ist deswegen aber nicht „die Marktwirtschaft“ oder „der Markt“. Märkte haben keine Macht; entscheidend ist, welche Interessen dort verfolgt werden und wer den Rahmen des Marktes setzt. Der Finanzmarkt kann den Verbrauchermarkt, der internationale den nationalen Markt dominieren oder ausschalten. Angesichts von Monopolisierung und Internationalisierung im Wirtschaftsgeschehen setzen oft die stärksten Teilnehmer die wichtigsten Marktregeln selbst. „Mehr Markt“ kann eine sozialistische Forderung sein, wenn damit gemeint ist, dass gesellschaftliche Bedarfe bestimmen, was produziert wird. Märkte sind wandelbare Institutionen. Eine sozialistische Position lehnt daher nicht Märkte schlechthin ab, sondern nur Marktregeln, die einen fairen Ausgleich verhindern.

Sozialistische Politik und Wirtschaft sind auch heute noch die Antithese zu einer Ökonomie unter dem Primat maximaler Kapitalverwertung und zu einem Staat, der für diese Art Ökonomie die nötigen Bedingungen schafft. Doch haben politische und gewerkschaftliche Aktion schon bisher sozialistische Elemente in die Regulation des Kapitalismus eingefügt. Diese haben nicht nur den Interessen der arbeitenden Menschen genützt, sondern auch die Krisenhaftigkeit des Kapitalismus gemildert. Sie haben volks- und betriebswirtschaft-

lich längerfristige und dadurch rationalere Entscheidungen begünstigt. Indem sie die Arbeit verteuert haben, haben sie die Steigerung der Produktivität und damit die Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus wesentlich vorangetrieben. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung verdankt ihren heutigen Entwicklungsstand der ständigen Zufuhr sozialistisch motivierter Regulation und Interessenkämpfe. Wird diese Dialektik von beiden Seiten nicht mehr verstanden, droht der Rückfall in die Barbarei des zwanzigsten Jahrhunderts. Insbesondere die öffentlich regulierte Infrastruktur und die sozialen Sicherungssysteme, das Bildungs-, das Gesundheits- und das Finanzsystem sind umkämpft. War der Grund für öffentliches Eingreifen in das Wirtschaftsgeschehen in der Vergangenheit die Fähigkeit der Staaten, die nötigen Investitionen aufzubringen, scheint es heute umgekehrt: Privatisierung wird damit begründet, dass der Staat die nötigen Investitionsmittel nicht aufbringen könne. Die Frage nach öffentlichen Fonds und Mitteln wird damit drängend.

Seit dem kommunistischen Manifest stellen viele Sozialisten die Frage privaten Eigentums an Produktionsmitteln ins Zentrum ihrer langfristigen Politik. Kommunismus thematisiert begrifflich gemeinschaftliches Eigentum der Gesellschaft. Ob dies vor allem staatliche Verfügung bedeutet, ist nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts zweifelhafter denn je. Wie weit und wie aber eine Vergesellschaftung von Industrie, Finanzsektor, Grund und Boden sowie Naturschätzen vor sich zu gehen hat, werden Sozialistinnen und Sozialisten zu klären haben. Dafür, dass die Eigentumsfrage zentral bleibt, spricht, dass die kapitalistische Seite mit großer Energie an ihr arbeitet. Dies betrifft die Privatisierung öffentlicher Infrastruktur ebenso wie die Ausdehnung von Verfügungs- und Verwertungsrechten durch die Produzenten von Informationstechnologie. In den Widersprüchen, die in diesen Konflikten enthalten sind, können auch neue Lösungen für die Eigentumsfrage gefunden werden – jedenfalls, wenn man in ihr kein Abstraktum, sondern einen Kern der aktuellen Produktionsweise erkennt.

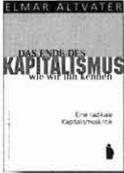
Die sozialistische Bewegung muss ihr Verhältnis zum Nationalstaat bestimmen. Die Gesellschaft reproduziert sich zunächst in dem staatlichen vorgegebenen Rahmen gemeinsamer Politik, gemeinsamer Institutionen und gemeinsamen Rechts. Doch ist der Internationalismus seit 1848 Programm und Strategie des Sozialismus. Sieht man nämlich den primären Grund von Gesellschaftlichkeit in Produktionsweise und Arbeitsteilung, so sind diese international. Die Teilung der Erde in eine Vielzahl souveräner Staaten wird der Entwicklung ihrer Produktivkräfte immer weniger gerecht. Die in der Nationalstaatlichkeit angelegten Möglichkeiten von Kriegen, von organisierter Ungleichheit und Unterentwicklung haben im 19. und 20. Jahrhundert negative Rückwirkungen auf die Lebensbedingungen in den einzelnen Gesellschaften gehabt. Heute sind die existenziellen Menschheitsprobleme der ökologischen Bedrohung, von Armut, Seuchen, Kriegsgefahr und der Auflösung von Recht und Ordnung global.

Sozialismus muss den Widerspruch nationaler Politik und internationaler Wirtschaft aufheben. Aber Antinationalismus ist kein Internationalismus. Und dass Globalisierung als neue Stufe internationaler Arbeitsteilung gegenwärtig unter kapitalistischen Vorzeichen stattfindet, kann Sozialistinnen und Sozialisten nicht zu Globalisierungsgegnern machen. Bis auf weiteres werden Sozialistinnen und Sozialisten vor allem daran mitarbeiten müssen, dass die ökonomisch bestehende Weltgesellschaft „an sich“ zu einer ihrer selbst bewussten und kommunikationsfähigen Weltgesellschaft „für sich“ wird. Die technologischen Grundlagen hierfür bestehen. Die Weltgesellschaft tritt nicht an Stelle der nationalen Gesellschaften, sondern wird sie ergänzen, auf absehbare Zeit nicht im Weltstaat, sondern in einer Föderation souveräner Staaten, die untereinander friedensfähig, gleichberechtigt und fähig zur ökonomischen Regulation gemacht werden. ■

☞ PD Dr. Felix Welti, Jurist, Mitglied im spw-Arbeitsausschuss und Vorsitzender des Projekt Moderner Sozialismus Nord, er lebt in Lübeck.

Verlag WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Elmar Altvater
Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen



Eine radikale Kapitalismuskritik
 3. Auflage 2006
 240 S. - € 14,90
 ISBN 3-89691-627-0

Werner Rügemer
Privatisierung in Deutschland



Eine Bilanz Von der Treuhand zu Public Private Partnership
 2006 - 204 S. € 24,90 -
 ISBN 3-89691-630-0

Dieter Scholz/Heiko Glawe/Helmut Martens/Pia Paust-Lassen/Gerd Peter/Jörg Reitzig/Frieder Otto Wolf (Hrsg.)
Turnaround?



Strategien für eine neue Politik - Herausforderungen an Gewerkschaften und Wissenschaft
 2006 - 341 S. - € 29,90
 ISBN 3-89691-638-6

Christoph Klutsch
American Empire - Die Bürde des reichen Mannes?



Zur transnationalen Interessenidentität „neoliberal-imperialistischer“ Herrschaftsmuster
 2006 - 223 S. - € 24,90
 ISBN 3-89691-633-5

Hafenweg 26a
 48155 Münster
 Fon: 0251/39 00 48 0
 Fax: 0251/39 00 48 50
 info@dampfboot-verlag.de


www.dampfboot-verlag.de



Foto: Georg Soulek, Probe: „Die Dreigroschenoper“

Kinderspiel Kapitalismus – „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“

von Alexandra Kramm



» Ich bin auch drauf reingefallen. Ich muss es leider zugeben. „Wir machens einen Sommer lang“ stand es poppig in orange und lila an der der Straßenbahnhaltestelle. Das klang einzigartig. Brandauer inszeniert Brecht. Campino und einige bekannte Schauspieler bringen die Dreigroschenoper auf die Bühne. Und das auch noch im frisch sanierten Berliner Admiralspalast. Und natürlich zum 50sten Todestag von Brecht. Aus Marketingsicht ganz sicher „das Berliner Theaterereignis 2006“. Der Admiralspalast ist schick geworden. Und groß ist er. Leider auch teuer. Wer wirklich was sehen will, muss mindestens 49 Euro pro Karte berappen. Dafür wurde das Programmheft von den Machern der Obdachlosenzeitung „Strassenfeger“ erstellt und ist schon für 1,20 Euro zu haben. Und ein paar Plätze zu 3 Euro für ALGII-Empfänger gibt es auch. Für eine Bettleroper wohl das mindeste.

Auf der Bühne finden sich leider noch mehr faule Kompromisse. Campino gibt den Räuber Macheath, ganz fesch im Anzug und mit Hut. Kaum wieder zu erkennen. Er gibt sich Mühe. Doch wie uns schon die Werbung lehrte, Mühe allein genügt nicht. Seiner Stimme fehlt das Volumen den Saal zu füllen. Die aufgehängten Mikrophone erwecken bei den Zuschauern das Gefühl, einer Rundfunkübertragung der zwanziger Jahre zu lauschen. Wirklich weh tut es aber, wenn er den Text einfach so dahin sagt. Schnell weiter, bloß nichts vergessen. Wie ein aufgeregtes Schulkind bei der Theateraufführung in der Aula verstolpert er den viel zitierten Satz „was ist der Einbruch in eine Bank gegen die Gründung einer Bank“. Sogar das sonst genügsam begeisterte Publikum wird da unruhig.

Die professionelle Darstellung seiner Partnerinnen Birgit Minichmayr und Katrin Saß als Polly Peachum und Mutter strahlt neben diesem Mackie Messer umso heller. Stimmgewaltig und mit erfrischendem Spaß auf der Bühne zeigen beide, was wirkliche Schauspielerei ausmacht. Ansonsten ist Brandauers Inszenierung weitestgehend einfalllos und ohne große Überraschungen. Die Sozialkritik verpufft im Bühnenrund.

Ein Erfolg ist diese Aufführung der Dreigroschenoper dennoch. Das ist das wirklich bemerkenswerte. Sechs zusätzliche Vorstellungen wurden angesetzt und etwa 70.000 Menschen strömen in nur sieben Wochen in den Admiralspalast, um Campino & Co auf der Bühne zu erleben. Trotz zerschmetternder Kritiken in fast allen Feuilletons und Buh-Rufen am Premierenabend. Irgendwie wollte jeder dabei gewesen sein.

» So funktioniert's eben: Ein populäres Stück, schillernde Persönlichkeiten und ein bekannter Macher schaffen ein einmaliges Ereignis. Nur für kurze Zeit. Ohne staatliche Subventionen, aber mit der Deutschen Bank im Rücken. Der Zuschauer zahlt, die Kulturkritiker toben und die Kasse füllt sich. Vielleicht würde sich Brecht nach dieser Inszenierung im Grabe umdrehen. Vielleicht wäre er aber auch gar nicht überrascht. Hier wurden die Grundregeln kapitalistischer Marktwirtschaft perfekt angewandt und mit einer Prise sozialer Integration gewürzt. „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“. Das gilt auch für Profiteure. ■

☞ Alexandra Kramm ist selbständige Kommunikationsberaterin und Coach in Berlin.

Endlich singt es mal einer ...

Pflichtprogramm im Plattenregal:

PeterLicht „Lieder vom Ende des Kapitalismus“

von Lars Klingbeil



» Ein Künstler, der auf einem Majorlabel veröffentlicht und dabei den Niedergang des kapitalistischen Systems besingt? Anscheinend hat sich der Zeitgeist endlich soweit entwickelt, dass es wieder möglich ist. Gerade deswegen lohnt es sich, ein besonderes Augenmerk auf das neue Album des Kölner Songschreibers PeterLicht „Lieder vom Ende des Kapitalismus“ zu werfen, das nach eigenen Angaben die „Ära des Umbruchs“ beschreibt. 13 Songs, die eine eindeutige Sprache sprechen, einen gesellschaftlichen Zustandsbericht abgeben, Nadelstiche gegen das System vornimmt, dabei auf dumpfe Phrasen verzichtet und genügend Spielraum für eigene Interpretationen lässt.

PeterLicht war mit seinem Song „Sonnendeck“ vor einigen Jahren zwar der Durchbruch gelungen, seine kapitalismuskritische Haltung bisher nur einem kleinen Kreis bekannt. Erst mit seinem neuen Album gibt er sie öffentlich kund. Der Künstler PeterLicht, mit bürgerlichem Namen Meinrad Jungblut, ist Allrounder. „Lieder vom Ende des Kapitalismus“ ist sein drittes Album. Parallel hierzu hat er ein Buch veröffentlicht, das unter dem Titel „Wir werden siegen!“, Gedichte, Geschichten und Slogans über unseren gesellschaftlichen Zustand beinhaltet. Doch auch Theater- und Kammerstücke gehören zu seinem Wirkungskreis. Seine eigene Person will er mit seinen Aktivitäten nicht in den Vordergrund stellen: Bei seinem Auftritt in der Latenight-Show von Harald Schmidt bekam der Zuschauer das Gesicht PeterLichts kein einziges Mal zu sehen.

Die Lieder auf dem neuen Album sind im Stil eingängiger, melodischer Popsongs geschrieben, die problemlos auch im Supermarkt gespielt werden könnten. Die Texte sind jedoch unwahrscheinlich kreativ. Der 44 Sekunden lange Song „Benimmunterricht (Der Arbeitgeberpräsident)“ besteht aus dem einzigen Satz: „Die Arbeitgeberverbände fordern Benimmunterricht an den Schulen. Ein Herr Hundt sagte, den Schulabgängern fehlen einfache Regeln des Zusammenlebens.“

Das wohl eingängigste Lied namens „Hallo, Hallo“ wartet mit den Zeilen: „Hallo Sozialkönig! Dies ist der Tag, an dem es ans Sterben geht. Hallo alte Tante Wohlfahrtsstaat! Dies ist der Tag, an dem du zur Hölle fährst“ auf. In nur wenigen Zeilen wird dabei der schleichende Abschied vom Sozialstaat deutscher Prägung beschrieben, der über Jahrzehnte Sicherheit vermittelt hatte. Dass es auf dem Album allerdings nicht nur um Zustandsbeschreibung, sondern auch um kämpferische Parolen geht, zeigen Lieder wie „Wir werden siegen“.

PeterLicht hat den popkulturellen Raum mit seinem neuen Album erobert. Er ist kein Intellektueller und kein neuer Rio Reiser. Aber er gibt eine Zustandsbeschreibung des Systems, wie man sie lange nicht mehr hörte: Bissig, ironisch und trefend. Eine intensivere Debatte über seine Texte wäre wünschenswert. ■

☞ Lars Klingbeil lebt in Münster.

Stichwort: Staatsverschuldung

von Heinz-J. Bontrup



» Fast alle Politiker und Parteien kritisieren die Staatsverschuldung. Um diese in Deutschland einzudämmen, fordern sogar die Ministerpräsidenten von Sachsen (Georg Milbradt), Niedersachsen (Christian Wulff) und Rheinland-Pfalz (Kurt Beck), einen nationalen „Anti-Schulden-Pakt“. Im Grundgesetz müssten Strafen für Überschreitungen bestimmter Obergrenzen festgeschrieben werden. Auch die Große Koalition von CDU/CSU und SPD räumt in ihrer Koalitionsvereinbarung von 2005 der Sanierung der öffentlichen Haushalte oberste Priorität ein. Eine absolute Verschuldungsgrenze der öffentlichen Haushalte lässt sich jedoch nicht definieren. Höchstens ein – aber auch nicht exakt bestimmbares – „Verschuldungsoptimum“. Dies ist so lange als suboptimal einzustufen, wie zusätzliche kreditfinanzierte staatliche Ausgaben zu einer besseren Auslastung des volkswirtschaftlichen Produktionspotentials führen und das Produktionspotential entweder quantitativ ausgeweitet und/oder qualitativ verbessert wird.

Insofern lässt sich bereits vor dem Hintergrund der in Deutschland vorliegenden Massenarbeitslosigkeit, die keine optimale Ausschöpfung des vorhandenen Produktionspotentials erlaubt, eine Staatsverschuldung rechtfertigen. Gemessen an den Produktionsmöglichkeiten lebt die Gesamtwirtschaft nicht über, sondern unter ihren Verhältnissen. Dennoch wird Staatsverschuldung, meist in populistischer Art und Weise, abgelehnt. Dabei gehört es offensichtlich zum politischen Medien-Geschäft, dass sich die Parteien gegenseitig für staatliche Schulden und Defizitquoten verantwortlich machen. Die Politik verschweigt hierbei allerdings, dass seit dem Bestehen der Bundesrepublik (völlig parteiunabhängig!) Schulden gemacht worden sind. Insbesondere seit der deutschen Wiedervereinigung sind die Staatsschulden überproportional gestiegen. So haben sich von 1991 bis 2005 zusätzliche Schulden in Höhe von fast einer Billion Euro angehäuft. Der absolute Schulden-

bestand (Bund, Länder, Gemeinden und der Sozialversicherung) beläuft sich mittlerweile auf fast 1,5 Billionen Euro. Die Betrachtung absoluter Größen im Zusammenhang mit der Staatsverschuldung und ihrer Finanzierung ist jedoch irreführend. Entscheidend sind relative Größen, nämlich die Zunahme der Staatsverschuldung im Vergleich zur Veränderung der wirtschaftlichen Leistung. Daher spielt in einer wachsenden Wirtschaft nicht die Zunahme der absoluten Staatsverschuldung die entscheidende Rolle, sondern das Wachstum der Verschuldung im Verhältnis zum Wachstum der Wirtschaft. Solange die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts gleich oder größer dem Wachstum der öffentlichen Verschuldung ist, bleibt die Verschuldungsquote konstant oder sinkt sogar, obwohl die absolute Verschuldung beständig wächst.

» Seit dem Bestehen der Bundesrepublik ist es zu einem Anstieg der Verschuldungsquote gekommen. Bis Mitte der 1970er Jahre lag die Quote noch verhältnismäßig niedrig bei 25 Prozent. Heute liegt die Verschuldungsquote bei gut 65 Prozent. Trotz der gigantisch hohen Zahl von 1,5 Billionen Euro absoluter Staatsschulden sind dies aber dennoch nur Zweidrittel einer jährlichen wirtschaftlichen Leistung die in Deutschland erbracht wird. Belgien, Griechenland und auch Italien kommen dagegen auf Verschuldungsquoten die über 100 Prozent liegen. Die Alternative zur Staatsverschuldung wäre eine Besteuerung der privaten Überschüsse bzw. Gewinne. Hierauf wird von der Politik seit langem nicht nur verzichtet, sondern die Überschüsse wurden noch durch eine einseitige Steuerpolitik zu Gunsten der Unternehmen und Vermögenden erhöht. Fasst man die nicht abgeschöpften Finanzierungsüberschüsse zwischen 1991 und 2004 zusammen, so ergab sich jahresdurchschnittlich ein Geldmittelangebot von knapp 92 Mrd. Euro. Davon absorbierte der Staat mit seiner durchschnittlichen Neuverschuldung in Höhe von gut 49 Mrd. Euro mehr als die Hälfte.

■ **Finanzierungskreislauf der deutschen Wirtschaft nach Sektoren – die Bedeutung staatlicher Defizitaufnahme (in Mrd. Euro).**

	Private Haushalte*	Produktionsunternehmen**	Finanzielle Sektoren***	Ausland (+) = Kapitalzufluss	Staat Finanzierungsdefizit
1991	76,4	-63,1	13,5	17,7	-44,5
1992	79,0	-61,1	10,0	12,3	-40,2
1993	72,4	-42,3	11,7	9,8	-51,6
1994	51,8	46,6	13,9	22,7	-41,9
1995	56,8	-23,7	9,7	16,6	-59,3
1996	61,7	-13,8	7,4	7,3	-62,6
1997	62,8	-24,8	10,9	1,8	-50,8
1998	66,1	-28,5	-0,9	3,1	-39,8
1999	69,4	-70,3	6,2	24,0	-29,3
2000	75,4	-120,6	16,8	5,6	22,8
2001	97,3	-52,9	10,0	3,4	-58,7
2002	114,3	12,8	12,5	-65,2	-74,3
2003	125,1	-12,3	14,9	-46,3	-81,4
2004	131,3	11,9	9,4	-72,5	-80,1
Kumuliert	1.139,8	-535,3	146,0	-59,7	-690,8
Ø Jahr	81,4	-38,2	10,4	-4,3	-49,3

*Inkl. Einzelunternehmen,**Kapital-und Personengesellschaften,***Banken und Versicherungen
Quelle: Deutsche Bundesbank, verschiedene Monatsberichte, eigene Berechnungen.

Ohne die staatliche Kreditnachfrage, die eine entsprechende gesamtwirtschaftliche multiplikative Nachfragewirkung auslöst, würde die deutsche Wirtschaft völlig abgestürzt. Die Produktionsunternehmen verschuldeten sich dagegen zwischen 1991 und 2004 im Jahresdurchschnitt lediglich mit gut 38 Mrd. Euro. Gemäß marktwirtschaftlich-kapitalistischer Logik sollen aber die Unternehmen die Ersparnisse bzw. Finanzierungsüberschüsse der privaten Haushalte als Kredite nachfragen und über wachstums- und beschäftigungsschaffende Realinvestitionen in den Wirtschaftskreislauf zurückführen. Dies tun die Unternehmen aber ohne eine positive Absatz- und Gewinnerwartung nicht. Sie schränken eher ihre Investitionstätigkeit ein. Dies ist dem Teufelskreislauf aus Umverteilung, Wachstumsschwäche und Massenarbeitslosigkeit geschuldet. Die kapitalistische „Rationalitätsfalle“ schlägt hier auf Grund des „Doppelcharakters“ der Arbeitnehmerinkommen zu. Einerseits sind die von den Unternehmen permanent abgesenkten Löhne und Gehälter zwar Kosten, andererseits aber auch in exakt gleicher Höhe Einkommen der abhängig Beschäftigten. Wenn nun die Arbeitskosten immer mehr gesenkt werden, werden automatisch die Einkommen gesenkt und bei gleich hoch un-

terstellter Sparquote geht die Konsumgüternachfrage und in Folge die unternehmerische Investitionsgüternachfrage zurück.

» Heute reklamieren die Investoren die Gewinne gemäß vorher festgelegter Zielgrößen für sich. Die Arbeitenden bekommen nur noch, was übrigbleibt, nachdem die Investoren ihre Forderungen befriedigt haben. „Das bedeutet nicht nur, dass Wirtschaftswachstum als der klassische sozialpolitische Befriedigungsmechanismus ausfällt. Eine Gesellschaft, die so reich ist wie nie zuvor in der Geschichte, muss das Niveau ihrer Reproduktion sogar immer weiter absenken. Die öffentliche Infrastruktur verfällt, und die Menschen können es sich nicht einmal mehr leisten Kinder zu bekommen. Das Problem des Überflusses an liquiden, anlagesuchenden Finanzvermögen wird nicht gelöst, sondern im Gegenteil weiter verschärft. Es droht eine Depressionsspirale, die nur durch eine stellvertretende Verschuldung der öffentlichen Haushalte aufgefangen werden kann. ■

↳ Prof. Heinz-J. Bontrup, lehrt Wirtschaftswissenschaften an der FH Gelsenkirchen und ist Mitglied der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik, er lebt in Hannover.

Was heißt hier Wissensgesellschaft?

Potentiale freien Wissens und politische Ignoranz. Eine Polemik.

von Leonhard Dorbusch

Die Lieblingswörter im politischen Vokabular PolitikerInnen aller Couleur nach der Jahrtausendwende sind „Innovation“ und „Wissensgesellschaft“. Und auch wenn seit dem Ende des ersten „dot-com“-Booms nicht mehr jeder Verweis auf die „Chancen und Möglichkeiten des Internets“ mit visionärem Pathos einhergeht, so gilt es doch im gesamten politischen Spektrum „für das Informationszeitalter gerüstet zu sein“. So kann es auch nicht besonders überraschen, dass sich im lagerübergreifenden CDU-SPD-Koalitionspapier auf 191 Seiten das Wort „Innovation“ ganze 72 Mal findet: beinahe auf jeder zweiten Seite.

Die weltanschauliche Einheitsfront zwischen den politischen Lagern erstreckt sich auch auf den Bereich konkret-politischer Maßnahmen im internationalen informationstechnologischen Wettrennen: Neben der ebenso trivial-wichtigen wie PISA-induzierten Erkenntnis der großen Bedeutung zivilisatorischer Grundtugenden wie „Lesen“ gerade in einer „Wissensgesellschaft“, besteht diese Einigkeit größtenteils in Form geteilter Ratlosigkeit und grundsätzlicher Skepsis. Dabei wird die Beschränkung auf (durchaus notwendige) bildungspolitische Maßnahmen der Bedeutung und Komplexität neuer Informationstechnologien nicht gerecht. Eine kleine Auswahl aktueller „Schlachtfelder“ zeigt denn auch, dass sich in der Regel nicht die politischen Blöcke sondern Lobbyistengruppen im Kampf um die (ignorante) politische Kaste gegenüberstehen:

□ „Raubkopierer sind Verbrecher“ vs. „Rettet die Privatkopie“

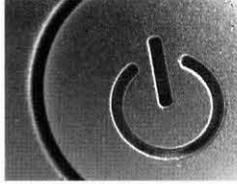
Ein restriktives und längst nicht mehr zeitgemäßes Urheberrecht wird entgegen der Interessen der Mehrheit sowohl der Künstler/innen als auch der KonsumentInnen immer weiter verschärft. Positive Ansätze wie Bagatellklauseln werden noch vor dem parlamentarischen Begutachtungsprozess von Lobbyisten erfolgreich herausreklamiert. Kein Wunder, dass sich in ganz Europa „Piratenparteien“ nach schwedischem Vorbild gründen.

□ Ausdehnung vs. Einschränkung von Patentrechten

Die innovationsfördernde Wirkung von Patenten – ihre einzige Existenzberechtigung – konnte noch nie überzeugend empirisch nachgewiesen werden. Umso deutlicher werden aber innovationshemmende Folgen weiterer Ausdehnung von Dauer und Reichweite bestehender Patentrechte. Während sich große Konzerne in „strategischem Patentieren“ üben und gigantische Patent-Portfolios anhäufen, haben kleine und mittlere Unternehmen mit Software- und Trivialpatenten wie Amazons „One-Click-Shopping“-Patent zu kämpfen. Auf europäischer Ebene liegen Softwarepatente dabei nur Dank des EU-Parlaments und trotz rot-grüner Stimmenthaltung im Rat auf Eis.

www.hartabergerecht.de
www.privatkopie.net

Lessig, L. (2004): Free Culture. Penguin Books
 Benkler, Y. (2006): The Wealth of Networks: How Social Production Transforms Markets and Freedom. Yale University Press
 Beide Bücher sind unter einer CreativeCommons-Lizenz veröffentlicht und damit frei im Internet verfügbar.



Fotos: www.PhotoCase.com

□ Förderung (Open Content) vs. Verhinderung (Digital Rights Management) freier Inhalte im Internet

Freie Inhalte gedeihen in Deutschland trotz und nicht wegen ihrer politischen Unterstützung. Trotz der Binsenweisheit, dass Neues immer nur aus der Kombination bereits vorhandenen Wissens entstehen kann, werden immer umfassendere Systeme zur beschränkten Nutzung von Inhalten verschiedenster Art noch mit gesetzlichen Begleitmaßnahmen flankiert. Von dem deutschen Unikum eines volkswirtschaftlich schädlichen aber umso florierenderen Abmahn(un)wesens ganz zu schweigen, das nichtkommerzielle Internetplattformen besonders bedroht. Initiativen wie Open Access oder Creative Commons für freieren Zugang zu wissenschaftlichem oder künstlerischem Wissen sind in der politischen Kaste dafür weitgehend unbekannt.

» Schon ein oberflächlicher Blick auf die realen politischen Fragestellungen auf diesen „Schlachtfeldern“ zeigt, dass weltanschauliche Fronten sehr wohl vorhanden sind. Ein Großteil der verantwortlichen Politiker/innen aller Couleur hat aber scheinbar wenig Ahnung, was er mit der „Wissensgesellschaft“ meint, die er zu fördern behauptet. Einher mit dieser Analyse geht sowohl ein großes, bislang ungenutztes, Potential für emanzipatorische Politik als auch zahlreiche Gefahren, die mit der fortgesetzten Ignoranz politischer Entscheidungsträger den zahlreichen neuen Fragestellungen gegenüber verbunden sind.

Zu den Potentialen zählen vor allem Chancen, die mit einer möglichst breiten Ausdehnung der „Commons“, einer digital-kollektiven Wissensallmende einhergehen. Die freie Online-Enzyklopädie Wikipedia und ihre Schwesterprojekte sollen hier nur stellvertretend für diverseste Initiativen in den Bereichen freie Netze, freie Software, freie Kultur und freies Wissen genannt werden. Völlig unterschätzt wird dabei die wirtschaftliche Bedeutung, die erst langsam unter dem Schlagwort „Open Innovation“ in die politische Debatte einzusickern beginnt. Gerade weil das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung immer weiter zunimmt, ist der möglichst breite und freie Zugang zu Wissen die Voraussetzung für nachhaltige Dynamik.

Neben der Gefahr, wesentliche Gelegenheiten zur Schaffung gesellschaftlichen Mehrwerts ungenutzt zu lassen, ist die unterschätzte Notwendigkeit gesetzlich-politischer Ermöglichung digitaler Freiheiten wohl die größte. Nicht umsonst tobt in den USA gerade ein heftiger Kampf um die „Netzneutralität“ im Internet. Die Koalition „Save the Internet“ fordert die gesetzliche Garantie der Gleichbehandlung von Datenpaketen im Netz. Ohne eine derartige Regelung könnten die großen Netzbetreiber dank neuer Technik schon in Kürze dazu übergehen, Datenpakete zahlungskräftiger Kunden zu priorisieren – ein Umstand, der für die finanzschwachen, freien Projekte im Internet fatale Folgen hätte. Wie politisch diese scheinbar rein technische Frage ist, zeigt schon der Name der Gegenkoalition aus Netzbetreibern und konservativen Think-Tanks: Sie fordern und nennen sich „Hands off the Internet“. Auf dass das freie Spiel der (Kapital-)Kräfte schon zu dem gewünschten Ergebnis führen werde. ■

↳ Leonhard Dorbusch promoviert zur Zeit in Berlin.



Foto: Willy-Brandt-Zentrum, Jerusalem

Sich miteinander dem Frieden nähern ...

10 Jahre Willy-Brandt-Zentrum
in Jerusalem

von Cordula Drautz, Reinhold Rünker

» „Ein Hauch von Frieden“ sei spürbar gewesen, als Jugendvertreter der israelischen Arbeitspartei, der palästinensischen Fatah und der SPD am 11. September 2006 in Räumen des Deutschen Bundestags das 10jährige Bestehen des Willy-Brandt-Zentrums Jerusalem begingen. In Anwesenheit von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier und der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Heidemarie Wiecek-Zeul drückten die Jugendlichen die Hoffnung aus, dass die „dunklen Mächte der Gewalt überwunden werden“. Doch der Weg dahin ist lang und beschwerlich.

Als am 09. April 1996 der Kooperationsvertrag zwischen den deutschen JungsozialistInnen, der israelischen Arbeitspartei-Jugend (Mischmeret Tse'irah) und der palästinensischen Fatah-Jugend (Schabibet Fateh) unterzeichnet wurde, war der Osloer Friedensprozess bereits durch die Ermordung von Jitzhak Rabin ins Stocken geraten. Selbstmordanschläge in Israel und die Abschottung der palästinensischen Gebiete stärkten das Klima gegenseitigen Misstrauens. Das Ziel, ein gemeinsames Begegnungszentrum an der Grenze von

Ost- und West-Jerusalem zu gründen, galt als utopisch. Und es sollte einige Jahre und viel Engagement kosten, bis im Jahr 2000 zumindest ein kleines Büro in Jerusalem eröffnet werden konnte, in dem Matthias Ries von den Jusos mit Energie die ersten Projekte anschob. Möglich wurde sein Engagement als Friedensfachkraft durch die Unterstützung des Forums Ziviler Friedensdienst und eine Projektfinanzierung des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Mit dem Willy-Brandt-Zentrum in Jerusalem wollten die Jusos einen Zugang zu beiden Konfliktparteien aufzubauen, da bot es sich an, die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen, mit denen man ja auch im Rahmen der International Union of Socialist Youth (IUSY) eng zusammenarbeitete, zum zentralen Anknüpfungspunkt der Arbeit im Willy-Brandt-Zentrum zu machen.

Die Arbeitsbedingungen wurden in Zeiten der zweiten Intifada nicht leichter. Eine direkte Zusammenarbeit zwischen palästinensischen und israelischen Jugendlichen war nicht möglich. So musste sich das WBZ-Büro mit einer bilateralen Strategie behelfen und initiierte „Decision for History“ als deutsch-israelisches beziehungsweise deutsch-palästinensisches Projekt. Kerngedanke war, dass israelische und palästinensische Jugendliche ihre Sichtweisen von der Entstehung und Entwicklung des Konfliktes erarbeiten und über das Internet der jeweils anderen Seite in Bildern darstellen sollten. Eine Gruppe von etwa 10 Mitgliedern derselben Jugendorganisation musste sich dafür auf zehn Bilder einigen, deren Kausalzusammenhang in einer weiteren Sitzung künstlerisch dargestellt werden sollte. Begleitet wurde dieses Medienprojekt durch Workshops, in denen zivile und gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien vermittelt wurden. Sechzehn Jugendgruppen aus verschiedenen politischen Organisationen nahmen daran teil.

□ Leben mit Angst

» „Wenn man viele Jahre hier in Jerusalem lebt, muss man lernen, mit der Angst vor Bomben oder Selbstmordattentaten zu leben. Ich meide natürlich gefährdete Orte wie unübersichtliche Menschenansammlungen,“ meint Heike Kratt. „Oft kommt mir meine Erfahrung zugute, dass ich bereits 2000 hier gelebt habe, also schon in der Zeit der zweiten Intifada. Dadurch erfahre ich viel Respekt bei Gesprächspartner hier in der Region, weil sie wissen, dass wir gemeinsame Erfahrungen teilen. Sie wissen, dass ich hier nicht einfach nur anreise und morgen wieder weg bin, sondern auch die alltäglichen Probleme, die immer wiederkehrende Gewalt erlebe.“

Als Heike Kratt die Leitung des Willy-Brandt-Zentrum im Januar 2005 von Matthias Ries übernahm, hatte sich bereits eine ansehnliche Liste erfolgreich durchgeführter Maßnahmen gebildet: Kommunikationstrainings für politische Führungskräfte israelischer und palästinensischer Jugendorganisationen oder auch Workshops über die

Rolle von Frauen und ihre politischen Gestaltungsmöglichkeiten verbanden die politische Dimension mit künstlerischen und medialen Elementen. Sie ermöglichten den TeilnehmerInnen Erfahrungen jenseits der oft genug mit Angst besetzten Alltäglichkeit.

□ Kunst schafft neue Perspektiven

» Gemeinsam mit den israelischen und palästinensischen MitarbeiterInnen des Willy-Brandt-Zentrums setzt Heike Kratt die Verbindung von Politik mit medialen und künstlerischen Instrumenten fort. Im Februar 2005 begann beispielsweise ein „Menschenrechts-Foto-Workshop“ mit acht weiblichen und sechs männlichen TeilnehmerInnen der palästinensischen Nichtregierungsorganisation „Palestinian Vision“, wenige Wochen später mit einer israelischen Gruppe, die von der Students Union der Tel Aviv Universität benannt wurde. Neben einer Einführung in Geschichte und Technik der Fotografie sollten die Heranwachsenden ausgehend von der UN-Menschenrechtserklärung ihrer Sicht einzelner Menschenrechte durch Fotomotive Ausdruck verleihen. Daraus entstand schließlich eine Fotoausstellung, die am 02. Juni 2005 eröffnet werden konnte.

Während der Foto-Workshop in getrennten Gruppen durchgeführt wurde, konnte das Projekt „Mosaik der Verständigung“ in den Räumen des WBZ zum Jahresende 2004 gemeinsam mit deutschen, palästinensischen und israelischen Müttern mit kleinen Kindern durchgeführt werden. Unter der Anleitung der amerikanischen Künstlerin Jeannette Aumann gestalteten die Frauen in drei Workshops eigene Mosaik sowie ein 120 x 90 cm großes Mosaik, das heute im WBZ hängt. Die Palästinenserin Margaret Kirreh, selbst Team-Mitglied des WBZ, hatte dieses Projekt initiiert, um zu betonen, dass Kinder und Jugendliche immer auch das Ergebnis der Erziehung ihrer Eltern sind. „Zivile Konfliktbearbeitung darf die Elterngeneration nicht ausschließen“, so Kirreh. ▶

» „Wir wollen Orte des gemeinsamen, kreativen Lernens schaffen, in denen Unterschiede überwunden und die Sichtweise des Gegenübers akzeptiert werden können“, erläutert Heike Kratt die Bedeutung des künstlerischen Zugangs. Spannende künstlerische Events werden zudem seit 2005 in der Reihe „Red Lounge“ angeboten: Hier las der palästinensische Dichter Taha Mohamed Ali im Mai 2005 aus seinen Gedichten, vor Ort übersetzt von Peter Cole. Es folgten zahlreiche Diskussionen und Vorführungen mit Dokumentarfilmen, Lesungen und Kunst- sowie Fotoausstellungen. Das Willy-Brandt-Zentrum entwickelte sich in den letzten zwei Jahren mehr und mehr zum Ort von politischer und kultureller Begegnung. In Vorbereitung sind Vorführungen zeitgenössischer israelischer und palästinensischer Musik sowie ein Video Art Event.

politischen Bildungsarbeit konzentrieren sich daher bewusst auf die mittlere Führungsebene der Partnerorganisationen der Jusos. Personen, die potentiell später über die politischen Geschicke ihrer Nationen entscheiden, sollen sich hier nicht nur kennen-, sondern auch miteinander (ver-)handeln lernen. Dabei geht es nicht nur um den Nahost-Konflikt, auch soziale Probleme werden diskutiert. Dazu gab es beispielsweise die Veranstaltungsreihe „Jung und Links in Jerusalem“ oder Maßnahmen zur Frauenförderung bei der Shabibeh. So entstand auch eine Kooperation mit der Tel Aviv University Students Union, mit der über die Problematik der Einsparungen im Bildungssystem diskutiert wurde.

Foto: Willy-Brandt-Zentrum, Jerusalem



Foto: Willy-Brandt-Zentrum, Jerusalem



□ Aktive Friedensarbeit

» Doch sollten diese Maßnahmen nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Willy-Brandt-Zentrum vor allem ein Kooperationsprojekt von parteipolitischen Jugendorganisationen ist, in dem politische Auseinandersetzungen im Zentrum stehen. Dialog wird hier nicht um des Dialoges willen betrieben, sondern mit Ziel einer progressiven Positionierung. Erreicht werden sollen Annäherungen und inhaltliche Zugeständnisse zwischen den Partnern. Zahlreiche Angebote der

Die Arbeit des Willy-Brandt-Zentrums richtet sich aber nicht ausschließlich an Jugendliche und Heranwachsende aus Israel oder Palästina, sondern bezieht auch junge Menschen aus Deutschland mit ein. Neben den zahlreichen Delegationsreisen nach Jerusalem bzw. nach Berlin, die zumeist vor allem einen politischen Charakter haben, wurde jüngst ein Projekt gestartet, in dem je fünf palästinensische und israelische sowie sechs deutsche Jugendliche über Leben und Wirken Willy Brandts arbeiten und eine weitere Ausstellung im Willy-Brandt-Zentrum erstellen sollen. Weitere

■ Gedicht von Taha Mohamed Ali, 03.09.1991

After we die,
and the weary heart
Has lowered its final eyelid
On all that we've done,
And on all that we've longed for,
On all that we've dreamt of,
All we've desired
Or felt,
Hate will be
The first thing
To putrefy
Within us.

aus dem Arabischen:
Peter Cole, Gabi Levin und Yahya Hijazi

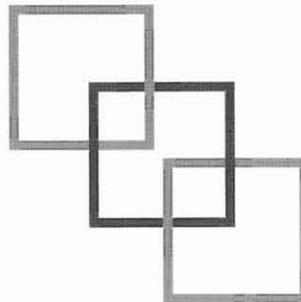
Wenn wir sterben,
und das erschöpfte Herz
den letzten Wimpernschlag macht
über alles, was wir getan haben,
wonach wir strebten
worüber wir träumten,
was wir wünschten
oder fühlten –
Hass
wird das erste sein,
was in uns
verfaulen muss

deutsche Übersetzung:
Reinhold Rünker

trilaterale Projekte sollen folgen, um den begonnenen Dialog zwischen allen Seiten zu intensivieren. Miteinander engagiert zu streiten ohne sich zu zerstreiten, einander zuzuhören und auch zusammen zu feiern – das kann nur in der persönlichen Begegnung stattfinden. Nur so kann man sich miteinander dem Frieden annähern.

» » „Das Zentrum ist eine Insel des Dialogs in einem Meer, in einer Region schwerer Konflikte“, hob Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) anlässlich der Jubiläumsfeier in Berlin die Bedeutung des politischen Austauschs zwischen Jugendlichen im Willy-Brandt-Zentrum hervor. „Wenn wir zum Abbau von Feindbildern beitragen wollen, müssen insbesondere Jugendliche die Initiative ergreifen“, sagte Wieczorek-Zeul. Und Außenminister Frank Walter Steinmeier schloss auf der Konferenz mit bewegter Stimme: „Willy wäre stolz auf Euch gewesen.“ Es bleibt zu hoffen, dass die Bemühungen um Dialog und friedliche Konfliktlösung Früchte tragen.

► **Informationen:** rund um das Willy-Brandt-Zentrum: Über die Entstehung und Arbeit des Willy-Brandt-Zentrums informiert die Internetseite www.willybrandtcenter.org in englischer Sprache. Der Förderverein des WBZ stellt sich vor auf www.willybrandtzentrum.de. ■



willy brandt center jerusalem

☞ Cordula Drautz, stellv. Juso-Bundesvorsitzende und zuständig für die Projektgruppe „Nahost“, sie lebt in Berlin.
☞ Reinhold Rünker, Historiker, Mitglied der spw-Redaktion, lebt in Leichlingen.



Foto: Christian Kiel

Drop your tools!

**Oder: Funktionär kommt
von Funktionieren ...**

von Hans-Joachim Olczyk



» Funktionär kommt von Funktionieren – so habe ich das in den 70er Jahren von meinen Bezirksgeschäftsführer Fred Cordes gelernt. Und: Freundschaft, Ordnung, Disziplin – das waren die Werte, mit denen die Partei nach innen und außen organisatorisch geführt wurde. Gleichberechtigt neben den sozialdemokratischen Grundwerten. Einfache Begriffe, die viel mehr Nachhaltigkeit enthielten, als mir damals bewusst war. Diese Begriffe und die sozialdemokratischen Grundwerte strukturierten wie ein Wertekanon das alltägliche Handeln und Denken. Wie auch immer – gestern oder heute – dies aufgefasst wurde und wird. In unserer modernen Zeit muss alles ja eher etwas umfangreicher in einem Diskurs erörtert werden. Angesichts des beginnenden Diskurses von Heiko Wessel u.a. in spw 148 und des Artikels daraufhin von Klaus Tovar in spw 150 beschleicht mich eine Sorge: Die Personalentwicklung (kurz: PE) wird strapaziert, ohne genau zu sagen, was damit gemeint ist.

□ Personalentwicklung: Individuell und systemisch

PE ist die Aufgabe und Disziplin zur Förderung der Unternehmens- oder Organisationsentwicklung durch zielgerichtete Gestaltung von Lern-, Entwicklungs- und Veränderungsprozessen. Die hoch spezialisierte PE von Führungskräften und Mitarbeitern mit Kundenkontakt (also: den WählerInnen und den Mitgliedern) gewinnt neben der rein fachlich notwendigen Basiskenntnisse von Parteiengesetz bis Plakatekleben weiter an Bedeutung. Strategische PE ist Teil der Unternehmensstrategie und leitet sich daher von der Unternehmensvision und den -zielen ab. Dies geschieht in der Regel durch eine Bedarfsanalyse. Die geforderten Qualifikationen und Kompetenzen werden mit den aktuellen verglichen und so der Schulungs- und Entwicklungsbedarf ermittelt. Die Bedarfsanalyse berücksichtigt dabei nicht nur die fachliche Qualifikation, sondern auch Führungs- und Sozialkompetenzen.

Klaus Tovar kritisiert nun, dass die strategische Ebene der PE in der SPD nicht beachtet werde. Beispiel: Trotz der groß angelegten Kampagne mit dem Namen IPQ und vielfältiger Anstrengungen bleiben die Erfolge, die Veränderungen in den Mentalitäten und Verhaltensweisen bei Funktionären und MitarbeiterInnen aus. Die eine Ursache könnte darin bestehen, dass die PE eben nur als Modebegriff benutzt wurde, um einzelne Bausteine aus einem Katalog anzubieten. Wenn PE aber nicht als Instrumentarium genutzt wird, bestehende Strukturen in Frage zu stellen, verpuffen die Effekte doppelt: Die TeilnehmerInnen der PE-Maßnahmen fühlen sich veräppelt oder freuen sich, dass sich nichts ändert. Diejenigen, die die neuen Konzepte sowieso für unnützlich gehalten haben, fassen anschließend zusammen: Wussten wir ja vorher, dass das nichts bringt.

Heiko Wessel u.a. sind bemüht um Alternativen, bleiben aber in den gedanklichen Strukturen stecken, dass mit Qualifizierung und Bildungsarbeit, die endlich die Veränderungen der gesellschaftlichen Realitäten berücksichtigt, auch die Veränderungen bei den Akteuren der Organisation eingeleitet wird. Ein klassischer Fehler: Statt die nicht brauchbaren Instrumente und Tools wegzuzwerfen, halten wir in komplexen Situationen an ihnen fest. „Drop your tools“ – die Aufforderung an Feuerwehrmänner auf der Flucht vor dem Feuer, sich durch Wegwerfen der Werkzeuge leichter und damit schneller zu machen, ist die zentrale Metapher, die sich durch neue PE-Konzepte ziehen müsste.

Zugespitzt formuliert gibt es m.E. im Personalwesen der Partei vier wesentliche Fehlerquellen, die noch immer nicht angegangen werden:

1.

Es gilt nach wie vor das Peter-Prinzip. In einer Hierarchie neigt jeder Beschäftigte dazu, bis zu seiner Stufe der Unfähigkeit aufzusteigen. Weil Menschen sich als fähig erwiesen, werden sie befördert und nahmen dann irgendwann eine Stellung ein, für die sie unfähig und ungeeignet sind. Dies gilt für viele Funktionäre ebenso wie für viele Mandatsträger.

2.

Es gibt nach wie vor das Prinzip der Lebenslänglichkeit: Wer einmal eine bestimmte Position erreicht hat, kann diese auch behalten. Egal, ob er sich individuellen Weiterentwicklungen entzieht oder nicht.

3.

Es gilt überall das Larmoyanz-Prinzip: Je lauter über die zusätzlichen Belastungen und den vollen Terminkalender gejammert wird, je mehr die unfähigen anderen im Wege zu stehen scheinen, desto höher wird die politische Bedeutung für sich selbst angenommen und meistens auch von außen angesehen.

4.

Es gilt das Tust-du-mir-nichts-tu-ich-Dir-nichts-Prinzip: Kritik, die eigentlich geübt werden müsste, weil alle die Mängel sehen, wird nicht geübt, weil die Sorge besteht, dass die eigene berufliche oder ehrenamtliche Praxis dann auch mal kritisiert werden könnte.

Neben diesen Fehlerquellen gibt es noch vier Ursachen für Fehlentwicklungen, die in neuen PE-Ansätzen berücksichtigt werden müssen. 1. Wissen: Sind die Funktionäre und MitarbeiterInnen und Mitglieder informiert? Haben sie es verstanden? 2. Wollen: Sind die Funktionäre und MitarbeiterInnen und Mitglieder motiviert? Was demotiviert sie? 3. Können: Sind sie ausgebildet? Haben sie genug trainiert? 4. Dürfen: Sind sie aus ihrer Sicht berechtigt? Trauen sie sich kreativ / kollektiv zu handeln?

Entscheidend ist m.E. die Entwicklung von Führungskräften innerhalb der Partei auf hauptamtlicher und ehrenamtlicher Basis. Führungskräfte in großen Industriebetrieben müssen sich qualifizieren lassen, bevor sie MitarbeiterInnen führen dürfen. Heiko Wessel u.a. machen hier den zentralen Fehler: Die Führungsfähigkeit zu erlernen muss in der modernen Partei die zentrale Aufgabe werden. Denn die Strukturen, in denen auf Menschen zugegangen werden soll, die Bedingungen, unter denen mit Menschen kommuniziert werden muss – diese werden sich noch mehr ändern, als wir uns vorstellen können. Es geht eben nicht nur um persönliche Arbeitstechniken oder Fragen der Selbstmotivation, sondern darum, zur Führungskraft in einer modernen Mitgliederpartei ausgebildet zu werden. ■

☞ Hans-Joachim Olczyk, spw-Geschäftsführer, ist Inhaber der In & Out Unternehmensberatung, Bremen.

Die Partei der kleinen Leute?

Die niederländische Sozialdemokratie auf dem Weg zurück an die Macht

von Marc Drögemöller



Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei (SDAP) und die 1946 formierte Nachfolgeorganisation Partei der Arbeit (PvdA) haben ihren Beitrag zu einer gerechteren Gesellschaft geliefert. Längst sind aus denjenigen kleine Bürger geworden, die einst zu den Hilfsarbeitern in der Landwirtschaft, den Hafenarbeitern oder dem industriellen Proletariat zählten. Das Zeitalter jedoch, in dem die Sozialdemokraten soziale Wohltaten verteilten, ging nach dem Zenit in den siebziger Jahren langsam dem Ende entgegen. Die Sozialdemokratie in den Niederlanden hat den Großteil ihrer politischen Ziele in die Tat umgesetzt. Nach einer Ära als klassischer Massenemanzipationspartei, die die PvdA in den ersten Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen ist, war sie zunehmend mit der Frage beschäftigt, eine neue Identität zu finden, die den Ansprüchen der eigenen Basis entsprach. Dabei gelang es ihr in einem von konfessionellen Gruppen dominierten Land schrittweise, neue Wählerschichten zu erschließen. Diese Entwicklung glich jedoch einer Häutung: Mit dem Aufstieg ihrer eigenen Klientel rückte die PvdA immer weiter in die politische Mitte vor und entpuppte sich als eine nahezu bürgerliche Partei, die der niederländischen Gesellschaft mit ihren charakteristischen Elementen einer Konsens- und Verhandlungsdemokratie entsprach. Austausch, Kompromiss und runde Tische bestimmen bis heute den niederländischen Politik-Alltag. Verschiedene Merkmale deuten darauf hin, dass die PvdA bis in die Gegenwart hinein eine Mittelstandspartei geworden ist, die die Bedürfnisse der kleinen Leute nur noch in geringem Maße aufgreift.



⇒ Wouter Bos, PvdA-Vorsitzender (links). Foto: privat

» Die niederländische Sozialdemokratie war stets die Partei der kleinen Leute. Dies ist an sich keine Besonderheit, wäre ihr dieser politische Wesenszug nicht vor einigen Jahren abhanden gekommen. Es sah so aus, als hätte die Partei der erfolgreichen Ministerpräsidenten Willem Drees, Joop den Uyl und Wim Kok keine große Zukunft mehr vor, stattdessen eine große Vergangenheit hinter sich.

Unter Beteiligung der Sozialdemokratie fand in den neunziger Jahren keine Ausweitung der sozialen Standards, in bestimmten Bereichen nicht einmal ihre dauerhafte Bewahrung, statt, während die Einkommensunterschiede auch in den Niederlanden weiter auseinander klaffen. Bei den traditionellen Anhängern machte sich der Eindruck breit, dass die PvdA speziellen Themen wie Entwicklungshilfe, Geschlechtergerechtigkeit und Asylpolitik eine höhere Bedeutung beimaß als den Ansprüchen nach bezahlbarem Wohnraum und einer soliden Krankenversicherung – und ihr gingen

die Stammwähler von der Fahne. Bei den Parlamentswahlen im Mai 2002 erlebte die Partei den größten Tiefschlag ihrer Geschichte, als sie – abgeschlagen hinter Christdemokraten und der Liste Fortuyn – mit gut 15 Prozent das schlechteste Ergebnis überhaupt erreichte. Die PvdA drohte im niederländischen Mehrparteiensystem zu marginalisieren, ehe mit Wouter Bos ein sozialdemokratischer Seiteneinsteiger die politische Bühne betrat, der seiner Partei nicht nur ein neues Gesicht, sondern auch ein verändertes politisches Programm verpasste. Blitzschnell folgte die politische Wiedergeburt bei vorgezogenen Parlamentswahlen im Herbst 2002, als sich die PvdA unter ihrem neuen Spitzenkandidaten erfolgreich rehabilitierte und mit 27 Prozent wieder in den ihr bekannten Gefilden auftauchte.

» Doch Wouter Bos ist noch nicht fertig. „Dieses Land kann es viel besser“, so der Titel seines neuesten Buches, das kaum zu einem besseren Zeitpunkt hätte erscheinen können: Im November finden Neuwahlen statt, nachdem das Mitte-Rechts-Kabinett des blassen Christdemokraten Jan Peter Balkenende über das Vorgehen der rechtsliberalen Integrationsministerin Rita Verdonk gestürzt war, die ihre Parteikollegin, die Parlamentsabgeordnete und Frauenrechtlerin Ayaan Hirsi Ali, mit einer Ausbürgerung überzog, weil die gebürtige Somalierin bei ihrer Einreise in die Niederlande falsche Angaben gemacht hatte.

Das Buch von Bos wirkt wie eine Bewerbungsschrift, vierter sozialdemokratischer Ministerpräsident in den Niederlanden zu werden. Zugleich ermahnt er seine Partei. Seit seiner ersten Kandidatur vor vier Jahren predigt er ihr, sich vor allem um die (früheren) sozialdemokratischen Stammwähler zu kümmern. Die PvdA hatte vor allem in ihren alten Hochburgen im Westen verloren, den Großstädten, die die Partei einst so stark gemacht haben und in der sie als politische Instanz selbst stark verankert war. Aber ausgerechnet hier versagte die Partei, verlor die Bindungen und den direkten Draht zu ihren Wählern und damit auch das Gefühl für die Probleme der Menschen, die sie früher wählten. Umgekehrt war diese Klientel

auch nicht mehr bereit, aktiv in der PvdA mitzuarbeiten: Die Partei war ihnen fremd geworden. „Die Menschen sind nicht mehr an Lösungen interessiert gewesen, weil sie unsicher waren, ob ihre Probleme überhaupt verstanden wurden“, analysiert Bos richtig: „Folglich waren wir nicht mehr glaubwürdig und erhielten kein Vertrauen.“

» Zu den sozialen Einschnitten, die ihr die Stammwähler übel nahmen, kam das überholte Idealbild von der multikulturellen Gesellschaft, an dem die PvdA zu lange festhielt. Der Aufstieg des Populisten Pim Fortuyn zwang die PvdA, sich in dieser Frage neu zu positionieren. Schließlich entstammte seine Wählerschaft vor allem den Arbeitervierteln der großen Städte – jenen Gegenden mit einem hohen Anteil an Ausländern und Migranten, in denen sich die Menschen mit zunehmender Entfremdung und steigender Kriminalität allein gelassen fühlten.



Foto: Christian Kiel

Ob es da ausreicht, wenn Bos für eine Verschärfung der Ausländergesetze plädiert? Der Spitzenkandidat will eine „Bürgerschaftsleiter“ einrichten, deren Sprossen die Einwanderer mit allen Rechten und Pflichten nach und nach erklimmen müssen, ehe sie von der sozialen Absicherung profitieren. Außerdem plädiert er für eine selektive Einwanderung, wenn er fordert, in erster Linie gut ausgebildete Migranten aufzunehmen.



Die Asyl- und Ausländerpolitik in den Niederlanden ist und bleibt ein sensibles Thema, an dem sich sehr rasch Debatten entzünden können, wie der Brand in einem Gefängnis für Asylbewerber auf dem Amsterdamer Flughafen Schiphol gezeigt hat. Bos ist freilich nicht entgangen, dass die Trennlinien in seinem Land nicht nur zwischen armen und reichen Menschen verlaufen, sondern zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Bürgern ausländischer Herkunft. Nach den beiden Attentaten an Pim Fortuyn und dem Filmemacher Theo van Gogh sieht er das Land zudem in tiefer Verunsicherung und will es mental wieder aufrichten. Daher spricht er in seinem Buch von neuem Zusammenhalt, der Solidarität als „Bindeglied“ der Gesellschaft und fordert ein neues niederländisches „Wir-Gefühl“.

Der 43-jährige Oppositionsführer hat aber nicht nur große Worte in seinem Gepäck, sondern will sich auch in politischen Gleitschiebungen versuchen. Den Niederländern möchte er neue Chancen bieten, die Diskriminierung bekämpfen, den Unterrichtsausfall eindämmen und den gering Qualifizierten mit staatlicher Hilfe eine Arbeit beschaffen. Ins Auge gefasst hat Bos ein Sozialmodell nach skandinavischen Vorstellungen mit einem in erster Linie steuerfinanzierten Wohlfahrtsstaat.

Ein weiteres Ziel sind gerechtere Einkommensverhältnisse und eine gerechte Verteilung staatlicher Zuwendungen wie Kinder- und Wohngeld getreu dem Motto: „Die stärksten Schultern tragen die schwersten Lasten.“ Als Bos unter dieser Devise im Frühjahr an die Öffentlichkeit ging und die Parole ausgab, reiche Rentner künftig stärker an der Alterssicherung zu beteiligen, gab es einen Aufschrei der Empörung.

Von den rekordverdächtigen 60 von insgesamt 150 Sitzen in der Zweiten Kammer des niederländischen Parlaments, die die PvdA vor einigen Monaten in Umfragen erreichte, ist die Partei auf derzeit 47 abgerutscht. Damit ist sie allerdings noch immer stärkste Kraft und rangiert vor den regierenden Christdemokraten des Premiers Balkenende. Bis zum Schluss wird es bei einem Kopf-an-Kopf-Rennen bleiben, wobei der Sozialdemokrat Wouter Bos die besseren Chancen hat, neuer Ministerpräsident zu werden. Wenn es ihm gelingt, die alte traditionelle Stammwählerschaft, die in den vergangenen Jahren der Wahlurne immer häufiger fernblieb, neu zu überzeugen, ohne gleichzeitig die Mittelschichten zu verschrecken, ist der Wechsel möglich. Entscheidend könnten am Ende die „schwebenden Wähler“ sein, die niederländische Bezeichnung für die Wechselwähler. ■



Den »Sozialismus« jeden Monat neu: das gibt es nur bei uns! Dazu jeden zweiten Monat ein Supplement inklusive.
Abo: 11 Hefte + 6 Supplements für 62,- €/Jahr (für Arbeitslose und Studenten: 44,- €); zum Kennenlernen: 3 Hefte zum Probeabopreis von 10,- €

Zum Reinschnuppern: Unsere Homepage
www.Sozialismus.de

Bestellen:
Redaktion Sozialismus,
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Tel. 040/280 505 66, info@sozialismus.de

↳ Marc Drögemöller arbeitet ab Oktober im Büro eines Bundestagsabgeordneten in Berlin. Seine Dissertation über die deutsche und niederländische Sozialdemokratie („Zwei Schwestern in Europa“) erscheint Anfang 2007 im Berliner Verlag Vorwärtsbuch.

Dokumentation: Unternehmenssteuerreform

Auszüge aus einem Arbeitspapier der SES-Arbeitsgruppe

von attac



Foto: www.attac.de

□ Worin der Reformbedarf besteht

Ein Steuersystem muss zwei wesentlichen Anforderungen genügen. Es muss erstens die Finanzierung der öffentlichen Aufgaben sicherstellen. Zweitens muss es die damit unvermeidlich verbundene Belastung gerecht auf die Steuerzahlenden verteilen. Gerecht bedeutet, dass alle, die öffentliche Leistungen nutzen, entsprechend ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit zum Steueraufkommen beizutragen haben. Diesen beiden Grundanforderungen widerspricht die heutige Besteuerung der Unternehmen in Deutschland. (...) So bleiben am Ende die tatsächlichen Steuerbelastungen weit hinter den vom Tarif her gewollten Zahlungen zurück (vgl. Jarass 2006):

- Die hohen tariflichen Steuersätze fördern die Verschiebung steuerlicher Bemessungsgrundlagen in Niedrigsteuerländer. Eigenkapital in Deutschland wird durch Fremdkapital ersetzt. Die Zinszahlungen dafür gehen an eigene Finanzierungsgesellschaften im Steueroasen-Ausland und sind steuerlich absetzbar (ähnliches geschieht über Lizenzen und andere Gebühren).
- Die Kosten für Auslandsinvestitionen können steuerlich von den in Deutschland erwirtschafteten Gewinnen abgesetzt werden, ohne dass die im Ausland erzielten Erträge entsprechend besteuert würden.

- Gewinne aus der Veräußerung von inländischen Kapitalbeteiligungen sind steuerbefreit.
- Großzügige Möglichkeiten der Bildung stiller Reserven und der unbeschränkten Querverrechnung von Verlusten zwischen verbundenen Unternehmen führen zur Aushöhlung der Steuerbasis.

(...) Insgesamt trägt der Unternehmenssektor – vor allem die internationalen Kapitalgesellschaften – in Deutschland trotz hoher tariflicher Steuersätze nur noch unzureichend zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben bei. Die Finanzierungslast öffentlicher Infrastruktur und Leistungen, von denen die Unternehmen in Deutschland profitieren, wird stattdessen auf die Bezieher von Masseneinkommen – vor allem über die Lohn- und Mehrwertsteuer – verlagert. (...) Dadurch wurde die ohnehin schwache Entwicklung der Binnennachfrage zusätzlich gehemmt. Zur Finanzierung grundlegender Zukunftsinvestitionen (Bildung, Kinderbetreuung, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur) fehlen öffentliche Einnahmen. Der Staat und damit die Gesellschaft kann sich weitere Steuergeschenke an die Unternehmen nicht leisten.

Das Papier wurde erstellt von Ulrich Eckelmann (IG-Metall), Detlev von Larcher (attac) und Michael Schlecht (Verdi) und der Autorengruppe SES (Solidarische Einfachsteuer). Die vollständige Fassung steht zum Download bereit unter: www.attac.de/aktuell/neuigkeiten/steuervorschlaege-juli.php

□ Was deshalb zu tun ist

Um den Beitrag der Unternehmen – insbesondere der international tätigen Körperschaften – zum Steueraufkommen wieder auf ein international übliches Niveau anzuheben, müssen die Möglichkeiten der steuerlichen Gewinnminderung und -verlagerung entschlossen eingeschränkt werden. Die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage bei den Unternehmenssteuern ist – neben dem Ausbau der notorisch ineffektiven Besteuerung privater Kapitaleinkommen und Vermögen – eine wichtige Möglichkeit, ein deutliches Mehraufkommen für die Finanzierung öffentlicher Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Damit wird auch eine gerechtere Verteilung der Steuerlast zwischen Unternehmen und ArbeitnehmerInnen erreicht. Für eine voreilige Diskussion über eine weitere Senkung der nominalen Steuersätze bei der Körperschaftsteuer gibt es derzeit keine Notwendigkeit. Bei der Reform der Unternehmensbesteuerung muss es um Mehreinnahmen gehen, nicht um weitere Steuerergeschenke. Die Maßnahmen zur Verhinderung von Steuerflucht können grundsätzlich an zwei Punkten anknüpfen, die sich gegenseitig nicht ausschließen, sondern sinnvoll ergänzen.

Erstens sollten im Rahmen der Ermittlung des steuerlichen Gewinns die bestehenden Schlupflöcher geschlossen werden. Dazu gehört ein Verbot des Abzugs von Aufwendungen für steuerfreie Erträge, die schärfere Trennung privater/betrieblicher Sphäre, eine zeitnähere Bewertung, die Begrenzung der Verlustnutzung und die vollständige Besteuerung von Veräußerungsgewinnen.

Zweitens sollte aufgrund der generellen Manipulationsanfälligkeit bei der Ermittlung des steuerlichen Gewinns vermehrt auf eine gleichmäßige Besteuerung des gesamten in Deutschland erwirtschafteten Kapitalentgelts zugegriffen werden. Dazu gehört das Entgelt für die Nutzung des Eigenkapitals (Gewinn für die Eigentümer), das Entgelt für die Nutzung des Fremdkapitals (Schuldzinszahlungen an die Kreditgeber) sowie das Entgelt für die Nutzung von Rechten und

geistigem Eigentum Dritter (Zahlungen von Lizenzgebühren usw.). Eine systematische Reform der Gewinnermittlung muss international koordiniert und vereinbart werden. Die Bundesregierung sollte es zu einem wesentlichen Ziel ihrer kommenden EU-Ratspräsidentschaft machen, ihr ganzes Gewicht dafür einzusetzen, die ruinöse Steuerkonkurrenz unter den Mitgliedsländern zu beenden. (...)

Bei den Vorschlägen der Arbeitgeberseite und vieler Institute zu einer erneuten Senkung der Unternehmensbesteuerung steht die Abschaffung der Gewerbesteuer im Mittelpunkt. Die Gewerbesteuer sollte jedoch als wichtiger Eckpfeiler der Unternehmensbesteuerung nicht abgeschafft, sondern ausgebaut werden. Dazu erforderlich ist die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage zu einer Besteuerung aller Kapitalentgelte, also aller vom Kapital angeeigneten Teile der vor Ort produzierten Wertschöpfung – wie bereits von der Gemeindesteuerreformkommission diskutiert. Einbezogen sollten demnach auch die Zinsen für den Einsatz von Fremdkapital und Anteile des Kapitalentgelts, die in anderen Formen aus dem Unternehmen herausfließen, wie Lizenzgebühren. Die Gewerbesteuer hat heute bereits entsprechende Elemente, so dass eine solche Reform heute schon im rein nationalen Rahmen rechtlich ohne große Probleme machbar ist. Zusätzlich sollte der Kreis der der Gewerbesteuer unterliegenden Steuerzahler erweitert werden. Dazu sollten künftig die Freiberufler und Selbständigen gehören, soweit ihr Ertrag die Freigrenzen übersteigt. Durch eine solche Reform wäre eine deutliche Stärkung und Verstetigung der Finanzausstattung der Kommunen zu erwarten. Damit würde der wichtigste öffentliche Investor gestärkt und pro-zyklisches Investitionsverhalten der Gemeinden verringert. ■

Personen & Positionen

□ Zukunftsdialog Rheinland

Das Forum DL21 Mittelrhein setzt seine Reihe „Zukunftsdialog Rheinland“ mit einer Veranstaltung in Leverkusen am 17. Oktober um 19.00 Uhr im Kurt-Schumacher-Haus, Tannenbergr. 66, fort.
 ► **Infos:** www.forum-dl21-nrw.de oder per E-Mail an info@forum-dl21-nrw.de.

□ Tagung zur Gesundheitspolitik von spw und Jusos

Die Gesundheitspolitik erregt wieder einmal die Gemüter. Die Unvereinbarkeit von unsolidarischer Kopfpauschale und solidarischer Bürgerversicherung führt zu kontroversen Debatten. Und wie in der Vergangenheit scheint der Kostenfaktor, also die Beitragshöhe, entscheidender zu sein, als eine gute und solidarische medizinische Versorgung. Mit einem Gesundheitsfonds sollen die Finanzierungswege zentralisiert und um Steuern sowie kleiner Kopfpauschalen erweitert werden. Die Erhaltung des Leistungskatalogs und die eventuelle Verstärkung von Prävention und Rehabilitation sind die einzigen akzeptablen Signale. Weitere Maßnahmen und mehr Weitblick sind notwendig. Solidarität bei der Finanzierung, Gerechtigkeit in der Leistungserbringung und eine gute medizinische Versorgung im Sinne der Patienten müssen mit der Entwicklung sozialer und gesundheitlicher Dienstleistungen als Wachstumsmarkt und Beschäftigungssegment einhergehen, wenn die Gesundheitspolitik fortschrittlich und perspektivreich sein will. Referieren und diskutieren werden u.a. Rolf Rosenbrock, Harry Fuchs, Thomas Spies, Birgit Mickley, Uwe Kremer, Leonhard Hajen und Bernard Braun.

► **Veranstaltung:** 03./04.11. in Bremen, Jugendgästehaus Bremen

► **Infos:** demnächst unter www.spw.de und www.jusos.de.

□ Gute Arbeit zwischen gewerkschaftlicher Defensive und Offensive

Im Vordergrund steht die Spannung zwischen den Abwehrkämpfen gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen und der Erschließung gesellschaftspolitischer Alternativen. Dies soll anhand der Erfahrungen aus neueren Strategieansätzen der IG Metall, veränderter Handlungsbedingungen und Bündniskonstellationen sowie arbeitspolitischer Regulations- und Interventionserfordernisse diskutiert werden. Es diskutieren u.a. Wittich Rossmann, Wolfgang Uellenberg van Dawen, Klaus Dörre, Steffen Lehndorff, Paul Oehlke, Klaus Pickshaus und Dieter Sauer.

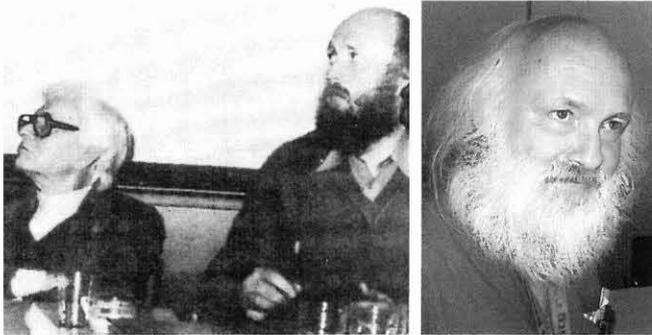
► **Veranstaltung:** 18. 11., Köln (13:00-18:00 Uhr im Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer-Str. 85, Köln-Kalk)

► **Veranstalter:** Rosa-Luxemburg-Club Köln, Rosa-Luxemburg-Stiftung NRW, Sozialistisches Forum Rheinland, WissenTransfer und die Zeitschriften Sozialismus und spw.

► **Infos:** www.rosa-luxemburg-club-koeln.de

■ spw zum 01.01.2007 mit neuen Preisen

spw erscheint ab 2007 mit acht Heften/Jahr. Der Heftumfang bleibt bei 60 Seiten. Das Einzelheft kostet künftig 5,00 Euro, das Jahresabonnement 39,00 Euro. Bei Erteilung einer Einzugsermächtigung reduziert sich das Jahresabonnement auf 37,00 Euro. Für das Auslandsabonnement berechnen wir 42,00 Euro.



↳ Burkhard Zimmermann (rechts) 1983 bei einer Veranstaltung mit Wolfgang Abendroth. Fotos: privat.

5 Fragen an ... Burkhard Zimmermann

» Burkhard Zimmermann, Jahrgang 1950, Diplom-Politologe und Lehrer für Geschichte und Sozialkunde aus Berlin: 1970 trat er in Berlin-Dahlem in die SPD ein und ist dort seit 25 Jahren Ortsvereinsvorsitzender. Seine politische Arbeit begann bei den Jusos, deren Berliner Vorsitzender er zu der schwierigen Zeit war, als Klaus-Uwe Benneter ausgeschlossen wurde.

Nach der Juso-Zeit ist Burkhard der Jugendarbeit treu geblieben. Falkengruppen, Ferienlager und Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz und Ravensbrück gehören bis heute zu seinen politischen Aktivitäten. In der Berliner SPD ist er stellvertretender Vorsitzender des Fachausschusses Jugend. Zurzeit arbeitet er bei einem Jugendverband, dem Kinderring Berlin, den er 1990 mitgegründet hat. Er lebt mit seiner Freundin zusammen und hat einen 18-jährigen Sohn.

spw: Burkhard, welche Überschrift würdest Du Deinem politischen Lebensweg geben?

» **Burkhard Zimmermann:** Kontinuität. Ich finde, dass ich mich politisch wenig verändert habe. Ich stehe zu den Geschichten, die damals waren, heute nach wie vor. Bei meinem Engagement geht es ganz viel um Tradition, Kontinuität und gleichzeitig Nachhaltigkeit. Seit über 20 Jahren mache ich Gedenkstättenfahrten für Jugendliche, und dabei achte ich darauf, dass Kontinuitäten für die Zukunft entstehen, wie zum

Beispiel ein Schülerbündnis in Marzahn. Zurzeit organisieren wir gerade historische Fahrten zu den Arbeiterbauten der zwanziger Jahre und haben damit eine unglaubliche Resonanz.

spw: Warum hast Du nie als Abgeordneter kandidiert?

» **Burkhard Zimmermann:** Die Motivation für meine politische Arbeit war immer inhaltlich begründet und mit dem Wunsch verbunden, etwas gesellschaftlich zu verändern. Ich habe irgendwann mal für mich entschieden, dass ich nicht Bezirksverordneter oder Abgeordneter werden will, weil ich lieber Parteiarbeit mache. Politische Bildungs-, aktive Kinder- und Jugendarbeit und damit die Arbeit mit Menschen liegt mir viel mehr.

spw: Wie ist es Dir gelungen Deinen linken Positionen treu zu bleiben?

» **Burkhard Zimmermann:** Ich bin in einem Umfeld groß geworden, in dem viele Themen diskutiert und verarbeitet wurden, vor allem in der Friedenspolitik und zur Wende 1989. Wichtig waren für mich der Basiskontakt und die enge Verknüpfung mit den Mitgliedern. Ich wollte mich nicht in höheren Sphären verflechten und nur noch mit den Mächtigen umgehen. Dadurch ist mir ein gewisser Anpassungsdruck entgangen. Wenn man nur mit Abgeordneten zu tun hat,

verändern sich auch die Diskussionen. Dann fängt man an, andere Menschen, die nicht ziel- und verhandlungsorientiert diskutieren können, gleich abzuschreiben. Das habe ich nicht nötig.

spw: Welche Debatte hat Dich politisch besonders geprägt?

» **Burkard Zimmermann:** Für mich gibt es eine wirtschaftspolitische Kontinuität. Heute erlebe ich, dass viel Arbeit nur noch mit Stiftungsgeldern finanziert wird, und wir so mit Konzerngeldern arbeiten. Gleichzeitig weiß ich, welche Rolle Wirtschaftskonzerne spielen und wie die Macht in der Gesellschaft verteilt ist. Rudolf Hilferding und die alte Stamokap-Diskussion sind für mich nach wie vor aktuell. Ich habe meine Position da auch nie geändert. Wirtschaftliche Macht übt auch politische Macht aus. Wer hat die Macht in unserer Gesellschaft?

spw: Was würdest Du heute anders machen?

» **Burkhard Zimmermann:** Einer der großen Fehler, die ich erlebt habe, war die jahrelange Diskussion in der Juso-Organisation nach dem Ausschluss von Klaus-Uwe Benneter, ob die Jusos überhaupt noch in der Partei weiterarbeiten sollen. Das war ein Riesenfehler. Man hätte gleichzeitig weiterarbeiten müssen. Man darf die eigene Arbeit nicht von so etwas prägen lassen.

Vielleicht würde ich auch im Osten Politik machen. Im Berlin nach der Wende waren die Ostbezirke unglaublich spannend, was sich da alles entwickelt hat. Im Westen war alles relativ festgefahren. Wenn ich nicht im Westen gesellschaftlich so verankert gewesen wäre, wäre ich wahrscheinlich in den Osten gegangen, denn der war häufig interessanter, spannender, weil nicht alles so fertig war.

spw: Burkhard, vielen Dank für das Gespräch! ■

Wir wollen in „5 Fragen an ...“ einige interessante Persönlichkeiten aus dem spw-Umfeld vorstellen. Vorschläge oder Kommentare hierzu nehmen wir unter 5fragen@spw.de gerne entgegen.

■ Stamokap

Die Debatte um den Staatsmonopolistischen Kapitalismus (Stamokap) der 70er Jahre wurde angestoßen durch französische Theoretiker, wie Paul Boccara. Zur weiteren Lektüre gehörten Hilferdings „Finanzkapital“, der 4. Band des Marxschen Kapitals, Kautskys „Der Weg zur Macht“ und Schriften von Austromarxisten wie Otto Bauer, sowie das Erfurter Programm der SPD von 1891.

Kernpunkt der Stamokap-Theorie ist, dass in jeder Branche eine kleine Anzahl großer Konzerne über eine immense Marktmacht und gar ein Monopol verfügen. Diese beeinflussen die Richtung der Politik zugunsten ihrer Interessen durch Lobbying und institutionalisierte Bündnisse (z.B. Sozialpartnerschaft). Staatliche Eingriffe in die kapitalistische Produktionsweise sind für den Stamokap charakteristisch, zum Beispiel Steuerpolitik, Subventionen, Sozialtransfers etc. Durch diese staatlichen Einflüsse gelingt es, den kapitalistischen Grundwiderspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privatkapitalistischer Aneignung zu entschärfen. Die kapitalistischen Widersprüche werden aber nicht gelöst, sondern nur verschleiert. Bei den Jusos wurde die Diskussion massgeblich durch die Berliner und Hamburger Strategiepapiere geprägt. Besonders bekannt ist die Juso-Debatte darum, ob der Staat als ideeller Gesamtkapitalist, der im Dienste der Monopole wirkt, bezeichnet werden kann oder ob er so wirkt.

↳ Das Interview führte Alexandra Kramm.